D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 44
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

5. November 1982
Preis 1,80 DM



Kein „Kahlschlag" aber Fangschläge

Die „Neuorientierung" im Bildungswesen

acm. Sie spricht nicht von der „Wende", sie spricht von „Neuorientierung", die Bildungsministerin Dorothee Wilms. Daß sie in dieser Hinsicht ausgereifte Vorstellungen besitzt, dafür bürgt schon ihre jahrelange leitende Tätigkeit in Sachen Bildungsforschung beim Institut der Deutschen Wirtschaft.

Während der verabschiedete Engholm als Verteidiger der letzten Reformruinen im Bildungswesen noch zaghafte Versuche zum Schutz seines Bereiches beim haushaltspolitischen Streichkonzert der sozial-liberalen Koalition unternahm, hat Wilms von Beginn an klargemacht – beim BAföG muß gestrichen werden.

Nun sollen 1983 im Bereich des Schüler-BAföGs 200 Mio. DM eingespart, von 1984 an 600 Mio. gestrichen werden. Schüler am Wohnort ihrer Eltern werden kein BAföG mehr erhalten. Der Bedarfssatz wird von 275 DM auf 200 für jeden Bezieher gesenkt. Freibeträge beim Einkommen werden gedrückt, die für Doppelverdiener ganz gestrichen. An Härteregelungen für die „Übergangszeit" wird noch
ganz gestrichen. An Härteregelungen für die „Übergangszeit" wird noch
rumgemacht. „Kahlschlag" ist das nicht, da hat Wilms schon recht. Für Zigtausende werden diese Maßnahmen allerdings den Fangschlag in Sachen weiterführender Bildung bedeuten. So wird gezieltes Abräumen organisiert.

Genauso gehts bei den Studenten. Die Umstellung des BAföGs auf Darlehen wird eben „nur" Tausende zwingen, sich zu überlegen, ob sie bei hoher Verschuldung noch ein Studium riskieren, wo überhaupt nicht klar ist, ob sie hinterher noch was mit dem Studium anfangen können.

Aber der Wilms geht es nicht einfach um Streichungen. Engholm warf ihr vor, sie wolle wieder zurück zum „Dreiklassenbildungssystem". Wilms antwortete, das seien doch Sprüche aus der „marxistischen Mottenkiste".

Tatsache ist, daß Wilms „Neuorientierung" angesagt hat. „Es geht um ein vielfältig gegliedertes und differenziertes Bildungssystem, das jedem einzelnen gerechte Chancen bietet. Nicht jedem die *gleiche* Chance, sondern jedem *seine* Chance ... Es geht um die Einsicht, daß Bildung kein billiges Geschenk ist, sondern durch Leistung und Verantwortung erworben werden muß", so ihre Worte in der Debatte um die Kohlsche Regierungserklärung.

„Jedem *seine* Chance"! Der „Individualismus" solch christlicher Politik geht nach dem Motto: „Jeder ist seines Glückes Schmied." Darüber wird die Aussicht auf eine gespaltene, durch Klassengegensätze geprägte Gesellschaft zu verdecken gesucht. Bildung wird nicht als gesellschaftlich vermittelte Größe angesehen, sondern als Akt der individuellen Chance, als Privileg, für das man halt Opfer zu bringen hat.

Wilms im Bundestag: „Ich finde es – erlauben Sie mir diese Bemerkung – beleidigend und diffamierend, wenn immer wieder von den ‚armen Arbeiterkindern' die Rede ist. Ich glaube, daß der Facharbeiter in Deutschland heute stolz darauf ist und stolz darauf sein kann, seine Kinder auch ohne staatliche Beihilfe zur Schule zu schicken und weiterbilden zu können ..."

Also seien auch die Arbeiterfamilien zu starken Einbußen bei den Finanzen bereit. Doch Einsicht schafft nun mal kein Geld. Was bleibt, ist die individuelle Schuld derjenigen, deren Einsicht durch den Geldbeutel beschränkt ist. Das fällt dann unter das bekannte Stichwort „Anspruchsdenken".

Das „Privileg Bildung" durchzieht die gesamte Ideologie. Da wird vor allem mit dem „Generationenvertrag" gearbeitet. Es könne nicht angehen, daß der arbeitende Teil dem studierenden Teil der Gesellschaft via Steuern eine privilegierte Zukunft verschaffe. Diese Form der Demagogie setzt darauf, daß Bildung ein Privileg für einige ist und die Masse nicht daran interessiert ist, einigen ein Privileg zu schaffen. So wird das Interesse aller an einer umfassenden Bildung aufgespalten und die Ungleichheit in der Aneignung von Bildungsmöglichkeiten für gesellschaftlich naturnotwendig erklärt. Auf dem Hintergrund, daß die bisherige Reform des Bildungswesens keineswegs die „Chancengleichheit" verwirklicht hat, will man diese Ideologie verstärkt unter die Leute bringen. Ist man
licht hat, will man diese Ideologie verstärkt unter die Leute bringen. Ist man
an diesem Punkt angelangt, dann ist die Spaltung perfekt.

Also geht es nicht darum, den Arbeiterkindern oder sonstigen Kindern der geringstverdienenden Schichten den Zugang zu besserer Bildung zu verweigern. *Ein* Ergebnis wird sein, daß die Arbeiterkinder auf der Strecke bleiben, aber das eigentliche Ziel liegt woanders. Die angestrebte Politik ist nicht einfach Politik für die Bildungsprivilegien der Reichen, sondern entspricht einem verstärkten Filterungsprozeß für den Bedarf des Kapitals. Studiert werden soll nur noch, soweit die Wirtschaft Kräfte braucht. Das Stichwort „Elitenbildung" ist dafür passend. Andererseits soll die Elite auch über den zweiten Bildungsweg hochkrabbeln können. Ausgangspunkt für das ganze Geschäft ist die Konzentration aller Bildungsinstrumentarien auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals. In dieses Raster fällt auch die „neue Attraktivität" der Hauptschule. – „Jedem *seine* Chance"!

Man solle doch endlich von der Gleichwertigkeit einer Berufsausbildung im Betrieb und einer akademischen Ausbildung ausgehen, sagt Wilms und mit ihr die ganze Wenderiege. Sehr richtig!, ist man versucht zu sagen, aber wie ist es mit der Bezahlung? Da winkt das Kapital ab und besteht nun doch auf dem „kleinen" Unterschied. Schließlich dürfe es keine Nivellierung beim Einkommen geben.

An solchem Vorgang kann man gut erkennen, wo die Ideologie vom „Privileg" aufhört und die materiellen Interessen des Kapitals durchschlagen. Jede Lobhudelei der „praktischen Werte" hört eben auf, wenns ums Geld geht. Folglich wird ohne „Anspruchsdenken" der Volksmassen gegenüber der jetzigen „Neuorientierung" nichts zu halten sein. Und dieser Anspruch bezöge sich nicht auf „Privilegien" und „Chancen", sondern auf das gesellschaftliche Interesse in Sachen Bildung. Und das ist eben etwas anderes als das Interesse des Kapitals.



Ein Beispiel von der Anti-Spar-Markt-Aktion in Köln. In verschiedenen Städten fanden in den letzten Wochen Aktionen gegen die Streichungsmaßnahmen in den Stadt- und Gemeindehaushalten statt. *siehe S. 14*

Alternatives Wirtschaftsprogramm

oder Forderungskatalog für die SPD?

frb. Ende September hat Bundestagspräsident Stücklen in einem Vortrag erklärt, es sei die Frage, ob Grüne und Alternative wirklich innerhalb des verfassungsmäßig vorgegebenen Rahmens mitarbeiten wollten. Auf diese Frage gebe es zur Zeit noch keine verbindliche Antwort. Der Faden wurde weitergesponnen, vor Druckunternehmern hat Strauß letzte Woche zu bedenken gegeben, derartigen Gruppierungen die Anerkennung als Partei zu verweigern. Und im „arbeitgeber" hat ein Jurist die rechtlichen Möglichkeiten zu einem solchen Verbotsakt ausgebreitet.

Ob die sich entfaltende demagogische Propagandalinie von CDU/CSU Wirkung entwickelt, wird davon abhängen, inwiefern ihr Inhalte entgegengesetzt werden können. Ganz wichtig ist hierfür die Debatte, die sich im Vorfeld der Bundesversammlung der Grünen um ein Wirtschaftsprogramm entfaltet.

Wenig erfreulich ist, was dazu von Rudolf Bahro kommt. Identitätsbewahrung heißt für ihn Selbstisolierung. Für ihn ist der Aufstieg der Ökologie- und Friedensbewegung „*der* epochale Vorgang" und konsequent fordert er einen Weg „an SPD und DGB vorbei". „Der konzeptionelle Gegensatz der Grünen zu allen diesen aus dem Niedergang der Arbeiterbewegung überkommenen Politikansätzen ist unüberbrückbar", schreibt er. Und in der Unbeflecktheit, die an beste ML-Sektiererei erinnert, empfiehlt er: „In die Bundestagswahl sollten wir mit einer Position gehen, die völlig unverdünnt und unverblümt die *Fernziele* der Grünen in den Mittelpunkt und (plakativ) in den Vordergrund stellt." Inhaltlich geht es um „den Ausbau für den Exodus aus der Industriegesellschaft".

Aber die Zustimmung zu Bahros Fundamentalismus scheint begrenzt. Ein anderer Gegenentwurf hebt sich positiv hiervon ab, indem er inhaltlich die Verbindung zu den sozialen Bewegungen sucht und die kapitalistische Ordnung kritisiert. Auch diese Gruppe von Grünen in Bremen bemängelt an der Vorlage der Wirtschafts-AG, daß der ökologische Ansatz nicht zum Tragen kommt, daß die Arbeitsplatzbeschaffung zu sehr im Vordergrund steht und damit die Kritik an den bestehenden Arbeitsplatzverhältnissen zu kurz kommt. Weiterhin sei er zu staatsfixiert.

Der Gegenentwurf geht von der umfassenden Krise aus, nicht bloß vom Problem der Arbeitslosigkeit, entwickelt Thesen zu „Arbeit und Natur", „Arbeitslosigkeit" und umschreibt ein kurzes Maßnahmenprogramm einschließlich den Finanzproblemen. „Das nur an Gewinn oder Planerfüllung orientierte Industriesystem zerstört nicht nur die Natur, es bedroht in zunehmendem Ausmaß eine weitere Existenzgrundlage der Menschen – die Arbeit", heißt es da. Es sei ein Skandal, wenn die Sozialleistungen ausgerechnet dann zusammengestrichen werden, wenn diese für eine größere Anzahl von Menschen einzige Existenzgrundlage geworden sind.

Die Leimrute der berufsmäßigen Heuchler wird auch als solche genommen, und es wird verlangt, daß die Grünen es angesichts der strukturellen Wirtschaftskrise ablehnen müssen, *mit* der Arbeitslosigkeit Stimmenfang zu betreiben. Dennoch könnten von den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und den notwendigen ökologischen Zukunftsinvestitionen positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt ausgehen. Nicht bloße Arbeitsbeschaffung wird ins Visier genommen, sondern Ausgangspunkt bildet die These, daß Arbeit die Natur verändert und diese den Menschen nutzbar machen soll. Die Grünen wollten daher nicht in eine Gesellschaft zurück, die deswegen der Natur nicht gefährlich geworden ist, weil die Produktivität sehr gering gewesen ist.

Spaniens neue Moral

cof. Spaniens Wähler wollten etwas bewirken und klare Verhältnisse schaffen. Ergebnis des „votar util" – nützlich wählen – und der mit 80% hohen Wahlbeteiligung ist die Polarisierung zwischen den Sozialisten, die große Teile der neuen Mittelklassen und Liberalen des Zentrums anziehen konnten wie auch eine Million ehemals kommunistische Wähler, die ihre Stimme nicht verschenken wollten, und der Volksallianz, die die Rechte bis hin zur faschistischen „Neuen Kraft" sammeln konnte. Fast die Hälfte (46%) votierte weniger für ein sozialistisches Programm, denn ein solches hat Gonzales nicht vorzuweisen, sondern für die moderne westliche Gesellschaft, für den Abschied von allen Überbleibseln und Privilegien der Francozeit, für die Stärkung der parlamentarischen Demokratie – all das bedeutet ungefähr der Begriff der „neuen Moral", für die Gonzales im Wahlkampf warb.

Eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der neuen Regierung wird die Reform des Militärs sein. Denn wenn auch das Wahlergebnis als eindeutige Absage einer großen Mehrheit an die Putschgelüste der Francisten verstanden werden kann, ist diese Gefahr doch nicht gebannt. Darüber täuschen auch die Erklärungen der faktischen Mächte einschließlich der Militärführung, man sei zur Zusam-
Militärführung, man sei zur Zusam-
menarbeit bereit, nicht hinweg.

Was den Beitritt zur EG betrifft, der 1984 stattfinden soll, hat sich die Sache kompliziert: Die Sozialisten haben ähnlich wie Griechenlands Pasok härtere Verhandlungen um besondere Schutzklauseln angekündigt. Andererseits wird die französische Regierung den Forderungen der spanischen Bruderpartei nicht so hart entgegentreten können wie bisher. Was am Ende für die Bauern beider Länder herauskommt, läßt sich schwer absehen.

Insgesamt streben die spanischen Sozialisten mit der Integration in westliche Bündnisse zugleich eine größere Autonomie an, der allerdings enge Grenzen gesetzt sind. So wurde für die angekündigte Volksbefragung über die erst im Juni vollzogene Nato-Mitgliedschaft tunlichst kein Termin genannt. Vorerst sollen Verhandlungen über die Nichteingliederung der militärischen Verbände nach dem Vorbild Frankreichs stattfinden. Man will zur Entspannung beitragen, und dazu sei die Integration in ein Militärbündnis und die damit verbundene Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses gerade nicht geeignet. Die Nato-Mitgliedschaft gefährde im übrigen den Handlungsspielraum in anderen Regionen wie Lateinamerika und den arabischen Ländern. Zugleich wird das Recht der USA zur Aufrechterhaltung der vier Militärstützpunkte auf spanischem Territorium nicht prinzipiell in Frage gestellt.

Die Grenzen zu Gibraltar sollen geöffnet werden, auch wenn Großbritannien zur Rückgabe nicht bereit ist.

Solidaritätskonzerte
Aufhebung der Urteile
gegen Markus Mohr und Michael Duffke
Einstellung aller Strafverfahren
Hamburg, 19./20. November
Sternschanzenpark
Neumünster, 21. November
Holstenhalle, anschl. Demonstration zur Justizvollzugsanstalt

„Opposition im Parlament – ist die Basis bald am End"?

Die Landesversammlung der Grünen Hessen

H.S.,Frankfurt. Obgleich sie über 11 Sachgebiete mit der SPD Gespräche führen wollen, gehen die hessischen Grünen davon aus, daß keine gemeinsame Grundlage für die Tolerierung einer Minderheitsregierung oder die Zusammenarbeit in einer Koalition mit der SPD gegeben ist. Dies jedenfalls war der Tenor der Begründungen für den Beschluß, den sie auf ihrer hessischen Landesversammlung am letzten Wochenende mit etwa 60 Prozent der Anwesenden faßten (siehe auch nebenstehendes Dokument).

Damit hat sich zunächst Formal-fundamental-oppositionelles durchgesetzt. Die anderen vertretenen Strömungen waren davon ausgegangen, daß es auch für die Politik einen Unterschied machen muß, daß man jetzt im Parlament ist. Knapp vierzig Prozent hatten die Meinung vertreten (zusammengefaßt in einem Antrag von Mitgliedern aus Kassel-Stadt und zusammen mit der Frankfurter Sponti-Wählerinitiative), daß man, auch um dem Wählerwillen zu genügen, im Parlament Politik machen, selber in die Initiative kommen und zu diesem Zweck Verhandlungen mit der SPD beginnen soll. Etwa ein Viertel der Anwesenden ging mehr oder minder auf Koalition aus, was hieß, „Verhandlungen sofort", keine „Scheingespräche" (die auf Scheitern vorprogrammiert sind), dehnbare Minimalpositionen. Daß die Grünen inhaltlich fundamental in Opposition zu den „Wachstumsparteien" stehen, war für diese Position kein Grund, nicht „Verantwortung zu tragen" und positive eigene Vorschläge zu entwickeln, um ggf. andere dann „nein" sagen zu lassen. Vor allem stünde man nun vor dem Problem der Ministerpräsidentenwahl und der Verabschiedung des Haushalts, und dazu müsse man sich nun irgendwie verhalten, und könne nicht bis in den März Vor-„Gespräche" führen, um dann evtl. Verhandlungen anzubieten.

Daß bei solchem Prozeß zu leicht Grüne-Identität unter die Räder kommen könne, war die Befürchtung, die die Mehrheit dann schließlich zu ihrem Votum bewogen hat. Daß 90 Prozent der Beiträge sich mit der SPD beschäftigten, was diese wolle, könne und was nicht usw. und was sie außerdem schon alles verbrochen hat, brachten deswegen mehrere Redner auch mehr mit einem „Mutterkomplex" in Zusammenhang als mit der derzeitigen taktischen Situation in Hessen. Um die eigene Identität positiv abzugrenzen und sich nicht von diesem Komplex oder dem „alten Charmeur Willy Brandt" überwältigen zu lassen, mußten die Minimalpositionen ziemlich weit gesteckt werden.

Die Gefahr besteht bei all dem, daß die Vertretung fundamentaler Opposition außerhalb des Parlaments zunehmend mit der Vertretung fundamentaler Positionen im Parlament identifiziert wird und letztlich auf diese zusammenschrumpft, was die GAL-Abgeordnete Thea Bock in einem einleitenden Beitrag bereits befürchtend angemerkt hatte, als sie darauf hinwies, daß man mit Angelegenheiten, für die man früher eine Bürgerinitiative gegründet hätte, sich heute vertrauensvoll an eine Grün-alternative Parlamentsfraktion wendet.

Eine Regierungsduldung oder -beteiligung würde diesem Sog den frischen Wind von Widersprüchen zwischen Parlamentsfraktion und Bewegung entgegensetzen. Aus der Parlamentsarbeit eine pädagogische Veranstaltung zu machen, die „in erster Linie der Bewußtseinsveränderung" und der „Verbreitung von Auffassungen" und deren „Verankerung" dient, und erst in zweiter Linie der parlamentarischen Durchsetzung dieser Vorstellungen, um schließlich „klar zu machen", an wem die Gespräche gescheitert sind, ist angesichts des ungewissen Ausgangs von Neuwahlen nicht nur russisches Roulett, sondern schlicht an den Aufgaben vorbei, die mindestens in Fragen von Sozial-, Bildungs- und Ausländerpolitik ein parlamentarisches Zusammengehen links der CDU erforderlich machen.

Beschluß der Landesversammlung vom 30./31. Oktober

0. Die Landesversammlung in Groß- | Rechte und Verwirklichungsmöglich- | 9. Unabhängig von dieser möglichen

Beschluß der Landesversammlung vom 30./31. Oktober

0. Die Landesversammlung in Groß-Gerau-Dornheim betont noch einmal, daß DIE GRÜNEN zur Wachstumspolitik der etablierten Parteien in einem grundsätzlichen, fundamentalen Gegensatz stehen. Sie werden auch aus diesem Grund *keine* Koalition mit diesen Parteien eingehen oder für die menschenfeindliche und lebensbedrohende Politik der anderen Parteien Regierungsverantwortung übernehmen.

DIE GRÜNEN-HESSEN sehen ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung darin, keinerlei Kompromisse in Fragen des Lebens und Überlebens zuzulassen oder einzugehen und nicht von ihrem basisdemokratischen Selbstverständnis abzuweichen.

Lebens- bzw. Überlebensfrage ist für uns sowohl ein Atomfreies Land Hessen ohne ABC-Waffen (Hessen muß ABC-waffenfreie Zone werden) und die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, wie auch die Wiederaufforstung des Startbahngeländes, der Stopp des Autobahnbaus und die konsequente Säuberung von Wasser, Luft und Boden durch kompromißlose Anwendung des Verursacherprinzips. Nur so sind unsere Wälder und ist unsere Gesundheit zu erhalten.

Diese Lebens- und Überlebensfragen sind natürlich auch Teil der Voraussetzungen zur Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten.

•

Ausgehend vom Inhalt und den Grundsätzen des Hofheimer Beschlusses konkretisieren wir unsere Vorgehensweise folgendermaßen:

1. Es finden Gespräche mit der SPD statt, zu den vom Landeshauptausschuß der GRÜNEN-HESSEN (LHA) im beschlossenen Brief vom 8.10.1982 festgelegten 11 Themenbereichen: 1. Entmilitarisierung Hessen; ABC-waffenfreie Zone Hessen / 2. Sinnvolle Arbeit für alle / 3. Sofortige Beendigung der Planung, des Baues und des Betriebes von Atomanlagen in Hessen und alternative Energieversorgung aus regenerierbaren Energie-„quellen" / 4. Erweiterung des traditionellen Naturschutzes zu ökologischer Politik / 5. Raumordnung, Wohnen und Verkehr; Stopp des Autobahnbaues und Wiederaufforstung der Startbahn West / 6. Demokratisierung aller Lebensbereiche, auch der Parlamentsstrukturen und Sozialpolitik / 7. Bildung, Kultur, Medien / 8. Gleiche Rechte und Verwirklichungsmöglichkeiten für Frauen und Männer / 9. Kinder, Jugendliche, Alte Menschen / 10. Gleiche Rechte für alle ausländischen Mitbürger, Roma, Sinti und keine Diskriminierung Homosexueller / 11. Ökologische vorbeugende Medizin.

2. Diese Gespräche beginnen im Dezember.

3. Ausgehend davon, daß pro Gesprächstermin 2 Themen diskutiert werden können, wird ein Zeitraum von etwa 3 Monaten angestrebt, bei einem 3wöchigen Gesprächsrythmus.

4. Für diese Gespräche werden entsprechend und ausgehend vom Landesprogramm konkrete Papiere zu den einzelnen Sachthemen vorgelegt. Diese Papiere sind konkret so zu gestalten, daß sie technologisch und wirtschaftlich machbare Sofortmaßnahmen enthalten und eingebunden sind in eine mittelfristige und langfristige Forderungs- und Konzeptionsperspektive.

6. Die Rahmenbedingungen der Gespräche werden beim ersten Termin im Dezember entsprechend des Hofheimer Beschlusses abgeklärt. Hier ist auch der Punkt der parlamentarischen Gleichberechtigung zu diskutieren. Zu dieser Gleichberechtigung gehört selbstverständlich auch die Frage, daß in allen Ausschüssen stimmberechtigte Mitglieder der GRÜNEN vertreten sind, auch im Haupt- und G-10-Ausschuß. Zweiter Komplex bzw. erstes inhaltliches Thema sollte, soweit zeitlich durchführbar, die Demokratisierung aller Lebensbereiche, auch der Parlamentsstrukturen und Sozialpolitik sein.

7. Die Gesprächsergebnisse, Übereinstimmungen und Differenzen in Detailfragen, grundsätzlichen Fragen und Sofortmaßnahmen werden protokollarisch festgehalten und den Kreisverbänden und der Landesversammlung zur Diskussion und Entscheidung darüber vorgelegt, ob für eine anschließende Phase der Verhandlungen über die Unterstützung eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten genügend inhaltliche Substanz gegeben ist.

8. Wird die Frage unter Punkt 7. von der darüber zu befindenden Landesversammlung bejaht, wird mit der SPD über die Tolerierung einer Minderheitsregierung verhandelt.

9. Unabhängig von dieser möglichen weitgehenden Zusammenarbeit ist bei sachlicher Übereinstimmung eine Zusammenarbeit im Parlament punktuell möglich.

Die Entscheidung der Landesversammlung wird auch davon abhängen, wie sich die SPD während dieser Monate zu den parlamentarischen Intitiativen und Anträgen der GRÜNEN verhält. Dies betrifft insbesondere konkrete Anträge

- zur Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren und Straffreiheit für alle rechtskräftig Verurteilten in Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Startbahn West;
- zu einem Baustopp an der Startbahn West;
- zur Arbeitszeitverkürzung zur Umverteilung der Arbeit für alle;
- zur „atomwaffenfreien Zone Hessen";
- zur Einführung und Förderung arbeitschaffender, überschaubarer sanfter Technologien;
- zur Beendigung des Atomprogramms;
- zur Umstellung auf umweltfreundliche Energieversorgung;
- zur Verbesserung der Qualität von Luft und Wasser;
- zur Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens und die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel;
- zur Verringerung der Verkehrsbelästigung und die gleichzeitige Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes;
- zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung, um eine verstärkte Mitsprache und Mitentscheidung von Bürgern auf allen politischen Ebenen zu erreichen;
- zur Verbesserung der Situation der ausländischen Mitbürger, insbesondere eine großzügige Handhabung des Aufenthalts- und Asylrechts;
- zur Verbesserung der Ausbildungs- und Studiensituation;
- gegen die Schnellbahntrasse Kassel – Würzburg;
- gegen Sozialabbau;
- für autonome Frauenhäuser und Frauenprojekte.

10. Eine positive Entscheidung über einen Gesamthaushalt ist nur möglich, wenn in Haushaltstiteln keine Gelder für unsere Lebensgrundlagen zerstörerische Großprojekte verborgen sind. Darüberhinaus ist der Gesamthaushalt nur dann verabschiedbar, wenn mindestens verhandlungsfähige Minimalforderungen der GRÜNEN berücksichtigt sind oder der Haushalt im Hinblick auf GRÜNE Politik nicht stark destruktive Haushaltstitel enthält.

Unabhängig hiervon ist die Zustimmung zu Einzelabschnitten des Haushalts bei sachlicher Übereinstimmung oder die Einbringung von Gesetzesinitiativen, die mit der Genehmigung einer bestimmten Geldsumme verbunden sind.

11. Aus diesem hier beschlossenen Ablauf ergibt sich die Aufforderung an die SPD für die Ministerpräsidentenwahl und die Verabschiedung des Haushaltsplanes eine ausreichende Zeitspanne vorzusehen.

12. Eine qualitativ neue Politik setzt vor allem einen neuen gesellschaftlichen Konsens in der Bevölkerung voraus. Sie kann daher keinesfalls nur in Gesprächen zwischen GRÜNEN- und SPD-Politikern formuliert werden. Dies muß in der Bevölkerung, auch und gerade zwischen Bevölkerungsgruppen mit divergierenden Interessen geschehen. Gerade weil DIE GRÜNEN Stellvertreterpolitik ablehnen, werden sie alles tun, um diese Debatte in der Bevölkerung zu ermöglichen. Gespräche zwischen GRÜNEN und Sozialdemokraten bzw. ihren Wählerinnen und Wählern müssen auf allen Ebenen, auf öffentlichen Veranstaltungen, in den Medien, am Arbeitsplatz und im kleinen Kreis geführt werden.

DIE GRÜNEN-HESSEN werden daher Gespräche nicht nur mit SPD-Parlamentariern führen, sondern v.a. auch Gespräche mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen.

Wenn alle Macht vom Volk ausgeht, so wie wir es verstehen, dann muß auch die neue Politik vom Volk ausgehen, von der Basis artikuliert und bestimmt werden.

Neues Profi-Magazin

kvz. Der linke Blätterwald bleibt in Bewegung und jene, die denken, mit kapitalkräftiger Wucht hineinstoßen zu können, auch. Verabschiedet hat sich die im Verlaufe des Jahres bereits von der Tages- zur Wochenzeitung herabgestufte Berliner „Neue". 7000 verbliebene Abonnenten sollen dem „Vorwärts" vermacht werden. Nach der Nullnummer des „Staatsanzeigers" hat ein weiteres Monatsmagazin sein Erscheinen angekündigt. Mit 150000 Exemplaren soll die Nullnummer der „Neugier" im kommenden März die Kioske überfluten. Ab Herbst soll das Blatt dann regelmäßig mit mindestens 64 Seiten einschließlich Werbung zu haben sein. Im Beraterkreis finden sich Arnim Bechmann (Vorstandssprecher des Freiburger Öko-Instituts), Georg Benz (IG Metall Vorstand), Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Bernt Engelmann (Vorsitzender des Schriftstellerverbandes), Dieter Galas (Landesvorsitzender GEW Niedersachsen), Rudolf Hickel (Memorandumgruppe) und Dorothee Sölle (Theologie). Die Zweckbestimmung des Blattes ist etwas auf die Gewinnung von Anzeigenkunden zugeschnitten: „Wir meinen, daß jenseits der herkömmlichen Nachrichtenmagazine, aber auch jenseits lokaler bzw. regionaler Alternativblätter ein Medium fehlt, das nicht bierernst, aber auch nicht blauäugig Tendenzen in Kultur, Ökologie, Politik und menschlichem Zusammenleben aufspürt; ein Blatt, das nicht besinnungslos jedem fahrenden Zug hinterherrennt; das kritisch ist und offen für alles, was aktuell, neu und spannend ist, und das zugleich den gewachsenen ästhetischen Anforderungen der Leser gerecht wird." Damit müßte doch Gefallen zu erwecken sein?

Bundesweite BAföG-Demonstration geplant

jöf. Auf der Sitzung vom 28.10. hat der Zentralrat der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) einen Tendenzbeschluß für die Durchführung einer *bundesweiten BAföG-Demonstration* Anfang Dezember gefaßt. Verhandlungen mit der DGB-Jugend und der GEW haben nicht zum Ergebnis einer gemeinsam organisierten Demonstration geführt. Feststeht jedoch, daß die DGB-Jugend mit einem *eigenen* Aufruf zu dieser Demonstration aufrufen will, außerdem wird sie einen Redner auf der Kundgebung stellen. Der Zentralrat beauftragte den vds-Vorstand, auf Grundlage der den Mietgliedsasten bekannten „Plattform zur bundesweiten BAföG-Demonstration" einen kurzen Aufruf zu verfassen. Diese Plattform erklärt den Kampf gegen die Darlehensregelung und für den Status quo beim BAföG zum zentralen Punkt der Demonstration und studentischen Widerstandes, darüberhinaus werden alle vorhandenen Probleme auf die Formel „Für Arbeit und Bildung statt Rotstift und Raketen" heruntergebracht. Darüberhinaus wird für eine „grundsätzliche Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik plädiert", die im Kern in der Einsparung von Rüstungsgeldern und der Einführung einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende herbeigeführt werden soll. Laut MSB treten alle anderen Probleme hinter der „BAföG-Frage" zurück, weil es darum gehe, „die erkämpften Bildungschancen für Arbeiterkinder" zu verteidigen. Daß gegenwärtig nur noch ca. 30% der Studenten im Gegensatz zu 44,6% Mitte der 70er und von dem sinkenden Anteil an Arbeiterkindern (ca. 12%) nur ca. 70% durch BAföG gefördert werden, wird nicht weiter analysiert. Durch die Reduzierung aufs BAföG werden aber die sich objektiv verschärfenden Widersprüche der Masse der Studenten zur Politik der sozialen Demontage und „Wende in der Bildungspolitik" und die u.a. auch enthaltene politische Brisanz der Forderung nach einem sozialen Förderungssystem, ganz zu schweigen von weiteren politischen Widersprüchen zum Hochschulbetrieb, ignoriert.

mine · Termine · Te

November

5. **Kassel.** Anti-AKW-Konferenz, bis 7.11.
   Berlin. Parteitag der FDP, bis 7.11.
6. **Hamburg. Saarbrücken.** Demonstration und Kundgebung des DGB gegen Sozialabbau
   Frankfurt. Vorbereitungstreffen für die Europäische Friedenskonferenz in Westberlin im Mai 1983, bis 7.11.
   o.O. a.o. Landesdelegiertenversammlung der Grünen NRW, bis 7.11.
7. **BRD.** Beginn der Friedenswochen, bis 17.11.
8. **Dortmund.** „Ersatzstoffe für Asbest", Informationstagung, bis 9.11.
9. **München.** Electronica '82, bis 13.11.
12. **Hagen.** Bundesdelegiertenversammlung der Grünen, bis 14.11.
13. **Oberhausen.** Internationales Friedenstreffen von END und verschiedenen Friedensinitiativen, bis 21.11.

Die Wende im konkreten

Der Haushalt und die Begleitgesetze werden so ziemlich das einzige sein, was, bleibt der Neuwahltermin im März, diese Regierung in Gesetzesform bringen wird.

„Als besonders kompliziert und auch politisch umstritten erwies sich dabei das finanzielle Gleichgewicht zwischen dem Bundesetat, dem Haushalt der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, der Rentenversicherung und der Krankenversicherung." Dies Zitat aus der „Süddeutschen Zeitung" vom 28. Oktober beleuchtet besonders augenfällig eine zwar nicht neue, aber dennoch wichtige Erkenntnis: Die Sozialversicherungen und ihre Kassen sind faktisch eine Zusatzreserve für den Bundeshaushalt geworden, über den nicht die Versicherten, sondern die Bundesregierung befindet. Um 1,3% soll der Posten „Arbeit und Soziales" im kommenden Jahr gekürzt werden, das sind real sicher 6%. Und das trotz weiter steigender Arbeitslosigkeit, obwohl Arbeitslosenhilfe *vollständig* aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren ist und das Defizit in der Arbeitslosenversicherung ebenfalls.

Rentenversicherung

Ohne Zweifel stehen dort gewaltige Probleme an, es sei nur an die '84er-Reform erinnert, vor allem an die Regelung der Hinterbliebenenrente, an die Anerkennung von „Babyjahren". Aber zur Lösung dieser Probleme und damit zur etwas besseren Stellung vor allem der am schlechtesten gestellten Frauen trägt keine einzelne der von der neuen Regierung beabsichtigten Manipulationen der Rentenversicherung bei. Nein, es geht darum, durch kurzfristige Maßnahmen den Bundeshaushalt zu entlasten und getroffen werden damit diejenigen am meisten, die die niedrigsten Renten bekommen. Die Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung sollen um 900 Mio. DM gekürzt werden.

Die Nutzung des Haushalts der Rentenversicherung als Manövriermasse ist nicht neu. Zuletzt wurde der Bundeszuschuß im Jahre 1981 gekürzt, um 3 Mrd. DM, als gleichzeitig der Beitrag zur Rentenversicherung von 18 auf 18,5% (was im folgenden zugunsten eines höheren Beitrags zur Arbeitslosenversicherung rückgängig gemacht wurde) erhöht worden war. Um ein Bild insgesamt zu bekommen: 1957 waren noch 29,8% der Ausgaben der Rentenversicherung durch Bundeszuschuß aufgebracht, 1981 war dieser Anteil auf 14,6% gesunken, obwohl die zusätzlich übertragenen Aufgaben nicht ab- sondern zugenommen haben.

Indirekt soll die Rentenversicherung ebenfalls zur Deckung der Lücken im Bundeshaushalt beitragen: Die Beiträge der Arbeitslosenversicherung für die Zeit der Arbeitslosigkeit an die Rentenversicherung, wodurch die Zeiten der Arbeitslosigkeit später bei der Rentenberechnung eben mitberücksichtigt werden können, sollen nur noch nach den tatsächlichen Zahlungen von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld geleistet werden, für diese Gruppe also um mehr als die Hälfte reduziert werden. Die alte Bundesregierung hatte eine ähnliche, allerdings längst nicht so weit gehende Kürzung auf 70% des bisherigen Bruttolohns vorgesehen. Das Versprechen, diese Kürzung der Beiträge an die Rentenversicherung werde sich später nicht in der Berechnung der Renten niederschlagen, ist ein Roßtäuschertrick. Wie sollte es auch gehen, daß Mindereinnahmen in Milliardenhöhe sich nicht auf die Zahlungen auswirken? Immerhin ist die Neubewertung beitragsfreier Zeiten schon angekündigt.

Damit die Rentenversicherung im kommenden Jahr nur einigermaßen über die Runden kommt, soll die Erhöhung des Beitrags zur Rentenversicherung vom 1.1.1984 (wie noch unter Schmidt beschlossen) auf den 1. September des kommenden Jahres vorgezogen werden. Und die Rentenanpassung wird um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 1983 verschoben (auch eine solche Maßnahme hatte die sozialliberale Koalition schon in früheren Jahren praktiziert). Mit der gleichzeitigen Einführung der schon früher beschlossenen Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung in Höhe von 1 Prozent, ein Jahr später um 3 und dann 5 Prozent, ergibt sich eine Steigerung der Renten aufs Jahr 1983 berechnet von gerade noch 2,3% gegenüber 5,6%, die es eigentlich hätten sein sollen. Dabei ist die Gesamtwirkung solcher Verschiebungen nach einigen Jahren immer deutlich als im ersten. Würde man z.B. für 1984 annehmen, daß die Erhöhung nach der „Bruttolohnanpassung" der Renten 5% betragen müßte, so ergibt sich mit Verschiebung und Krankenversicherungsbeitrag, wenn 1982 die monatliche Rente 1 000 DM betragen hat, ein durchschnittlicher Monatsbetrag von 1061,60 DM, gegenüber 1108,90 DM ohne die Kürzungsmaßnahmen. Es werden also schon 4,3% einbehalten, während es im kommenden Jahr „nur" 3,1% sind. Bis sich die Maßnahmen 1986 voll auswirken, beträgt die Kürzung ca. 7% jährlich.

Dabei ist schon heute absehbar, daß die Rentenversicherung bereits 1984 bei Durchführung all dieser Maßnahmen pleite gehen wird, die Reserve betrüge nur noch 0,6 Monatsausgaben. Neue Erhöhungen der Beiträge – oder aber Kürzung der Renten, darauf haben die Rentenversicherungsträger hingewiesen, werden unumgänglich sein.



Arbeitslosenversicherung

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll ab 1. Januar auf 4,6% gesteigert werden. Mit der Erhöhung bei der Rentenversicherung werden das dann ab 1. September 1,1% höhere Beiträge zur Sozialversicherung sein, die Erhöhungen bei der Krankenversicherung sind noch nicht abzusehen. Daneben soll die Zahlung von Arbeitslosengeld stärker als bisher nach der Dauer der Beitragsleistung gestaffelt werden (manche Zeitungen erwecken gar den Eindruck, eine solche Staffelung habe es bisher nicht gegeben). Mußte man bisher, um einen sechsmonatigen Arbeitslosengeldanspruch zu erwerben, davor wenigstens ein Jahr beitragspflichtig gearbeitet haben, sollen es nun 18 Monate sein. Man könnte das Manöver auch als versteckte Senkung des Arbeitslosengeldes für diejenigen, die länger arbeitslos sind, werten, denn nach dem Arbeitslosengeld bleibt nur noch die niedrigere Arbeitslosenhilfe.

Krankenversicherung

Im wesentlichen kann die neue Regierung hier auf die Beschlüsse der alten zurückgreifen. Die Erhöhung der Rezeptgebühr auf 2 DM, Beteiligung an den Krankenhauskosten in Höhe von 5 DM für die ersten 14 Tage (statt, wie von Schmidt geplant, für eine Woche) und die Zuzahlung bei Kuren von 10 DM pro Tag sind die wesentlichen Maßnahmen. Nicht daß sie viel Geld bringen. Diese Kritik ist schon gegenüber den Beschlüssen der sozialliberalen Koalition gefallen, sie stecken vor allem eine neue Richtung ab: die „Selbstbeteiligung" ist ausbaufähig. Krankwerden auf eigenes Risiko.

Die „Wende", die die christlichen Sachverwalter des Kapitals erreichen wollen, läßt sich aber vielleicht am besten dort ablesen, wo nicht direkt wesentliche Geldbeträge für das Staatssäckel herausspringen werden. Denn haben alle Änderungen gegenüber der Schmidt-Regierung bei den Maßnahmen in der Rentenversicherung oder der Arbeitslosenversicherung leicht den Anschein, als ginge es nur um etwas „mehr", das zur Deckung des Haushaltsdefizits herausgeholt werden soll, so gehen solche Maßnahmen wie stärkere Kontrolle von Krankschreibungen durch die Vertrauensärzte, Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit auf Antrag der Kapitalisten oder auch die Bußgeldandrohung für das Ausstellen von „Gefälligkeitsattesten" schon eindeutig in die von der SPD abgelehnte Richtung der Lambsdorff-Pläne.

Schließlich soll ab 1984 auch das Krankengeld gekürzt werden. Nicht direkt, sondern auf dem Umweg der Bezahlung von Rentenversicherungsbeiträgen vom Krankengeld. Schon im kommenden Jahr sollen die Rentenversicherungen hierfür einen Pauschalbetrag erhalten.

.. Kinder besserer Leute

Strukturelle Änderungen hat die neue Bundesregierung beim „Kinderlastenausgleich" eingeleitet: gegenüber dem Kindergeld sollen die steuerlichen Kinderfreibeträge wieder mehr Gewicht bekommen. Die Abschaffung der Kinderfreibeträge und ihre Ersetzung durch ein erweitertes Kindergeld war das einzig Positive an der Steuerreform von 1975 gewesen. Dabei geht es, wie meist im Steuerrecht, um ein Stück Gesellschaftspolitik.

Das Kindergeld ist nicht von der Höhe der Einkommen abhängig; fürs erste Kind z.B. gibt es eben 50 DM im Monat, ob nun die Eltern wenig oder viel verdienen. Kinderfreibeträge dagegen bringen eine steigende Begünstigung mit steigendem Einkommen. Der Freibetrag wird vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen, ehe der mit der Progression steigende Steuersatz angewendet wird. Da der Steuersatz mit der Höhe des Einkommens steigt, steigt auch die Steuerersparnis aufgrund eines Freibetrags mit der Höhe des Einkommens. In der christlich-liberalen Sprachregelung läuft daher die Umstrukturierung vom Kindergeld zum Kinderfreibetrag unter der Formel „leistungsgerechte Besteuerung".

Die Leistung besteht hier im hohen Einkommen, so wird das Kind des Reichen mit mehr als der doppelten Steuerersparnis berücksichtigt als das Kind des Durchschnittverdieners.

Regierungsbeschluß ist, das Kindergeld für Zweitkinder von bisher 100 DM auf 70 DM im Monat zu kürzen, das Kindergeld vom dritten Kind an von bisher 220 DM auf 140 DM im Monat. Dafür gelten allerdings Einkommensgrenzen. Gekürzt wird ab einem Familien-Nettoeinkommen von etwa 3500 DM monatlich. Ab dem dritten Kind erhöht sich diese Grenze um jeweils 650 DM. Für Alleinstehende gilt eine Einkommensgrenze von 2850 DM beim zweiten Kind.

Die andere Seite des „Doppelbeschlusses" sind die Änderungen zur Wiedereinführung eines Kinderfreibetrags. In verwickelten Schachereien zwischen Bundestag und Bundesrat hatte die CDU/CSU in den letzten Jahren einen Kinderbetreuungskostenbetrag von 1200 DM je Kind und Jahr untergebracht. Kosten der Kinderbetreuung bis zur genannten Höhe waren damit steuerlich absetzbar. Indem die CDU-regierten Bundesländer auf einen Nachweis der entstandenen Betreuungskosten verzichteten, hatten sie schon damit den Wiedereinstieg in einen Kinderfreibetrag hintenherum erpreßt. Zuletzt war es üblich, daß die Finanzämter Ausgaben bis 600 DM ohne Nachweis anerkannten, weitere 600 DM wurden nur bei Einreichung von Ausgabenbelegen (quittierte Rechnungen für den Kindergarten z.B.) anerkannt.

Nunmehr wird der Kinderbetreuungskostenbetrag, der für CDU/CSU seine Schuldigkeit getan hat, ganz gestrichen und durch einen Kinderfreibetrag von jährlich 432 DM reduziert. Der Freibetrag wird in die Lohnsteuertabellen eingerechnet und damit beim monatlichen Steuerabzug berücksichtigt, während Ausgaben zur Kinderbetreuung erst im Lohnsteuerjahresabschluß geltend gemacht werden konnten.

Der neue Kinderfreibetrag bringt den „Normalverdienern" eine Steuerersparnis von monatlich rund 8 DM pro Kind, Spitzenverdienern spart sie rund 20 DM Steuern – schließlich machen Kinder in diesen Kreisen auch höhere Kosten.

Noch sind die Beträge, die da zwischen den Einkommensklassen verschoben werden, ziemlich lächerlich. Zumal ja die Kindergeldkürzung zunächst auf höhere Einkommen begrenzt bleibt. Die Richtung aber ist dennoch abgesteckt und der weitere Weg hinter den scheinheiligen Nebelschwaden mit etwas Überlegung erkennbar.

Und in diese Richtung paßt auch, daß die von der alten Regierung geplante Kappung des sogenannten Ehegattensplittings fallengelassen wird. Ebenso wie die Kinderfreibeträge unter dem Deckmantel der „Kinderliebe" die ärmeren Schichten benachteiligen, bedeutet das Steuersplitting eine Umverteilung von Einkommen zugunsten reicherer Schichten unter dem Deckmantel der „Familienfürsorge". Immerhin hat das Herumbosseln an diesen Einrichtungen ihren Hintersinn auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Mietfreiheit für Großverdiener

Welche Richtung mit dem Haushalt 1983 verfolgt wird, zeigt sich auch beim Verwendungszweck der obligatorischen „Investitionshilfeabgabe" in Höhe von 5% der Steuerschuld. Aus der Abgabe werden Einnahmen von 2,5 Mrd. DM erwartet. 500 Millionen hiervon sollen für den Bau zusätzlicher Sozialmietwohnungen verwendet werden, 1,5 Mrd. DM gehen in die Eigentumsförderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus und weitere 500 Millionen dienen der Verbilligung von Bausparkrediten, also ebenfalls der Eigentumsförderung. Über 60% der Bevölkerung aber wohnen in Mietwohnungen.

Doch dazu kommt noch eine weitere kräftige Förderung für Wohnungseigentümer. Das läuft unter dem unscheinbaren Titel „Schuldzinsenabzug". Bekanntlich werden Eigenheime zum größten Teil durch Kredit finanziert und dafür sind Zinsen zu zahlen, Schuldzinsen. Das Einkommen, das für diese Zinszahlungen aufgewendet wird, wird nun bis zu einer Höhe von 10000 DM jährlich für einen Zeitraum von drei Jahren von der Einkommenssteuer befreit. Hauseigentümer sparen dadurch rund 250 Mark Steuern monatlich, Spitzenverdiener allein durch diese Maßnahme etwa 460 DM. Mit dem §7b zusammen kommen Spitzenverdiener in den ersten Jahren auf eine Steuerersparnis von monatlich 800 bis 900 DM, wohnen also mietfrei.

Sachverständigenrat und Wirtschaftsinstitute haben die wohnungspolitischen Maßnahmen der neuen Regierungskoalition kritisiert. Einmal ist ihnen diese Sorte Förderung eines winzigen Personenkreises aus der Sicht des Staatshaushalts doch zu teuer. Hauptsächlich aber sehen sie die Leitlinie verletzt, alles verfügbare Kapital in produktive Nutzung zu lenken. Wohnungsausgaben sind nun mal Ausgaben für den Konsum, während die weisen Professoren jede einzelne Maßnahme der Modernisierung und Rationalisierung des Produktionsapparates untergeordnet sehen wollen. Dafür sollen nach ihrer Meinung die Mieter viel höhere Mieten zahlen. Der Reallohn würde auf diesem Wege gesenkt und mindestens ein Teil der Mittel, der jetzt noch in den sozialen Wohnungsbau geht, könnte den industriellen Kapitalisten zugeschustert werden.

Unmittelbar in diese Richtung zielt die weitere *Senkung der Gewerbesteuer*. Durch Änderung der Bemessungsvorschriften wird sie um jährlich 1,5 bis 1,75 Mrd. DM vermindert. Diese Einzelmaßnahme entspricht, auf die Gesamtheit der Lohnsteuerzahler umgelegt, etwa dem Nettolohn von einer Arbeitsstunde pro Monat.

Im Mittelpunkt der Mensch

Fast die höchste Steigerungsrate mit 4,8% weist der Verteidigungshaushalt auf. Darüber liegen nur noch Posten wie „Allgemeine Finanzverwaltung" und „Bundeskanzleramt". Zwar reicht dies noch lange nicht, um die von der Nato beabsichtigte jährliche Steigerung von real 3% zu haben, aber Wörner hat ja schon Mehranforderungen angekündigt und gibt sich optimistisch, am Ende des kommenden Jahres vielleicht doch noch auf die reale Steigerung von 3% zu kommen – sein Vorgänger Apel hat da allerhand vorexerziert. Wörner hatte als erste Schwerpunkte seiner Arbeit drei Dinge genannt: Die Verbeserung des Anteils der Längerdienenden, den Abbau des „Verwendungsstaus" und einen Ausgleich für Spitzenverdienstzeiten. In allen 3 Punkten sind mit dem Haushalt erste Änderungen eingeleitet. Statt ursprünglich angesetzter 2000 zusätzlicher Stellen sollen es nun 3000 sein, durch 350 Stellenanhebungen sollen 1500 Personalbewegungen möglich werden und Soldaten, die regelmäßig mehr als 56 Stunden in der Woche im Dienst sind, sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. *frb./gkr.*

Bundesleitung des KBW spricht sich für Monatszeitschrift aus

Eine Mehrheit der KBW-Mitglieder neigt nach den Berichten eher der Unterstützung einer politischen Monatszeitschrift zu

Die Bundesleitung des KBW hat nun beschlossen wie in einer unserer letzten Ausgaben bereits angekündigt, für den 13./14. November eine außerordentliche Delegiertenkonferenz einzuberufen. Auf dieser Konferenz soll über die bislang von der Organisation herausgegebenen Periodika – die wöchentlich erscheinende KVZ und die Monatszeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" – befunden werden. Die Auffassung der Bundesleitung des KBW ergibt sich aus der abgedruckten Erklärung, die vergangenes Wochenende mehrheitlich mit 18 Für-Stimmen bei 7 Enthaltungen beschlossen wurde.

Dem aufmerksamen Leser wird auffallen, daß sich der Beschluß auf das beschränkt, was unumgänglich entschieden werden muß. Ein Plädoyer für die Monatszeitschrift fehlt ebenso, wie andererseits die Bedenken und Nachteile einer solchen Umstellung unerwähnt bleiben.

Folgt man den Berichten der Mitglieder der Bundesleitung, so neigt die Mehrheit der KBW-Mitglieder, soweit darüber bisher örtlich beraten wurde, eher der Unterstützung einer politischen Monatszeitschrift zu. Allerdings sind die Meinungen örtlich ganz unterschiedlich, was vor allem an den unterschiedlichen Bedingungen liegt; einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Mitgliederzahl am Ort und den geäußerten Voten ist nicht erkennbar. Eine Leserumfrage in Weser-Ems ergab ein überwiegendes Bedürfnis für eine Wochenzeitung, wie im übrigen ja auch die Leserbriefe, die uns erreicht haben, was sich hier weniger aus der Zahl denn aus den Argumenten ergibt.

Es gibt einige Gründe, die Änderungen unumgänglich machen und die es ratsam erscheinen lassen, gleich auf eine Monatszeitschrift umzustellen und nicht erst die Tragfähigkeit einer Wochenzeitung weiter auszutesten. Da ist die zu kurze Finanzdecke, die enge politische und personelle Basis und die geschwundene Auflage.

Namentlich Genossen, die einer Wochenzeitung einen hohen Nutzen zumessen, wollen den finanziellen Spielraum genauer geklärt wissen: eine Entscheidung würde einem aber dadurch nicht wesentlich erleichtert. Sicherlich ließe sich manche Quelle sichern oder erschließen und auch über die bisher erreichte Wirtschaftlichkeit unserer Arbeit kam man geteilter Meinung sein. Entspannt wird die Lage auch schon durch die Konzentration auf ein Periodikum. Andererseits aber ist sicher, daß wir mit unseren Auflagen am Rande der Möglichkeiten arbeiten, und sicher ist, daß eine Monatszeitschrift einen etwas größeren Spielraum ergibt als eine Wochenzeitung. Das ergibt sich einfach daraus, daß wir grob gesagt dem KVZ-Leser gegenwärtig für eine Manuskriptseite Text 2,25 Pfg. abverlangen, während wir bei einer für 5 DM verkauften Monatszeitschrift von 64 Seiten Umfang rechnerisch rund 4,6 Pfg. pro Manuskriptseite erlösen. Auch wenn man unterschiedliche Herstellungskosten berücksichtig, bleibt da am Ende mehr für die redaktionellen Kosten. Das ist kein besonderer Trick, sondern entspricht den unterschiedlichen Märkten, die wir zu berücksichtigen haben. Und der Vorteil für den Leser besteht eben darin, daß er insgesamt pro Monat oder pro Jahr weniger Geld für diese spezielle Sorte Publikation abzweigen muß.

Aus den Erfahrungen der letzten Zeit ergibt sich auch, daß wir mit unseren politischen und personellen Ressourcen am Rande dessen arbeiten, was für eine wöchentliche Erscheinungsweise notwendig ist. So steht z.B. jede personelle Veränderung in der Redaktion, die eine an sich notwendige Verstärkung wäre, in fast unlösbarem Widerspruch zu örtlichen Erfordernissen. Dagegen bringt eine monatliche Erscheinungsweise den Vorteil, der etwas zeitaufwendigeren Untersuchung für den einzelnen Artikel. Die Redaktion wird auch von der wöchentlichen Herstellungsarbeit entlastet und es bleibt eher Zeit für Vorbereitung und Mitarbeit in Arbeitsgruppen usw.

Und schließlich kann auch nicht übersehen werden, daß die geschwundene Auflage der KVZ drückt. Sie sinkt zwar nicht mehr in dem Ausmaß wie bis zum Sommer, eine wirkliche Stabilisierung auf dem erreichten niedrigen Niveau ist aber auch kaum erkennbar. Von der letzten Ausgabe der KVZ wurden 2950 Exemplare ausgeliefert, vom Oktoberheft von „Kommunismus und Klassenkampf" 1850 Exemplare. So falsch es ist, aus der sinkenden Auflage eine Präferenz für ein monatliches Periodikum zu konstruieren, so richtig ist, daß es auch bekanntere Monatszeitschriften gibt, die eine deutlich niedrigere Auflage haben.

Umwerfende Gründe sind das nicht, aber sie üben einen wirksamen Zwang aus.

Ich persönlich denke, daß man mit einer Monatszeitschrift leben kann und daß wir damit leben müssen. Ein „Befürworter einer politischen Monatszeitschrift" aber mag ich nicht sein, weil in den vorgetragenen Gründen Falsches mittransportiert wird.

Insbesondere sollten wir nicht in einer notwendigen Umstellung jene Bedürfnisse vernachlässigen, die sich im Wunsch nach der Fortsetzung eines wöchentlichen Periodikums äußern. Mit der nachgeschobenen Weisheit, eine Wochenzeitung sei immer besser als eine Monatszeitschrift und eine Tageszeitung sei noch besser, werden sie allenfalls ins Reich der Luftschlösser abgeschoben. Umgekehrt ließe sich sagen, eine Monatszeitschrift erfordert immer einen geringeren Aufwand. Meines Erachtens handelt es sich bei dem, was einige Leser, die gerade keine Mitglieder des KBW sind, sagen und schreiben um politische Bedürfnisse, die geäußert werden, und nicht um fromme Wünsche.

Diese Bedürfnisse sind überhaupt nicht damit erfaßt, wenn sie als Wunsch nach wöchentlicher Orientierung beschrieben werden. Sondern es geht z.B. um die laufende Information, auch ohne daß man zehn verschiedene Publikationen liest. Es geht z.B. um an sich bekannte Informationen zum richtigen Zeitpunkt. Oder es geht um aufbereitetes Material, das unmittelbar für die politische Praxis nützlich ist.

Niemand kann bestreiten, daß eine gründlichere Analyse not tut. Man kommt dazu aber nicht, wenn man nicht stets wieder auf die vielfältigen Erscheinungen selbst zurückkehrt. Politische Verbindungen stellen sich nicht nur her über die theoretische Auseinandersetzung sondern auch indem das richtige „Hintergrundmaterial" zu den richtigen Brennpunkten geliefert wird. Eine Zeitung, die nicht die Praxis einer städtischen Ausländerbehörde dokumentiert, wird es in der überzeugenden Behandlung des Ausländerproblems schwer haben, wenngleich mit der akribischen Darstellung der Wirklichkeit allein auch keine Handlungslinie zu entwickeln ist. Eine Zeitung, die keinen Platz hat, die Ergebnisse des neuesten Gemeindefinanzberichts mitzuteilen, hat halt eine Lücke in der Unterstützung der demokratischen Kämpfe in den Kommunen. Das bloß als Beispiele, die nicht aus den Fingern gesogen sind.

Eine Zeitung lebt sowohl von ihrer politischen Stellungnahme zu den wichtigsten Entwicklungen als auch davon, daß sie unterschiedlichen Lesern für ihre unterschiedliche Tätigkeit Nützliches liefert. Nichts schlimmer als ein Blatt, das ganz gelesen sein will.

Das wird natürlich nicht direkt bestritten, aber es wird vielfach leichtfertig übersehen. Man muß auch keine dunklen Vermutungen über eventuelle Absichten hegen, natürlich werden wir uns bei einer Einschränkung unserer Publikationstätigkeit auf weniger als ein Drittel des Raumes einer Wochenzeitung hinsichtlich der Verfolgung von Widersprüchen der politischen Wirklichkeit einschränken müssen, und natürlich wird dies nicht ohne Auswirkungen für den Charakter unserer Publikationstätigkeit sein. Daß die einen dies eher begrüßen, während andere es eher befürchten, hängt m.E. nicht mit richtig und falsch zusammen sondern mit verschiedenen Bedürfnissen aufgrund unterschiedlicher Bedingungen.

Eine personell verminderte Redaktion einer Monatszeitschrift wird eher über einen noch engeren Erfahrungshorizont der verschiedensten Gebiete verfügen. Wie die Wochenzeitung ist sie auf breite Mitarbeit von außerhalb der angestellten Redaktion angewiesen. Zwar bleibt für die Kontaktpflege und Besprechung bei monatlicher Erscheinungsweise etwas mehr Zeit, andererseits wird die Einbeziehung vieler Mitarbeiter auch schwieriger. Berichte usw. werden ganz wegfallen, der Raum ist beschränkt und die Ansprüche an den einzelnen Artikel steigen. Es wird kaum möglich sein, einfach mal einen zugeschickten Artikel abzudrucken, um die Diskussion auf einem Gebiet in Gang zu bringen, das von der Redaktion aus nicht sachverständig bearbeitet werden kann.

Entscheidend an der Wochenzeitung ist sowieso nicht so sehr die Aktualität, worin die KVZ ohnehin nicht besonders stark ist, sondern der wöchentliche Umschlag und die Möglichkeit der rascheren Reaktion. Wer an der KVZ (meist zu recht) bemängelt, daß manches Thema erst mal im Zickzack umkreist wurde, soll nicht denken, solche Schwächen würden durch eine Verlängerung des Erscheinungsrhythmus behoben. Die Entwicklung einer Beurteilung oder einer Richtung kann überhaupt nicht einfach von einer Redaktion aus geleistet werden.

Diese Schwierigkeiten müssen wir als solche zur Kenntnis nehmen und Behandlungsweisen finden. Immerhin, auch wenn die Vorzüge der Monatszeitschrift unterschiedlich beurteilt werden, ist man sich doch darin einig, daß sie thematisch in etwa so aussehen sollte wie die KVZ.

Unausbleiblich werden von der Umstellung bei den Publikationen auch Rückwirkungen auf die Arbeitsweise der Organisation ausgehen. Die Delegiertenkonferenz wird dies insofern einbeziehen müssen, als dies mit der Entscheidung über die Publikationsmittel zusammenhängt.

Ich z.B. teile nicht die Einschätzung, daß eine Monatszeitschrift „den Interessen gegenüber unserer Publizistik wie auch unserer Wirkungsweise innerhalb der Bewegung" entspricht und „den sich ausbildenden Arbeitsformen der Organisation nicht widerspricht, diese vielmehr fördern kann", wie H.-G. Schmierer dies in der vorletzten KVZ mit einem jeweils einschränkenden „könnte" und „kann" formuliert hat. Das ist beides so wahr, wie es für die Wochenzeitung auch wahr ist. Offenbar ist damit gemeint, die Monatszeitschrift sei das unserer Wirkungs- und Arbeitsweise eigentlich entsprechende Publikationsmittel, wie sich aus den folgenden Suggestiv-Argumenten ergibt. So herum würden wir ohne Zwang einen Teil organisierter politischer Praxis aufgeben, die unseren Beitrag in und für die Bewegung wirkungsvoller macht.

In ihrem Beschluß hat sich die Bundesleitung auch zu der Form geäußert, in der die vom KBW geförderte Zeitung/Zeitschrift künftig erscheinen soll. Sie tritt mehrheitlich dafür ein, die formelle Bindung an den KBW angesichts der ohnehin notwendigen Veränderungen aufzuheben. Damit wäre unsererseits die Absicht klargestellt und die formelle Möglichkeit gegeben, den Trägerkreis der künftigen Zeitschrift zu erweitern. Einige Genossen wollen an der bisherigen Herausgeberschaft festhalten, weil sie sich von der Änderung nichts versprechen.

So und so wird die Umstellung zum Jahreswechsel geschehen. Der Termin der Delegiertenkonferenz erlaubt die rechtzeitige Unterrichtung unserer Abonnenten über die endgültige Entscheidung.

Friedemann Bleicher

Beschluß der Bundesleitung vom 30./31.10. zur Vorbereitung der a.o. DK am 13./14.11.

Die Bundesleitung tritt für eine Beschlußfassung in folgende Richtung ein:

1. Herausgabe einer Monatszeitschrift. Diese Monatszeitschrift soll einen aktuellen Teil umfassen, in dem sich die Zeitschrift beschreibend und analytisch mit den wichtigsten aktuellen Ereignissen und Entwicklungen auseinandersetzt. Um die Vielseitigkeit der Zeitschrift zu gewährleisten, sollen neben den Artikeln zu wichtigen, thematisch wechselnden Fragen regelmäßig Rubriken in diesem aktuellen Teil veröffentlicht werden, in denen berichtend und kurz kommentierend zu Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der internationalen Beziehungen Stellung bezogen wird. Die Monatszeitschrift soll regelmäßig einen Teil umfassen, in dem ausgehend von wichtigen politischen Fragen theoretisch Position bezogen wird. Die Zeitschrift soll einen Kulturteil enthalten. In Abstimmung mit dem aktuellen Teil der Zeitschrift sollen wichtige Dokumente veröffentlicht und kommentiert werden.

Unregelmäßig können thematisch umrissene Sonderhefte herausgegeben werden.

Alternativen:

Wochenzeitung

Aus Gründen der politischen und redaktionellen Kräfte, der Auflagenentwicklung, der Vertriebsbedingungen und aus finanziellen Gründen hält es die Bundesleitung für unabsehbar, daß die Herausgabe einer Wochenzeitung das nächste Jahr über gewährleistet werden kann.

Zeitung, die 14tägig erscheint:

Allein schon finanzielle Erwägungen schließen einen solchen Mittelweg aus. Die Personalkosten würden den Personalkosten einer Wochenzeitung entsprechen, der Umsatz aber halbiert werden. Andere Kosten würden in keinem Verhältnis zu dem halbierten Umsatz sinken. Es wäre die kostspieligste Lösung.

2. Die Bundesleitung spricht sich für eine Änderung des Namens für die Monatszeitschrift aus. Genannt wurden in der Bundesleitung: Commune, Rotes Forum, Kommunistisches Forum, Forum, Kommunistische Politik

3. Die Bundesleitung spricht sich dafür aus, daß die Monatszeitschrift nicht als Organ des KBW herausgegeben wird. Die a.o. DK soll einen Kreis von ca. 15 Personen beauftragen, die Zeitschrift herauszugeben. Der Herausgeberkreis kann sich erweitern. Der Herausgeberkreis soll die Redaktion benennen. 5 Redakteure sollen angestellt werden. Wenn es sich als politisch sinnvoll erweist, kann eine Trägerschaft der Monatszeitschrift organisiert werden, die dann die Herausgeber der Zeitschrift wählen würde.

Dieses Vorgehen soll die Möglichkeit verbessern, daß die Kräfte, mit denen wir in der politischen Richtung im großen und ganzen übereinstimmen, auch organisiert publizistisch enger mit uns zusammenarbeiten. Aufgabe des KBW wird es sein, als Organisation von Kommunisten politische Arbeitszusammenhänge örtlich und bundesweit zu sichern und zu fördern, die zu dem gegenwärtigen Umgruppierungs- und Vereinheitlichungsprozeß einen Beitrag leisten. Die Bundesleitung ist der Auffassung, daß sich mit dieser Aufgabe die Unterstützung einer unabhängigen kommunistischen Monatszeitschrift gut verträgt.

4. Nach Auffassung der Bundesleitung soll der KBW durch eine entsprechende Beschlußfassung zum Ausdruck bringen, daß er von seiner Seite aus alle Bedingungen für die Herausgabe einer unabhängigen Kommunistischen Monatszeitschrift schafft. Der KBW sollte es zu seiner Aufgabe erklären, eine solche kommunistische Monatszeitschrift zu unterstützen.

Kampagne für ein atomwaffenfreies Mainz

und die Grenzen, an die eine solche Kampagne stößt

siw. Seit einigen Wochen werden in Mainz Unterschriften unter folgenden Text gesammelt:

„Der Rüstungswettlauf in West und Ost setzt sich unvermindert fort. Es ist erklärte Absicht, ab 1983 beim Scheitern der Genfer Verhandlungen neue atomare Waffensysteme in Westeuropa zu stationieren. Durch die bereits stationierten Nike-Hercules Atomraketen im Ober-Olmer Wald und durch die geplante Erweiterung dieser militärischen Anlage in der unmittelbaren Nachbarschaft von Mainz sind wir Mainzer Bürger äußerst gefährdet.

Deshalb wollen wir Mainzer Bürger unsere Stadt für atomwaffenfrei erklären und beantragen, daß der Stadtrat folgenden Beschluß faßt:

Im Rahmen seines Verantwortungsbereichs setzt sich der Stadtrat dafür ein, daß keine Atomraketen in Mainz und seiner näheren Umgebung stationiert, gelagert oder durch Mainz transportiert werden. Mainz soll atomwaffenfrei sein!"

Die Unterzeichner repräsentieren ein Spektrum verschiedener Organisationen und Strömungen. In der Begründung selbst wird die Betroffenheit der Bevölkerung angesichts eines drohenden Krieges in den Mittelpunkt gestellt. Fragen, wie die Existenz der beiden Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt und die Vorherrschaft der USA und Sowjetunion in diesen Blöcken bleiben ausgeklammert, was wohl Voraussetzung war, daß dieser Aufruf mit den genannten Unterzeichnern zustande kam.

Trotz dieser Schwäche stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, die Kampagne zu unterstützen. Aufgrund eines rheinland-pfälzischen Gesetzes über Bürgerinitiativen kann der Stadtrat bei ausreichender Unterschriftenzahl gezwungen werden, den entsprechenden Antrag als Tagesordnungspunkt zu behandeln. Das wäre sicher ein Fortschritt, da dann die im Stadtrat vertretenen Parteien Stellung nehmen müßten und auch nicht drum herum kommen würden, für oder gegen die Blockpolitik, die Nato-Konzeption und die US-Strategie der atomaren Aufrüstung sich auszusprechen. Das würde allemal das Klima für eine öffentliche Auseinandersetzung um die Fragen einer Verteidigungspolitik verbessern. Deshalb halte ich es für richtig, diesen Aufruf zu unterstützen.

Aber sicher wird das alleine nicht ausreichen. Denn man kann ja nicht davon ausgehen, daß selbst im günstigsten Falle, wenn ein solcher Beschluß gefaßt würde, dies politisch irgendeine größere Wirksamkeit nach sich ziehen würde. Der Verantwortungsbereich kommunaler Parlamente ist in Sachen Stationierung von Truppen und Waffen der Besatzungsstreitkräfte gleich null. Die Beziehungen dieser Streitkräfte sind vertraglich festgelegt im Deutschlandvertrag von 1952 und im Nordatlantikvertrag (Nato-Vertrag), dem die BRD 1955 beigetreten ist. Diese Verträge wurden zwischen den jeweiligen Unterzeichnerstaaten und der Bundesregierung abgeschlossen und schließen schon einmal von vorneherein irgendwelche Entscheidungsbefugnisse kommunaler Parlamente aus. Zugleich ist die Souveränität der BRD in Fragen der Stationierungspolitik der Besatzungsstreitkräfte im wesentlichen gar nicht vorhanden. Durch den Beitritt zur Nato und die Unterzeichnung von Zusatzverträgen, die die Stationierung der Besatzungsstreitkräfte in der BRD regeln, soll sich diese Politik im Rahmen der Nato-Strategie bewegen, wo die USA allemal das Sagen haben. Die Kündigung des Nato-Vertrages und der entsprechenden Zusatzverträge wäre Voraussetzung, kommunale Entscheidungshoheiten in bezug auf die Stationierungspolitik zu erreichen.

Doch die entscheidenden Regelungen, die die Souveränität der BRD in Sachen Besatzungsstreitkräften aufheben, sind bereits im Deutschlandvertrag enthalten und wurden auch nicht durch den Nato-Beitritt im Kern berührt. Im Artikel 2 (Vorbehalt von Rechten) heißt es:

„Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte, die bisher in ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach Artikel 4 und 5 dieses Vertrages."

In diesen Artikeln ist die Möglichkeit enthalten, die Stationierungsrechte durch andere Verträge zu ersetzen, was durch den Nato-Vertrag und die Zusatzabkommen geschah, allerdings mit entscheidenden Einschränkungen. Eine Kündigung des Deutschlandvertrages ist nicht vorgesehen, er soll so lange in Kraft bleiben, bis eine endgültige friedensvertragliche Regelung zwischen den Siegermächten des II. Weltkrieges (also einschließlich der Sowjetunion) und Deutschland erzielt wird, die die Wiedervereinigung Deutschlands mit einschließt.

Selbst, wenn wir zunächst einmal davon ausgehen, daß ein Abzug der Besatzungsstreitkräfte in naher Zukunft nicht erreicht werden kann, so bleibt die Frage, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die Souveränität der BRD und kommunale Entscheidungshoheiten stärken zu können. Nach Kündigung des Nato-Vertrages und der Zusatzabkommen bliebe dann nur noch eine Aushandlung von solchen Abkommen, die die in Artikel 2 des Deutschlandvertrages genannten Rechte weitgehend einschränken würden. Doch selbst wenn die Kündigung des Nato-Vertrages nicht durchgesetzt werden könnte (was ja eine breite politische Bewegung der Bevölkerung voraussetzen würde), blieben immer noch vertragliche Vereinbarungen im Rahmen der Nato, die öffentliche Kontrollmöglichkeiten der Waffenstationierung der Besatzungsstreitkräfte beinhalten, das ausdrückliche Verbot der Stationierung bestimmter Waffen (z.B. Giftgas) sowie Interventionsrechte der BRD in bezug auf den Einsatz bestimmter Waffen von ihrem Territorium aus. So weit einige Gesichtspunkte zur juristischen Lage. (Nähere Einzelheiten hierzu sind in der Zeitschrift „ROTE ROBE" Heft 4/1982 enthalten*).

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß neben der Unterstützung solcher Kampagnen wie die für ein atomwaffenfreies Mainz natürlich auch noch andere Möglichkeiten gibt, den genannten Zielen näher zu kommen: z.B. bei den kommenden Bundestagswahlen solche Kräfte zu unterstützen, die dafür eintreten und gegen die Existenz der Militärblöcke in Europa sind.

* Eine ausführliche Erörterung auch in: Wolfgang Däubler: Stationierung und Grundgesetz, Reinbek b. Hamburg, 1982; 8,80 DM



Demonstration in Salzgitter gegen Einlagerung von Atommüll

ert. Am 30.10. fand in Salzgitter die letzte Aktion der „Herbstoffensive" der Anti-AKW-Bewegung statt. Ca. 8000 Menschen demonstrierten gegen die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad. Schon in der Vorbereitung der Demonstration wurden die Schwierigkeiten der Bewegung deutlich. Ein Beschluß der Regionalkonferenz südostniedersächsischer BIs, vom politischen Zentrum in Salzgitter (Lebenstedt) aus zum Schacht zu demonstrieren, wurde aufgrund des Drucks der autonomen Gruppen gekippt. Statt dessen sollte die Demoroute nur von Salzgitter-Engelnstedt zum Schacht führen. Begründung: Man bräuchte Kraft für die Aktionen am Schacht.

Um die Demonstration nicht zu einer „Schlacht am Schacht" werden zu lassen, ergriff die sog. „Lebenstedt-Gruppe" aus Mitgliedern des Arbeitskreises Braunschweig und der Grünen BS die Initiative für eine breite Aktionseinheit für eine politische Kundgebung in Lebenstedt, die sich dann der Demonstration ab Engelnstedt anschließen wollte. Der Aufruf zur Kundgebung wurde schließlich von der Mehrheit der in der Regionalkonferenz zusammengeschlossenen BIs sowie dem BBU, den Grünen verschiedener Kreisverbände und vielen anderen Gruppen unterstützt. Die Grünen Salzgitter lehnten den Aufruf ab und planten statt dessen ein friedliches Fest auf dem Sportplatz in Bleckenstedt, wo der Schacht liegt und gleichzeitig die genehmigte Abschlußkundgebung in Schachtnähe stattfinden sollte.

Die Spaltung der Aktion war also schon vorher angelegt. Sie zeigte sich dann an entscheidenden Punkten: Die Kundgebung in Lebenstedt wurde abgebrochen, nachdem mit der Falschmeldung, in Engelnstedt gäbe es bereits Auseinandersetzungen mit der Polizei und Festnahmen von Autonomen, Verwirrung gestiftet wurde. Der Demonstrationszug zum Abschlußkundgebungsplatz in Bleckenstedt war recht gut geschlossen, während der Demonstration wurden Straßen und Schilder bemalt und ein Bahngleis, Transportweg für den Schacht, angegriffen. In Bleckstedt selber versuchten die Grünen Salzgitter für ihr „Friedensfest" Demonstranten von der Abschlußkundgebung abzuwerben, was ihnen aber nur bei 300 gelang.

Schlimmer war, daß die Autonomen eine Barrikade gegen den Demonstrationszug gebaut hatten, um ihn direkt zum Schacht vom Kundgebungsplatz abzulenken. So wurde eine geordnete Kundgebung schwierig bis unmöglich gemacht. Danach begannen die in den Zeitungen hinlänglich breitgetretenen Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und der Polizei. Gewisse Autonome haben sich während der Demonstration wie sonst die Polizei aufgeführt: alle Pressefotografen wurden tätlich angegriffen und die Kameras beschlagnahmt. Dabei sprühte ein Autonomer einem Demonstrationsteilnehmer Tränengas mitten in die Augen. In den Initiativen und unter den Grünen ist nach dieser „Herbstoffensive", wo bezweifelt werden muß, ob es eine war, ein Diskussionsprozeß in Gang gekommen, mit welchen Kräften und unter welchen Bedingungen ein politisch wirksamer Widerstand in Zukunft organisiert werden kann.

Lummer will Verhandlungsabbruch provozieren

nia. Westberlin. Zum dritten Mal seit dem Beginn der Auseinandersetzungen um die Instandbesetzungen im Dezember 1980 droht der Abbruch aller Verhandlungen aufgrund einer Polizeiaktion. Am Montag abend wurden in Schöneberg 2 der „Neue Heimat"-Häuser geräumt, deren Besetzung – wie wir vor 2 Wochen berichtet hatten – kurz vor einem Vertragsabschluß mit der NH und dem Senat stehen. Aus einer „Durchsuchung" wurde im Laufe des Abends eine Räumung, die vom Innensenat begründet wurde mit dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die beiden Häuser seien „kriminelle Fluchtburgen", da sie seit Mai 1982 achtmal durchsucht werden mußten. Damit ist zum ersten Mal der Vorschlag des Justizsenators, die Räumungskriterien der „Berliner Linie" um den Punkt Kriminalität zu erweitern, in die Tat umgesetzt worden. Der Neue Heimat-Unterhändler erklärte im Laufe des Montag abends, daß sie die Räumung nicht beantragt hätten. Auch der Bausenator, der die Verhandlungen führt, zeigte sich überrascht, und schien von den Absichten Lummers nicht informiert worden zu sein. Die Verhandlungsführer der zukünftigen Trägervereine (Netzbau, FsW und SHIK) erklärten, daß jetzt vor jedem weiteren Gespräch die Rückgabe der Schlüssel stehe; anderenfalls hätte ihre Tätigkeit keine Geschäftsgrundlage mehr. Im Laufe des Dienstags protestierte der Landesvorsitzende der IG Metall Berlin gegen die Räumungen, andere Gewerkschaftsvertreter forderten im Laufe des Tages ebenfalls die Neue Heimat dazu auf zu verhindern, daß es zum Abbruch der Verhandlungen kommt. Das vom Besetzerrat gesetzte Ultimatum bis Dienstag 17.00 Uhr ist ohne Reaktion von Senat und Neue Heimat verstrichen; jedoch ist für Mittwoch nachmittag vom Bausenator ein Gespräch angesetzt, in dem über eine mögliche Rückgabe der Häuser an die Besetzer verhandelt werden soll. Es ist kaum vorstellbar, daß die Besetzer weitere Verhandlungen führen können, ohne die Häuser zurückzubekommen.

Veranstaltungen

Bremen
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW. Thema: Veränderungen bei KVZ und Kommunismus und Klassenkampf.
Freitag, 12.11., 20.00 Uhr
Gaststätte Weidenhöfer, Bremen-Osterholz, Grenzwehr
holz, Grenzwehr

Seminar zur Alternativen Produktion. Grundlagenlektüre: Mike Cooley, Produktion für das Leben; Materialienband zum Kongreß „Zukunft der Arbeit"
Mittwoch, 17.11., 10.00 bis 17.00 Uhr
Gaststätte Gehrken, Feldstraße

Düsseldorf
Alternative Wirtschaftspolitik – Diskussionsveranstaltung mit: Robert Hoenig, DIE GRÜNEN; Ulli Medietsch, Sozialistische Studiengruppen; Hans-Gerhart Schmierer, KBW
Dienstag, 9.11.1982, 19.30 Uhr
Gaststätte „An de Düssel", Ecke Brunnen-/Karolingerstr.

Heidelberg
Kundgebung „Ein Jahr Gefängnis ist ein Jahr zuviel". Am 11.11. ist Rechtsanwalt Härdle 1 Jahr in Haft. Gegen die fortdauernde Inhaftierung und das weiterhin drohende Berufsverbot richtet sich diese Kundgebung. Es nehmen teil: Peter Kühn, Liedermacher; Rote Beete, Songgruppe; Stefan Baier, Rechtsanwalt; Klaus Vack, Komitee für Grundrechte und Demokratie; Holger Heimann, GRÜNE, MdL; Wolfgang Bergau, Betriebsrat des Rehabilitationszentrums Neckargemünd.
Donnerstag, 11.11., 17.00 Uhr
Uni-Platz

Arbeitsgruppen

Achtung Terminverschiebung
Der auf der letzten **Frauenkonferenz des KBW** vorgeschlagene Termin 28./29.11. kann nicht eingehalten werden, da es wegen Krankheit zu Verzögerungen in der Vorbereitung des Treffens gekommen ist. Ein neuer Termin wird noch bekannt gegeben.

Achtung Terminverschiebung
Seminar Imperialismus
Das für den 20./21. November angekündigte Seminar fällt aus. Ein neuer Termin, wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres, wird noch bekanntgegeben.

AG Wohnungswesen
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

AG Bildungswesen
nähere Angaben siehe KVZ 42, S. 5
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

Arbeitsseminar über Gramsci
Zu diesem Arbeitsseminar laden die Zeitschriften „Aufsätze zur Diskussion" (NHT), „Sozialismus. Marxistische Zeitschrift" (SOST) und „Kommunismus und Klassenkampf" (KBW) ein.
Beginn: Samstag, 4.12.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.12., nachmittags

Kapitalschulungen Weihnachten/Neujahr

Kapital Band I
Beginn am 27.12., 10.00 Uhr
Kosten ca. 150,00 DM
Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 sollte erreicht werden

Kapital Band II/III
Beginn ebenfalls am 27.12., 10.00 Uhr
Dauer bis 9.1.1983
Kosten ca. 300,00 DM
Auch hier gilt eine Mindestteilnehmerzahl von ca. 10

Die Schulungen finden jeden Tag von ca. 8.30 Uhr bis 21.00 Uhr mit entsprechenden Pausen statt. Sie konzentrieren sich auf das auszugsweise Lesen des Textes sowie das Besprechen der genannten Texte.

In den angegebenen Kosten sind Übernachtung, Frühstück und Mittagessen enthalten, das Abendessen muß zusätzlich selbst organisiert werden.

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/73 02 36 · Telex: 4 130 80 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17 132-2 (BLZ 501 900 00)

Neue Perspektiven am Startbahnhimmel?

Bürgerinitiativen und der Moratoriumsvorschlag der Grünen

Es waren die bekannten Fronten, die sich auf dem BI-Plenum der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West am letzten Freitag gegenüberstanden. Oberflächlich geht es immer um die Gewaltfrage: hier die Gewaltfreien und Argumentativen – dort die Mauerfreaks. Aufgebrochen ist der Streit erneut an der Verlegung der RWE-Trasse (siehe Abbildung). Nach der planfestgestellten Trassenführung, auf die die FAG einen rechtskräftigen Titel hat, „kostet" die Verlegung ca. 44 ha Wald. 1980 trat die FAG erstmals wie Phönix aus der Asche mit der „kleinen Trassenlösung" hervor. Hierfür braucht sie die Zustimmung der Anliegergemeinden Mörfelden-Walldorf, Groß-Gerau, Raunheim und Rüsselsheim. Wie immer in solchen Fällen kapitalistischer Fehlplanung hört die Öffentlichkeit nichts davon, wie *billig und schnell* durchsetzbar (Zeitgewinn für die FAG: ein Jahr) das kleine Trässchen ist. Nein, die Gemeinden und Gegner der Startbahn-West sind die Umweltmörder und Waldvernichter, wenn sie nicht flugs der umweltschützenden FAG zustimmen. Nach den hessischen Landtagswahlen ruft die FAG allenorts dazu auf, diesen Umweltmord durch die Gemeinden zu verhindern! Die Gemeinden Raunheim und Rüsselheim konnten schon vor dem Verbrechen bewahrt werden – sie haben der „kleinen Lösung" zugestimmt. Am 16. November wird in Mörfelden-Walldorf die Entscheidung anstehen, ob die Täterschaft verhindert werden kann.

Auf dem BI-Plenum hat niemand dem Lockruf der FAG Folge geleistet. Wir haben uns alle zur Waldvernichtung bekannt: „Die BI sieht keinen Anlaß ihre Zielsetzung „Keine Startbahn-West und Nachtflugverbot" zu verändern oder gar von diesen Forderungen Abstand zu nehmen. Der Kampf gegen den Bau der Startbahn West wird fortgesetzt. Die BI lehnt den Bau der RWE-Trasse gleich welcher Variante ab ..." (aus dem Plenumsbeschluß). Trotzdem, folgenlos sind Tatenknüppeldrang von Landesregierung und FAG nicht geblieben. Fast schon ein Jahr zieht sich die ermüdende Debatte durch die BI. Die relativ platte Wahrheit, daß die Einbeziehung großer Menschenmassen in den Kampf nicht mehr umstandslos möglich ist, wenn ein Abschnitt des Kampfes, bei dem real die Möglichkeit bestand, die Startbahn West zu verhindern, nicht erfolgreich verlaufen ist, wird durch Innereienanalysen ersetzt.

Startbahn West zu verhindern, nicht erfolgreich verlaufen ist, wird durch Innereienanalysen ersetzt.

So war auf dem Plenum auch nicht unsere Stellung zur RWE und die Politik der Bürgerinitiative nach den Landtagswahlen die Hauptfrage, sondern die „Perspektivdiskussion". Seit längerem bezieht sich diese Diskussion auf den Austausch von Meinungen, die jeweils als Verursacher der mißlichen Lage angesehen werden. Eine dieser Positionen vertritt das Thesenpapier von Hajo Lebuser zur „Perspektive und Neuordnung der BI". Da heißt es: „Es muß erkannt und vermittelt werden, daß die Startbahn West nur *ein Symbol* für eine bestimmte, von uns bekämpfte Politik ist, die sich in ganz unterschiedlicher Weise äußert. Die Unmöglichkeit, die Startbahn zu verhindern, darf nicht dazu führen, den Widerstand gegen diese Politik aufzugeben ... Nur wenn es der BI gelingt von der bloßen Anti-Haltung wegzukommen und Arbeitsfelder anzupacken, die den Bürgern Hoffnung und Identifikationsmöglichkeiten vermitteln, wird die Weiterführung der Arbeit einen Sinn haben ... Mit „militärischem Widerstand" ist an der Startbahn nichts mehr auszurichten. Demzufolge müssen wir uns auf den politischen Widerstand konzentrieren, um die politischen Verhältnisse zu verändern ... Das Verhältnis der BI zur Gewaltfreiheit ist nicht mehr eindeutig. Diskussionen werden mit dem Zwang zur Solidarisierung um (fast) jeden Preis vermieden, partiell gewalttätiger Widerstand wird stillschweigend geduldet." Die Gegenposition – durch die Autonomen vertreten – sieht in diesen Thesen den Aufruf zur Einstellung des Widerstandes und offenem Überlaufen. Das Langweilige an der Debatte ist die immer wiederkehrende – auch nicht wahr werdende – Behauptung, als gehe der Widerspruch um gewalt*frei*/gewalt*sam*. Die Belege für diese „Hauptwiderspruchstheorie" sind mehr als dürftig. Da hat der eine den „älteren Bürger" an der Mauer entsetzt wegrennen sehen, als der Stein flog. Nach anderen Beobachtungen wurde der Stein von dem „älteren Bürger" gereicht.

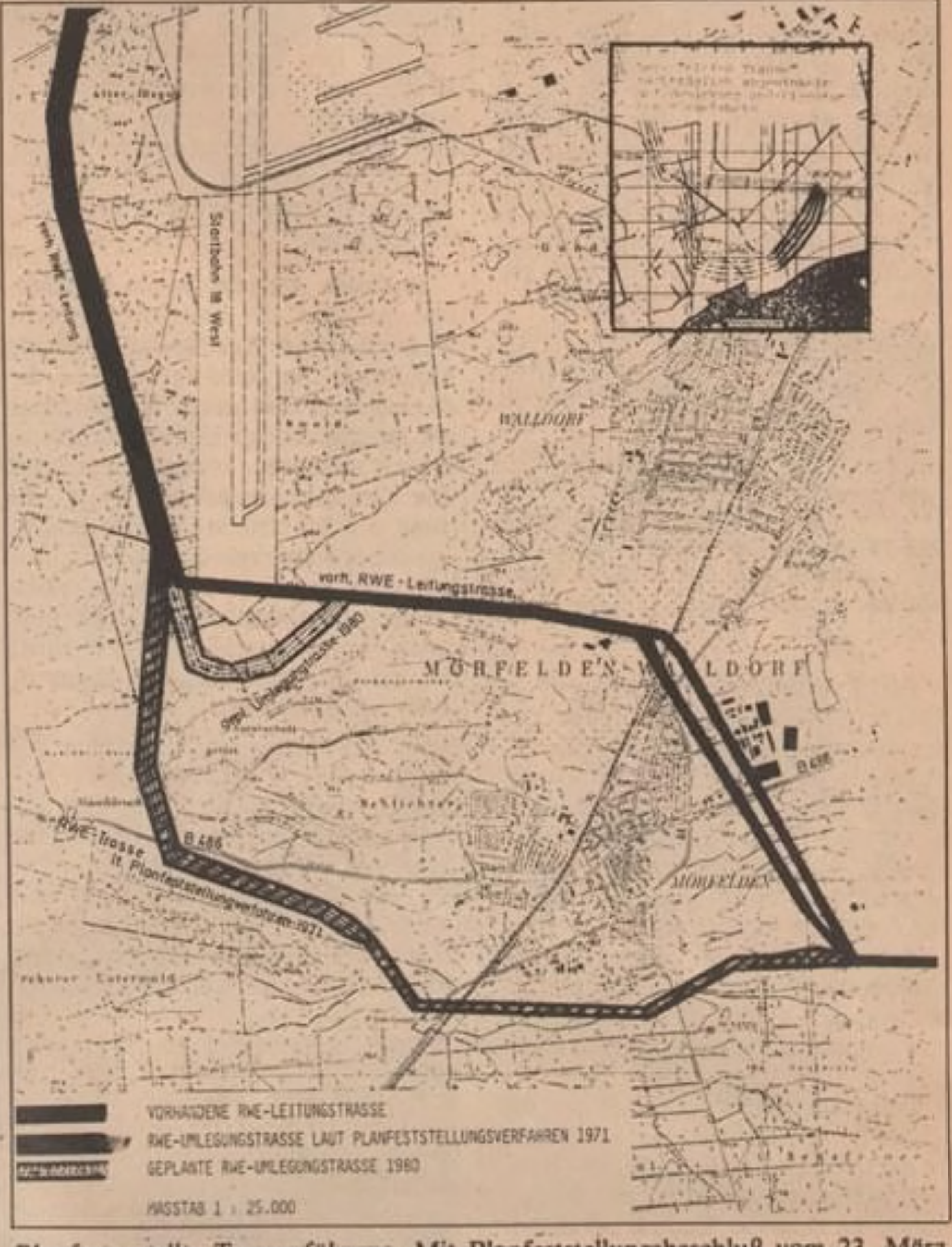
Merkwürdigerweise treffen sich beide Positionen da, wo der Widerstand gegen die Startbahn West nur noch als „Symbol" begriffen wird. Beide sind sich im großen und ganzen auch darüber einig, daß die Startbahn West „nicht mehr zu verhindern ist". Die Konsequenzen aus dieser Übereinstimmung sind zwar dem Inhalt nach unterschiedlich, aber der Form nach allemal allgemein politisch. Wir müssen uns anderen Dingen zuwenden, lautet die Devise. Entweder der „von uns umkämpften Politik" oder dem „System", je nach Geschmack. Diese seltsame Übereinstimmung zwischen „Aufklärern" und gestandenen „Widerständlern" macht im Endeffekt eines unmöglich: konkrete Politik zur Verhinderung des konkreten Projekts Startbahn West. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Behandlung der veränderten Verhältnisse im hessischen Landtag. Nach den Thesen von Hajo Lebuser müssen „wir die grüne Karte spielen" (Grün = Trumpf = Parteieintritt?).

Der Antrag der BI-Groß-Gerau an die Landesversammlung der Grünen wiederum stellt fest: Die Grünen wollen „ein Jahr Baustopp und Amnestie für alle betroffenen Startbahngegner. Dieser faule Kompromiß ist uns zu wenig. Wir fordern die hessischen Grünen auf, keinen Wortbruch zu begehen und entsprechend ihrem Wahlprogramm folgende Positionen und Forderungen kompromißlos zu vertreten: 1. Keine Startbahn-West – Wiederaufforstung. 2. Amnestie für alle Startbahngegner. 3. Ausbau des Volksbegehrens/entscheids zu einer echten Möglichkeit das hessische Volk auch ohne Parlament und Staatsgerichtshof auf dem Weg der direkten Demokratie an Entscheidungen zu beteiligen".

Zur Begründung wird in dem Antrag ausgeführt, „wir wollen keine verlängerte Winterpause für die FAG-Trupps, keine Pause für die Polizei und die SPD". Es wird unterstellt, daß mit der Durchsetzung eines Baustopps, „der Bewegung der Todesstoß versetzt", „der Widerstand liquidiert" und die „Schlichter-Sonntage beendet" wären. Nur zur Erinnerung. Vor fast einem Jahr, am 15.12.1981 geriet das Plenum der BI fast in Begeisterung über den sog. Moratoriumsvorschlag des Präsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofs. Die Einstellung aller Aktionen im eingezäunten Bereich wurde während der „Zeit der Gültigkeit dieser Vereinbarung" zugesichert. Die Todesstoßlegende rührt offenbar von solch gutbürgerlichem Vertragsverständnis. Wieso „wir" einen Vertrag schließen, wenn die Grünen in diesem Parlament einen Baustopp vereinbaren, ist nicht einzusehen. Wir verpflichten uns damit zu nichts, es sei denn, man faßt das „wir" gleich Grüne – ein Mißverständnis, daß schon während der Debatte um die Stimmabgabe ständig breitgetreten wurde. Nach wie vor hocken ein paar Parlamentarier im Landtag und nicht „wir".

Was hindert also die Bürgerinitiativen angesichts des Fakts, daß in diesem Parlament jetzt eine Partei vertreten ist, die *gegen* die Startbahn West ist, selbständig Politik zu machen? Warum sollte uns ein Baustopp veranlassen, nicht mehr an die Mauer zu gehen? Allenfalls die Theorie, daß jetzt ein Vertrag mit den Grünen geschlossen ist, anstatt mit dem hessischen Staatsgerichtshofpräsidenten. Diese Theorie kann die BI einfach weglassen, real hat es sowieso nie eine Vereinbarung gegeben.

Politik mit einem Baustopp ist das Zugeständnis der Gegenseite, daß sie neu überprüfen *muß*. Damit ist der BI die Möglichkeit eröffnet, erneut für Mehrheiten zu kämpfen. Das gilt vor allem für die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in den Gewerkschaften. Der DGB-Landesvorsitzende Richert redet hinter vorgehaltener Hand davon, daß die Prognosen der Startbahngegner stimmen. Diese jetzt eher betrübte Feststellung könnte sich zu einem offenen Nein wandeln. Uns ist es doch egal, wenn dieses „Nein" mit der „veränderten Sachlage im Jahr 1983" begründet werden würde. Neu für Mehrheiten zu kämpfen spielt sich außerhalb des Parlaments ab, letzteres kann allenfalls die Bedingungen erleichtern. Als allererstes würde ich vorschlagen, alle Symbole zu liquidieren, angefangen beim vielzitierten Bürger, über die Gewaltfrage bis zur Startbahn als Symbol, das gar nicht mehr bekämpft werden kann. *bl.*



Planfestgestellte Trassenführung. Mit Planfeststellungsbeschluß vom 23. März 1971 hat die FAG hiermit einen Rechtstitel und kann sofort beginnen. Kosten ca. 22 Mio. DM, Länge ca. 8,5 km, Bauzeit ca. 1½ Jahre, Waldverlust ca. 44,5 ha. *Sogenannte „kleine Lösung".* Die FAG braucht, um einen neuen Planfeststellungsbeschluß bzw. eine Änderung zu umgehen, das Einverständnis der davon betroffenen Eigentümer – Stadt Rüsselsheim und Raunheim und die Gebietskörperschaften Mörfelden/Walldorf und der Kreis Groß-Gerau. Kosten ca. 8,5 Mio. DM, Länge ca. 2,5 km, Bauzeit ½ Jahr, Waldverlust ca. 7,5 ha.

Nötigung von Staatsorganen, Gewalt-
fen, sie vorhersehen können oder sie beabsichtigt. Und in der Tat, es ließen
Wirklichkeit ihr unterliegt, politischen Druck ausüben? Und wie soll man der

Nötigung von Staatsorganen, Gewaltfreiheit und die Frage einer Amnestie

gkr. „Nötigung von Staatsorganen", der Vorwurf, der Alexander Schubart in dem gegen ihn laufenden Prozeß gemacht wird, ist weitgehend und bisher einmalig. Selbst die „Süddeutsche Zeitung" schreibt: „Manche Juristen fragen sich, ob nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen werde. In der Landeshauptstadt selbst hielt man die Anklage für ‚ein bißchen überzogen' und wundert sich, daß es überhaupt zu einer Hauptverhandlung kam. Es dürfte sehr schwer sein, Schubart nachzuweisen, daß er die hessische Landesregierung ‚rechtswidrig mit Gewalt und durch Drohung von Gewalt' nötigen wollte."



Alexander Schubart hatte sich am zweiten Tag des gegen ihn vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt geführten Prozesses zum Vorwurf der Anklageschrift geäußert. In 18 Punkten griff er alle Gesichtspunkte der Entwicklung der Startbahn West, der Genehmigungsverfahren, des Widerstands dagegen bis zu den Aktionen im vergangenen November einschließlich der Beschlüsse der Bürgerinitiativen hierzu, die er ja in der diskriminierten Rede nur dargelegt hatte, auf.

Die Auseinandersetzung um die Startbahn West mußte eskalieren, weil die Landesregierung an dem Bau der Startbahn West festhielt. Dies entgegen aller Vernunft, entgegen den ökologischen Fragen und entgegen dem Widerstand der Betroffenen, die „schon längst entschieden hatten und auf deren Ansicht es ja auch wesentlich mit ankam" (A. Schubart), mit Urteilen, die immer fragwürdiger wurden, vor allem, nachdem 1978 das Bundesverwaltungsgericht frühere Urteile gegen einen Startbahnbau aufhob. Das ist offensichtlich die eine Argumentationslinie Schubarts. Von der anderen Seite her verwahrt er sich gegen jeden Vorwurf, er habe zur Gewalt aufgerufen, sie vorhersehen können oder sie beabsichtigt. Und in der Tat, es ließen sich einige Zitate hier aneinanderreihen, die die Betonung der Gewaltlosigkeit belegen.

Es ergibt sich nur ein Problem: Für diejenigen, die herrschen, wird alles zur Gewalt und damit zur Nötigung, was sie in der Ausübung ihrer Herrschaft behindert. Die Ausweitung des Gewaltbegriffes ist in der Rechtsprechung dementsprechend auch schon weit fortgeschritten. Es braucht hier nur an die Heidelberger Germanistenprozesse erinnert zu werden. Durch Sprechchöre sollte ein Professor an der Durchführung seiner Vorlesung gehindert werden. Die Gerichte erkannten messerscharf: hier wurde Gewalt angewandt, es handelte sich mithin um Nötigung. So unverschämt es ist, die Rede Alexander Schubarts, die er ja, man kann dies nicht deutlich genug herausstellen, im Auftrag der Bürgerinitiativen gehalten hat, weshalb auch offensichtlich wird, daß er stellvertretend für diesen Kampf verurteilt werden soll, als „Nötigung" zu bezeichnen, zumal er ja nur zu einem Zeitpunkt, als noch nicht aller Wald abgeholzt war, dasselbe verlangte wie etwa einen Monat später der Präsident des hessischen Staatsgerichtshofs, nämlich einen Baustopp, so sehr entspricht es der Logik einer Bourgeois-Seele. Das will heißen, daß auf diesem Feld der juristischen Auseinandersetzung, ob Gewalt oder nicht, ob Nötigung oder nicht, nur beschränkt etwas zu erreichen ist, weil eben ganz unterschiedliche Grundlagen über Staat und Gesellschaft vorliegen, wiewohl man hierzu alle Druckmittel einsetzen muß, z.B. auch die vom Komitee für Grundrechte und Demokratie durchgeführte Unterschriftensammlung.

Ein zweites Problem hängt eng damit zusammen: Wie soll man auf der juristischen Ebene, die scheinbar der Politik entzogen ist, aber doch in Wirklichkeit ihr unterliegt, politischen Druck ausüben? Und wie soll man der Tatsache, daß die Mühlen der Justiz zwar langsam mahlen, aber eben umso stetiger, etwas Wirksames entgegensetzen. Die Rüge der „taz" über die mangelnde Solidarität der Linken im Falle von A. Schubart greift da etwas kurz.

Man kann durchaus dafür sorgen, daß Öffentlichkeit da ist, und das ist schon wichtig für den Verlauf eines Prozesses; man kann juristisch Widersprüche aufzufinden versuchen. Man sollte aber nicht die Möglichkeiten außer acht lassen, die gewissermaßen durch „Druck von oben" heute bestehen, die versuchen, den Widerspruch auch wieder auf einer politischen Ebene zu lösen. Ich meine die Frage einer Amnestieforderung, wie sie im Zusammenhang von Verhandlungen der Grünen mit der SPD diskutiert wird.

Ich hielte eine solche Forderung, vielleicht einmal begrenzt auf die Startbahn West, aber im Grunde darüber hinausreichend und sich z.B. auf alle Konflikte beziehend, die zu Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt geführt haben, für sinnvoll. Sinnvoll gerade auch in dem Sinne, daß dadurch implizit anerkannt werden müßte, daß es sich hierbei um ein zu wenig beachtetes gesellschaftliches Problem handelt, auf das gerade diese Kämpfe hingewiesen haben. Insofern ist auch der Einwand, es handelte sich um die Gewährung einer Gnade durch den Staat, nicht die volle Wahrheit. Zieht man die Lehren aus früheren Amnestiegesetzen (vgl. den Aufsatz von Kempf, Küpper, Coutandin: Mit Amnestie gegen politische Justiz, Rote Robe 5/1982, siehe Anzeige in dieser KVZ), so wäre eine solche Forderung insbesondere sinnvoll im Zusammenhang mit entsprechenden Gesetzen über eine Abwendung von einer Politik der maßlosen Zerstörung der Umwelt.

Unter den fortschrittlichen Wählerbewegungen haben die Freeze Campaign (Kampagne zum Einfrieren des atomaren Wettrüstens) und die Jobs With Peace Initiative (Arbeitsplätze durch Frieden) die größte öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Dazu gibt es jedoch eine Reihe von linken und fortschrittlichen Parteien, die ihre eigenen Kandidaten für die Wahlen im November aufgestellt haben.

Die Haltung der US-amerikanischen Linken in den November-Wahlen

Eine Übersicht der Positionen / Aus *Guardian* (USA)

Weite Strecken der Programme einer Anzahl von Gruppen ähneln sich: Sie bekämpfen Kürzungen in den Sozialprogrammen, arbeiten gegen die amerikanische Aufrüstung und kämpfen um Erhalt und Ausbau der demokratischen Rechte der Schwarzen und Frauen.

Alle Gruppen betonen ihr Konzept der unabhängigen politischen Aktion, indem sie außerhalb der Demokratischen und Republikanischen Partei linke oder progressive Formationen bilden. Allerdings unterscheidet sich die Praxis der Beziehungen zur Demokratischen Partei bei einigen Gruppen sehr weitgehend.

Im folgenden soll ein Überblick gegeben werden über linke Parteien, die entweder auf gesamt-nationaler Ebene oder in einzelnen Staaten arbeiten und Kandidaten für die November-Wahlen aufstellen. (Die Democratic Socialists of America (DSA), die größte sozialdemokratische Gruppierung in den USA, hat als strategische Perspektive, die Arbeit innerhalb der Demokratischen Partei zu unterstützen).

Die populistisch orientierte Citizens Party hat 84 Kandidaten in 20 Staaten aufgestellt – 21 für Bundes-, 46 für Staats- und 17 für örtliche Ämter. Die Citizens Party fordert, „den Zugriff der großen Aktiengesellschaften auf unsere Wirtschaft und unser politisches und soziales Leben zu brechen und die Arbeiter und Konsumenten an die Hebel des Entscheidungsprozesses zu bringen“. Die Partei unterstützt das nukleare Einfrieren und starke Kürzungen des Militär-Budgets. Der Parteisprecher Rick LaRue erklärte eine der Perspektiven: „Eine Anzahl von Demokraten unterstützt das Freeze, aber votiert für größere Militärausgaben. Wir versuchen, solche Inkonsequenzen in der Demokratischen Partei aufzuzeigen. Wir versuchen z.B., Friedens- und Abrüstungsprobleme zu lokalisieren, indem wir in verschiedenen Städten Kampagnen gegen zivile Verteidigungsprogramme veranstalten. Wir versuchen, Probleme des Friedens mit der Ökonomie zu verbinden – indem wir z.B. den inflationistischen Aspekt der Militärausgaben beschreiben.“

Die Citizens Party versucht, sich von ihrem verheerenden Ergebnis in den Wahlen von 1980 zu erholen: sie erhielt weniger als 1% der Stimmen, obwohl sie mit wenigstens 5% gerechnet hatte. Die Gruppierung hofft, in vier oder fünf der Wahlen, an denen sie teilnimmt, zu gewinnen. Noch wichtiger ist es ihr aber, eine Basis aufzubauen. „Unsere Kampagne ist noch nicht mehr als erzieherisch, wir erwarten Fortschritte im Aufbau der Citizens Party“, sagt LaRue, „Es braucht lange Zeit, um Leute von der Demokratischen oder Republikanischen Partei zu gewinnen; wir versuchen, unsere Glaubwürdigkeit zu beweisen! Eine CBS-Washington-Post Umfrage zeigt, daß 34% der Bevölkerung fast keinen Unterschied zwischen den zwei großen Parteien sehen, aber es braucht seine Zeit, um zu zeigen, daß es andere Alternativen gibt.“

Die Kommunistische Partei (CP), die größte pro-sowjetische Gruppe in den USA, stellte kürzlich „Ökonomische Verfassungsrechte“ vor, die unter anderem enthielten: garantierte Arbeitslosenunterstützung, öffentliche Investititionen, um bis zu 15 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, Berufsausbildung für die Jugendlichen, 6-Stunden-Tag ohne Lohnkürzungen und ein Gesetz gegen Fabrik-Schließungen. Das von der CP proklamierte Ziel ist es, eine vom 2-Parteiensystem unabhängige Kraft zu entwickeln. Die CP-Zeitung Daily World schrieb kürzlich in einem Leitartikel mit der Überschrift „Die Arbeiterschaft braucht ihre eigenen Kandidaten“: „Wir können es uns nicht leisten, auf unglaubwürdige Politiker zu warten, die unglaubwürdige Versprechungen wiederholen.“ Und der Kolumnist der Daily World, Arthur Zipser, schrieb kürzlich: „Das (US-amerikanische) politische System ist grundlegend das von zwei Cliquen in einer Partei.“

In ihrer Wahlkampfpraxis folgt die CP jedoch einer Strategie, eigene Kandidaten aufzustellen, unabhängigen Kandidaten oder Koalitionen oder liberalen Demokraten zu helfen – oft mit dem Schwerpunkt, liberale Demokraten zu unterstützen. Der Generalsekretär Gus Hall beschrieb einmal diese Wahlkampfpolitik mit dem Stehen auf „einem dreibeinigen Hocker“ und sagte, daß es mindestens seit 1972 die hauptsächliche Praxis der Partei sei, ein „Bein“ zu unterstützen: „den liberalen Flügel der Demokratischen Partei“.

In den laufenden Wahlen hat die CP wohl praktisch eines ihrer „Beine“ abgeschnitten: CP-Kandidaten gibt es nur in einer kleinen Handvoll von Wahlgängen, so für den New Yorker Stadtrat und ein anderer für den Schatzmeister in Minnesota. Die Partei unterstützt einige unabhängige Kampagnen wie die der Unity Party in New York und unterstützt auch eine Reihe von fortschrittlichen Demokraten. Si Gerson, der Vorsitzende der Politischen Aktions-Kommission, erklärte die Perspektive der CP so: „Progressive Kandidaten fördern als Teil einer Massenbewegung, die anti Regan eingestellt ist; diese Politik wird allgemein im gesamten Land verfolgt.“

Die Socialist Workers Party (SWP), die größte trotzkistische Formation in den USA, hat ca. 60 Kandidaten in 26 Staaten aufgestellt, laut SWP-Sprecher George Johnson. „Unsere Position ist, daß die Leute nicht für Demokraten oder Republikaner stimmen sollen und daß die Arbeiterschaft ihre eigene Partei aufbauen muß. Reagan setzt eine Politik fort, die durch Carter eingeleitet wurde. Im Grunde repräsentieren beide (Republikaner und Demokraten) eine kapitalistische Regierung; wir fordern eine Arbeiter- und Bauernregierung.“

Die SWP unterstützt auf lange Sicht die Bildung einer Arbeiterpartei. In der jetzigen Periode war die Gruppe aber sehr zurückhaltend, irgendeine der unabhängigen Koalitionen oder dritten Parteien zu unterstützten, die sich in Opposition zum 2-Parteien-System entwickelt haben. Die SWP ist auch eine der wenigen Gruppen, die gegen die Freeze-Kampagne argumentiert. „Der Vorschlag für ein nukleares Einfrieren ist ein Hindernis für den Kampf gegen Krieg und nukleare Bedrohung“ und ein „Nebelvorhang“.

Die Socialist Party (SP), eine kleine Gruppierung einiger hundert Aktivisten, die sich als Nachfolger der Sozialistischen Partei von Eugene Debs sehen, hat eine Anzahl von Kandidaten aufgestellt. In Iowa hat sie eine vollständige Kandidatenliste und in New Jersey, Massachusetts und anderen Staaten einzelne Kandidaten. In Kalifornien unterstützt die SP die Friedens- und Freiheitspartei.

SP-Sekretär Rick Kissel erklärte die Position der SP bezüglich der Demokratischen Partei: „Wir unterstützen keine Demokraten. Wir mögen hier und da unsere Kandidatur gegen linksliberale Demokraten unterlassen, aber wir unterstützen sie nicht als solche. SP-Mitglieder, die für ein öffentliches Amt kandidieren, müssen sich in ihrer Kampagne als Sozialisten ausweisen.“

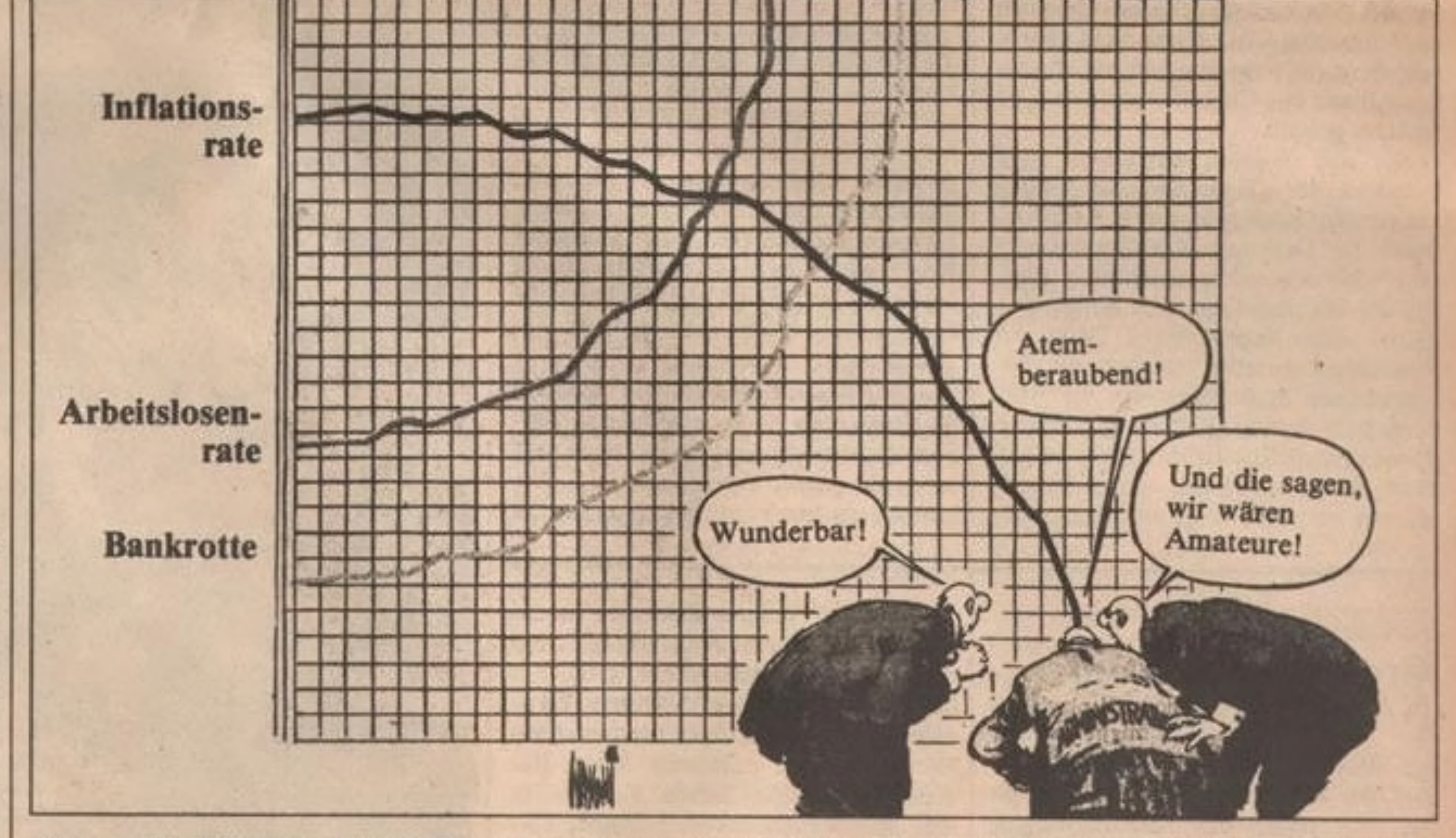
Zusätzlich zu gesamtnationalen Parteien werden verschiedene Gruppen nur auf Ebene eines Staates kandidieren. Darunter ist die Unity Party (UP) in New York, die sich aus der Kampagne von Frank Barbaro gebildet hat, die 13% der Stimmen erhielt. Die UP hat Kandidaten für den Gouverneur und stellvertretenden Gouverneur. Die UP konzentriert sich auf die Gouverneurs-Wahlen, weil eine Partei in New York 50000 Stimmen erhalten muß, um einen beständigen Wahl-Status zu bekommen. „Wir kandidieren, um aufrührerischen Kandidaten die Kandidatur im ganzen Staat (New York) zu ermöglichen“, sagte Adele Bartelt von UP.

Die Friedens- und Freiheitspartei (Peace and Freedom Party, PFP) von Kalifornien ist mit 47000 registrierten Wählern die etablierteste der dortigen linken Gruppierungen. PFP hat 9 Kandidaten für die State Office, einen für den US-Senat, 10 für den Kongreß und 15 für die gesetzgebende Körperschaft Kaliforniens. Die PFP-Kandidaten stehen auf einem breiten Programm mit den Schwerpunkten Abrüstung, Vollbeschäftigung, Steuerreform, Zinskontrolle, Rechte für die Schwulen und Opposition gegen Rassismus.

PFP-Vorsitzende Emma Mar nannte ihre Ansichten über Zusammenarbeit mit den Demokraten: „Es gibt Leute, die wollen eine sogenannte progressive Allianz mit den Demokraten. Die Mehrheit von uns meint, wir müssen eine unabhängige sozialistische Partei bleiben und dürfen Demokraten nicht unterstützen. Sogar ein Progressiver wie Ron Dellums (Demokraten) spricht nicht für uns. Wir müssen unsere eigenen Kandidaten aufstellen ... Unser Ziel ist es, eine sozialistische Alternative aufzubauen.“

Gemeinsame Grundsatzerklärung von NAM und DSOC

Die Democratic Socialists of America ist die größte linke Gruppierung neben der KP und der trotzkistischen SWP. Sie hat ca. 5000 bis 6000 Mitglieder. Im März 1982 wurde sie aus der New American Movement (NAM) und dem Democratic Socialist Organizing Committee (DSOC) gebildet. U.a. wird in der Erklärung die Taktik, innerhalb der Demokratischen Partei zu agieren, erläutert.



Wir sind Sozialisten, weil wir eine Wirtschaftsordnung ablehnen, die gegründet ist auf Profit, entfremdete Arbeit, grober Ungleichheit, rassischer und geschlechtlicher Diskriminierung sowie brutaler Gewalt bei der Verteidigung herrschender Zustände.

Wir sind Sozialisten, weil wir die Vorstellung einer menschlichen Gesellschaftsordnung teilen, die begründet ist auf der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktionsmittel, auf wirtschaftlicher Planung, gerechter Verteilung, Emanzipation der Frau und Rassengleichheit.

Wir sind Sozialisten, weil wir konkrete Strategien entwickeln, um diese Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Gegenwärtig sind wir dabei, eine sichtbare sozialistische Präsenz innerhalb der breiten demokratischen Linken aufzubauen. Langfristig hoffen wir, zu einer die große Mehrheit der Bevölkerung einbeziehenden Bewegung zu werden, der es gelingt, demokratischen Sozialismus in Amerika zu einer Realität werden zu lassen. Unsere Strategie geht von der Analyse der Klassenstruktur der amerikanischen Gesellschaft aus, die von einem grundlegenden Interessenkonflikt zwischen den Herrschenden und der großen Mehrheit der Bevölkerung gekennzeichnet ist.

Unsere Vorstellung von Sozialismus ist eine zutiefst demokratische. Sie ist in der Überzeugung verwurzelt, daß jedem die Chance gegeben werden muß, seine Fähigkeiten voll zu entfalten, daß die Politik vom Willen und von der Beteiligung der Mehrheit und nicht durch Reichtum bestimmt wird und daß individuelle Freiheiten sorgfältig geschützt werden müssen. Sie ist verpflichtet auf Redefreiheit, auf die Freiheit der Organisierung von unabhängigen Gewerkschaften, Frauengruppen, politischen Parteien, die als Bollwerke gegen staatliche Allmacht dienen, und auf auf eine Freiheit der Religionsausübung, welche die Rechte jener respektiert, für die geistliche Betätigung von besonderer Bedeutung ist.

Gleichzeitig ist unsere Vorstellung von Demokratie notwendigerweise eine sozialistische. Demokratische Rechte und Institutionen, die in den USA und anderen kapitalistischen Ländern bestehen, bedeuten noch keine echte Demokratie. Wichtige Entscheidungen sind der Öffentlichkeit entzogen, Demokratie ist auf einen engen Bereich begrenzt und selbst dort Angriffen ausgesetzt. Eine sozialistische Demokratie wird die Beteiligung der Bürger auf jeder Ebene des Entscheidungsprozesses verstärken. Dies bedeutet gleichzeitig gleichberechtigten Zugang zu Informationen und gesellschaftlichen Ressourcen, und, wo möglich, die Dezentralisierung ökonomischer und politischer Institutionen.

Als demokratische Sozialisten widersprechen wir der Besetzung des Sozialismus-Begriffs durch die kommunistischen Staaten. Wir betrachten die dort ausgeübte bürokratische und diktatorische Staatsgewalt als Widerspruch zur sozialistischen Emanzipation. Wir verurteilen die Angriffe der Sowjetunion und anderer kommunistischer Staaten auf Freiheitsbewegungen wie die der polnischen Arbeiter, auf das nationale Selbstbestimmungsrecht wie in Afghanistan, sowie individuelle Freiheitsberaubung von progressiven Friedenskämpfern (Sacharow) oder selbst Reaktionären (Solschenizyn), von denen wir uns im übrigen grundlegend unterscheiden.

In unserem Land sind wenige Probleme von solcher Dringlichkeit wie der Rassismus und seine Folgewirkungen. Wenn er auch in der Geschichte der Sklaverei wurzelt, ist der Rassismus doch ein zentrales Merkmal des modernen Kapitalismus geblieben – er schafft einen doppelten Arbeitsmarkt, der die Löhne drückt, und verewigt Spaltungen innerhalb der Arbeiterschaft, die die kollektive Aktion untergraben. Er hat unsere Nation grundlegend gezeichnet, indem er untrennbar mit unseren Institutionen, Verkehrs- und Bewußtseinsformen verwoben ist. (...)

Unsere Vorstellung vom Sozialismus ist tief von der Frauenbewegung beeinflußt worden. Unsere Konzeption der sozialistischen Bewegung ist im Kern feministisch, indem sie auf der vollen Gleichberechtigung für die Frau besteht. Dies erfordert grundlegende Änderungen in Einstellungen, sozioökonomischen Strukturen und den Beziehungen zwischen Frauen und Männern. Wir fordern eine Welt ohne geschlechtsspezifische Rollenverteilung, die die Frau zu einer untergeordneten Stellung in Haus- und Lohnarbeit verurteilt. Wir fordern eine Welt, in der Frauen nicht länger einer Vielzahl von Formen der Unterdrückung ausgesetzt sind – sei es durch Gewalt, durch die fehlende Selbstbestimmung über den eigenen Körper, Leugnung ihrer Sexualität und Unterbewertung ihrer Arbeit. Dabei wissen wir, daß die Unterdrückung der Frau dem Kapialismus vorausgeht und mit dem Heraufkommen des Sozialismus nicht automatisch verschwinden wird. (...)

Wir sind ohne Einschränkungen darauf verpflichtet, breite linke und progressive Bewegungen zu unterstützen. Letztlich sind Autonomie, Unterschiedlichkeit und inhaltliche Fülle dieser Bewegungen die beste Garantie für eine neue Gesellschaft, die sich das Wohlergehen und Fortkommen aller Bürger zum Ziel setzt. Diese Bewegungen sind für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung, einschließlich ihrer demokratischen Inhalte, von unabdingbarer Bedeutung. Die sozialistische Bewegung ist abhängig von der Stärke und Vitalität der breiteren linken und progressiven Bewegungen (der Gewerkschaften, Frauen, Minderheiten, usw.); doch diese sollen sich auf keinen Fall der sozialistischen Bewegung unterordnen.

Zu einem großen Teil mangelt es der heutigen Linken nicht an Ideen, sondern an einer Sprache und an Symbolen, die die persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Menschen ansprechen, sowie an Zugang zu den Massenmedien. Wir müssen Programme entwickeln, die als soziale Zielvorstellungen plausibel sind und gleichzeitig bei ihrem Eingehen auf die persönlichen Unzufriedenheiten der Menschen und den ökonomischen Verfall unserer Nation über die Lösungsvorschläge des traditionellen Liberalismus hinausweisen. Unsere Bewegung muß die sozialen Umstände begreifen und ansprechen, welche die große Mehrheit der Amerikaner betreffen – insbesondere die Bedingungen der Arbeit. Der Kapitalismus basiert auf der Lohnarbeit, und der Arbeitsprozeß spielt eine zentrale Rolle bei der Bestimmung der Konturen des politischen Bewußtseins,

Fortsetzung folgende Seite

Die USA setzen noch immer auf militärischen Sieg in El Salvador

Weder Armee noch paramilitärische Einheiten noch die von der US-Armee für die Guerillabekämpfung ausgebildeten Elitetruppen vermochten bislang die FMLN-FDR zurückzudrängen – im Gegenteil. Eine politische Lösung aber, die nur auf Druck der USA in Gang kommen könnte, ist nicht in Sicht, obwohl die FDR seit langem bereit ist, an einem Dialog aller Kräfte im Land teilzunehmen. Längst hat sie sowohl ihre unverzichtbaren Forderungen als auch einen Katalog aller diskussionsfähigen Punkte vorgelegt. – *Ruben Zamora* (Auslandssekretär der FDR) erläuterte am 4. Oktober in Washington in einem Interview mit der „unabhängigen radikalen Wochenzeitung" *Guardian* die Strategie der *Konvergenz*, d.h. den Versuch, mit allen gesprächsbereiten Gruppen bis hin zu Christdemokraten und Kirche, die sich zunehmend von der äußerst rechten Parlamentsmehrheit absetzen, Punkte der Übereinstimmung zu finden. Für die FDR, die in den Städten kaum Bewegungsfreiheit besitzt, ist es sehr wichtig, politische Handlungsräume zu gewinnen, um der Regierungspropaganda entgegentreten und den Massen die Politik der FDR erklären zu können.

In einigen Ihrer jüngsten Stellungnahmen sprechen Sie von einer Politik, die Sie als „Konvergenz" (Annäherung) bezeichnen. Dies scheint die neuerdings vorherrschende Orientierung innerhalb der FDR-FMLN zu sein. Was bedeutet diese Linie?

Um das in den richtigen Rahmen zu stellen, müssen wir von einer grundlegenden Tatsache ausgehen: In El Salvador ist der Krieg zwischen Volk und Regierung das, wovon man ausgehen muß. Aufgrund des Krieges ist innerhalb der herrschenden Gruppen unserer Gesellschaft eine Konfrontation zwischen zwei verschiedenen historischen Zielsetzungen entstanden.

Die eine wird repräsentiert von den rückständigsten Kräften der Oligarchie, die ihren Ausdruck in der Nationalrepublikanischen Allianz (ARENA) findet. Diese Richtung können wir repressiv und rückwärtsgewandt nennen. Sie möchte zur Situation, wie sie vor 1979 bestand, zurückkehren.

Die andere Richtung ist die repressiv-reformerische, hinter der die USA, die Christdemokraten und andere Bereiche der salvadorianischen Armee stehen.

Diese beiden Projekte kämpfen innerhalb des Apparats um die Führung der Gesellschaft. Dieser Interessengegensatz hat zu einer Aufsplitterung bestimmter sozialer Kräfte geführt, die vorher mehr oder weniger die Regierung unterstützten. So hat nun eine Suche nach anderen Alternativen eingesetzt.

In diesem Zusammenhang hat die FDR-FMLN ihre Politik der Konvergenz entwickelt. Das heißt, wir versuchen, Verbindungen mit all jenen Kräften zu knüpfen, die sich von der Regierung abwenden, indem wir ihnen eine wirkliche Alternative mit Blick auf die Interessen der Mehrheit des Volkes von El Salvador anbieten. Das ist die Grundlage dieser Politik.

Ist das eine direkte Antwort auf die Wahlen vom 28. März?

In gewissem Sinn, ja. Denn was haben die März-Wahlen gebracht? Bis zu einem gewissen Grad lösten sie ein Problem: das der vorher existierenden politischen Krise, was die Repräsentation betrifft. Die rückschrittlichen Bereiche der Oligarchie fühlten sich nicht vertreten, denn die Regierung wurde von einer Allianz aus Christdemokraten und Militärs gestellt.

Mit den Wahlen erreichten diese Sektoren der Oligarchie ihre Vertretung in der Regierung durch ARENA, durch die Nationale Versöhnungspartei (PCN) usw. Aber gleichzeitig schufen die Wahlen diese neue Krise, eine „Krise der Hegemonie". Denn im Staatsapparat selbst streiten die beschriebenen Richtungen um die Vorherrschaft in der Regierung. Unsere Konvergenzpolitik ist eine Antwort auf diese Hegemoniekrise, und deshalb müssen wir versuchen, uns jenen Sektoren zu nähern, die aufgrund dieser Krise von der Regierung wegdriften.

Nach den Wahlen stellte die FDR-FMLN fest, eine ihrer Aufgaben sei es, die Entwicklung einer faschistischen Massenbewegung zu blockieren. Könnte die Konvergenzpolitik als Versuch einer „Einheitsfront" mit diesem Ziel bezeichnet werden?

Nein, denn objektiv ist es nicht möglich, mit den genannten Kräften eine Einheitsfront zu bilden. Schon die FDR ist eine Einheitsfront der demokratischen, fortschrittlichen Sektoren. Selbst wenn andere geneigt wären, sich uns anzuschließen, würde für sie ein großes Problem entstehen: Wenn sie an der Seite der FDR auftauchen würden, liefen sie Gefahr, von den ARENA-Leuten, von D'Aubuissons Männern usw. getötet zu werden. Insofern handelt es sich nicht um eine Politik der „Volksfront", sondern um eine Annäherung – den Versuch, herauszufinden, welche Ziele uns gemeinsam sind.

Im Grunde gibt es zwei solcher Ziele: die Faschisten in El Salvador zu bekämpfen, denn sie wollen nicht nur die Kräfte der FDR und der FMLN zerstören, sondern genauso diese anderen Bereiche. Und zweitens der Versuch, gemeinsam die Gefahr einer massiven Intervention der USA und damit der Regionalisierung des Konflikts, die die laufende amerikanische militärische Einmischung schon jetzt bewirkt, abzuwehren.

Wenn diese Annäherung im Moment nicht mit einer Einheitsfront zu vergleichen ist, könnte sie nicht zu einem späteren Zeitpunkt unter anderen Bedingungen zu einer solchen Konzeption führen? Es geht mir um die taktische Differenz.

Eine Einheitsfront ist viel organischer. Man schlägt anderen Kräften den Aufbau gemeinsamer Strukturen vor, wie lose auch immer sie sein mögen. Aber es handelt sich um eine Struktur, in der sich alle unter einem „Schirm" zusammenfinden.

Die Strategie der Konvergenz unterscheidet sich davon, insofern wir die anderen nicht auffordern, mit uns in gemeinsamen Strukturen zu arbeiten. Wir präsentieren ihnen vielmehr eine Vorstellung davon, daß es bestimmte politische Forderungen gibt, die wir teilen und für die wir eintreten müssen; sie müssen dafür auf ihre Weise kämpfen, und wir werden den Kampf auf unsere Weise fortsetzen. Darin unterscheiden sich beide Strategien.

Was folgt daraus? Angenommen, es werden Fortschritte in beiden Gruppierungen in Richtung dieser gemeinsamen Ziele erreicht. Was bedeutet das auf lange Sicht in bezug auf die gesellschaftlichen Kräfte der Revolution?

Ich denke, das langfristige Ziel einer solchen Politik ist einerseits, dem Volk eine klarere politische Entscheidungsmöglichkeit zu eröffnen. Wo findet ich Demokratie? Wo soziale Veränderungen? Und woher kommen Diktatur, Brutalität, Unterdrückung und reaktionäre soziale Maßnahmen? In diesem Sinn wollen wir gewissermaßen zur Klärung der politischen Arena in Hinblick auf das, was dem Volk zur Wahl steht, beitragen.

Ein anders Ziel ist, die Regierung im Innern noch stärker zu isolieren, insofern diese anderen Kräfte einen Kampf gegen den Faschismus entwickeln – und nicht nur nach außen, wo sie im internationalen Maßstab ohnehin genug isoliert ist. Die Widersprüche in der Regierung werden sich dann rascher zuspitzen.

Das dritte Ziel ist, die Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft zu schaffen, für reale soziale Veränderungen für das Volk.

Heißt das, daß wir eher einer „Öffnung" im Sinne eines größeren politischen Spielraums entgegensehen?

Ja, politische Freiräume in El Salvador zu gewinnen, halte ich für eines der Ziele; das scheint uns dringlich. Wie man weiß, verfügte das Volks insbesondere während er letzten drei Jahre praktisch über keinerlei Spielraum. Im Gegenteil war Unterdrückung Teil des täglichen Lebens, genauso wie Zensur der Presse und der Massenmedien usw.

Und in diesem Sinn erscheint uns, daß die Bevölkerung – und ich spreche nicht von den organisierten, sondern von den unorganisierten Teilen des Volks – vor allem Informationen braucht, daß sie wissen muß, was wirklich vorgeht. Sie weiß es nicht. Um diese Leute zu erreichen und ihnen erklären zu können, in welchem Zustand sich das ganze Land befindet, wie der Krieg fortschreitet, was FDR und FMLN vorschlagen – dafür braucht man politischen Raum.

Welche politischen Organisationen, welche Kräfte und Gruppen könnte diese Konvergenzpolitik umfassen?

Ich denke hauptsächlich an die Kirche und solche Bereiche, die mit der katholischen Kirche zu tun haben.

Das heißt, die katholische Kirche als Institution?

Ja, genau. Also kirchliche Organisationen wie die Elternvereinigung und der Verein privater Schulen – all diese Leute, die irgendeine Art von Organisation innerhalb der Kirche bilden.

Dazu kommen die politischen Parteien. Die Demokratische Aktion z.B. ist eine neue Partei, die erst vor den Märzwahlen gegründet wurde. Seitdem hat sie sich demokratischeren Positionen genähert. Sie verweigerte dem Pakt von Apaneca ihre Unterschrift (ein Abkommen über die „nationale Einheit", das vier der legalen Parteien unterzeichneten) – im Gegenteil, sie griff diesen Pakt an. Ich würde auch die Christdemokraten einschließen, denn wir wissen, daß der demokratische Flügel dieser Partei gern die Regierung verlassen würde. Außerdem gibt es da noch den Teil der Gewerkschaftsbewegung, der außerhalb der FDR steht.

Die Demokratische Volksunion (UDP)?

Ja, Leute von der UDP. Am 13. September riefen sie in einer Zeitungsanzeige zum Dialog zwischen all den verschiedenen Kräften in El Salvador auf, einschließlich uns.

Konvergenz könnte sich darüberhinaus auf einen Teil der privaten Unternehmen erstrecken, auf solche Unternehmen, die zunehmend überzeugt sind, daß militärische Mittel keinen Ausweg bieten. Sie sind einem Dialog inzwischen zugänglicher, um zu sehen, was die andere Seite vorhat.

Zusammengefaßt, halten Sie das für eine strategische Wende? Hat sich der Charakter der Revolution geändert oder wird er sich, als Ergebnis der Konvergenzpolitik, ändern?

Das denke ich nicht. Die Plattform der FDR von 1980 ruft deutlich zu einer breiten Übereinkunft ganz verschiedener Richtungen auf. Sie tritt für eine „Mischwirtschaft" ein. Was wir nun tun ist, unsere Plattform, die sich bewährt hat, weiter zu verbreiten und dem Volk bekanntzumachen.

Inwiefern unterscheidet sich Ihr Aufruf zum „Dialog" von früheren Formulierungen, die sich auf Verhandlungen bezogen?

Einige sehen einen Widerspruch zwischen Dialog und Verhandlungen. Z.B. als Alvaro Magana zum Präsidenten ernannt wurde, sagte er: „Dialog ja, Verhandlungen nein." Wir halten das für eine falsche Gegenüberstellung. Denn wenn man für Gespräche ist, dann müssen das politische Gespräche sein zwischen politischen Einheiten.

Sich nur hinzusetzen, um zu reden, hat keine Bedeutung; wozu? Für uns bedeutet Dialog ein Mittel, um zu Verhandlungen zu kommen. Man will bestimmte Ziele damit erreichen. Und unser grundlegendes Ziel bleibt: eine politische Lösung im Kampf in El Salvador.

Was die Unterschiede zwischen Dialog und Verhandlungen betrifft, so hat John Bushnell, Berater des Staatssekretärs für Lateinamerika im US-State Department, in der Zeitschrift „Orbis" festgestellt: „Wir lehnen fest und unumstößlich Verhandlungen über eine Teilung der Macht außerhalb des demokratischen Prozesses ab. Aber wir sind darauf vorbereitet, Hilfestellung bei Diskussionen zu leisten, die erforderlich sein könnten, um die friedliche Integration solcher Elemente unter den Aufrührern und ihren politischen Verbündeten, die sich in die Demokratie einfügen können, zu erleichtern."

In dieser Formulierung wie auch in anderen, die in El Salvador gefallen sind, wird der Unterschied offenbar so verstanden, daß Verhandlungen eher auf die Teilung der Macht orientiert sind, während der Dialog zur Wiedereingliederung in die politischen Strukturen führen soll.

Ja. Zunächst denke ich, daß die Reagan-Administration – erst recht nach dem Wechsel im Außenministerium von Haig zu Shultz – verstärkt um die öffentliche Meinung wirbt ... Man kann beobachten, daß sie sich hinsichtlich ihrer Position zu El Salvador weniger extremistisch äußern.

Aber zur gleichen Zeit sehen wir keinerlei Wandel im Land selbst. Im Gegenteil, in den letzten Wochen haben wir eine wachsende Unterdrückung der FDR erlebt. Einige Beispiele machen das ganz deutlich: die Verhaftung der gesamten Führung der Lehrergewerkschaft ANDES, von Saul Vilallta, einem der Führer der FDR, und aller Führer der Transportarbeitergewerkschaft.

Dies sind Beispiele dafür, daß dieser ruhige Ton, diese Sprache, die der Reagan-Administration neuerdings passend erscheint, den Bedingungen in El Salvador selbst nicht entspricht. Den Äußerungen der US-Administration begegnen wir mit großem Mißtrauen.

Zweitens muß man feststellen, daß in jedem Dialog, in jeder Verhandlung beide Seiten ihre eigenen Ziele verfolgen. Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß, falls wir mit Verhandlungen beginnen, die Regierung die gleichen Ziele hat wie wir. Wir wollen Frieden, Demokratie, sozialen Wandel und die Respektierung der Rechte unseres Volkes. Und das sind weder die Ziele der Administration in Washington noch die der Militärregierungen in den Ländern Lateinamerikas.

Fortsetzung folgende Seite



Hohe Verluste bei den Eliteeinheiten der Regierung

Fortsetzung:

Grundsatzerklärung NAM/DSOC

der subjektiven Klassenzugehörigkeit und der staatsbürgerlichen Aktivitäten. Wir setzen uns von denjenigen Analysen innerhalb der Linken ab, die den amerikanischen Arbeiter als korrumpiert betrachten und ihn in die Nähe des Managements rücken. Sicherlich ist die Situation der Arbeiterschaft keineswegs einfach. Manipulierte Informationen, die Förderung von Passivität und Zynismus seitens der Massenmedien, Schulen und anderer Agenten unserer Kultur haben widersprüchliche Reaktionen hervorgebracht. Insgesamt jedoch bleibt die organisierte Arbeiterbewegung die stärkste einzelne Kraft für progressiven Wandel. Darüber hinaus bleiben jene Arbeiter, die noch nicht organisiert sind (insbesondere Minderheiten und die Millionen Frauen in Büro- und anderen Berufen) eine enorme Kraft für eine zukünftige politische Neukonstellation. (...)

Trotz kurzfristiger Interessenkonflikte besteht das Potential für eine neue Mehrheitskoalition, die gegen die Prioritäten des Kapitals gerichtet ist. Unsere Absicht ist es, zum Aufbau einer solchen Koalition beizutragen; mitzuhelfen, sie auf eine breitere Grundlage zu stellen, beständiger zu gestalten und eine politische Partei hervorzubringen, welche die Interessen dieser neuen Mehrheit vertritt.

Kernstück unserer Strategie ist die Entwicklung einer Koalition der bedeutenden progressiven Kräfte unserer Gesellschaft – Gewerkschaften, Frauengruppen, Minoritäten und andere. Wir planen die politische Arbeit mit diesen gesellschaftlichen Kräften in den unterschiedlichsten Formen, einschließlich Basisaktivitäten, Arbeit in etablierten Institutionen und Beteiligung an Wahlen.

In der gegenwärtigen Periode finden die gesellschaftlichen Kräfte, mit denen wir zusammenarbeiten wollen, ihren parteilichen und parlamentarischen Ausdruck überwiegend innerhalb des linken Flügels der Demokratischen Partei. Aus diesem Grund besteht unsere parlamentarische Strategie auf Bundesebene auf der Zusammenarbeit mit diesem linken Flügel und in seiner Stärkung; damit schaffen wir eine sozialistische Präsenz auf diesem Feld und verschieben Parameter und Inhalte öffentlicher Debatten in Richtung der sozialistischen Linken. (...)

Die Form unserer politisch/parlamentarischen Arbeit ist nicht von primärer Bedeutung. Wir heben die Demokratische Partei deshalb hervor, weil dort in absehbarer Zukunft der selbstgewählte Platz jener Kräfte sein wird, mit denen wir uns verbünden. Falls und wenn diese gesellschaftlichen Kräfte andere Ausdrucksformen finden – in nicht-parteigebundenen Wahlkampagnen oder dritten Parteien – werden wir auch diese Bemühungen unterstützen.

Fortsetzung:

Interview El Salvador

Die Begriffe, mit denen die Diskussion über eine politische Lösung geführt werden, umreißen offenbar das mögliche Ergebnis. Die Formulierungen hinsichtlich Dialog und Verhandlung legen allerdings ein sehr unterschiedliches Verständnis von beidem nahe. Sehen Sie wirklich eine hoffnungsvolle Perspektive in der Verfolgung einer Verhandlungslösung, die erwähnten Differenzen zwischen den USA und der Regierung und der FDR-FMLN einmal vorausgesetzt?

Der Punkt ist, setzen wir uns hin oder nicht? Und wenn wir uns zusammen hinsetzen, was können wir erreichen? Das ist der eigentliche Test: mit der Diskussion der Probleme anfangen und dann sehen, ob es eine Möglichkeit gibt, eine Übereinkunft oder irgendwas zu erreichen.

Aber wir sagen von Anfang an, daß Verhandlungen ohne jegliche Vorbedingungen stattfinden müssen. Denn wenn man sagt: „Okay, ich will mit dir verhandeln, aber du mußt deine Waffen ablegen und in mein Haus kommen“, bevor man anfängt, dann ist der Prozeß schon zu Ende. Deshalb sagen wir, wenn der Prozeß mit guten Absichten unternommen wird, darf es keinerlei Bedingungen geben.

Das klingt kaum anders als frühere Positionen der FDR-FMLN bezüglich Verhandlungen. Und doch hat der stellvertretende Außenminister von Costa Rica gerade über den Beginn eines Dialogs in 90 Tagen gesprochen. Wenn es keine Veränderungen in der Basis für Dialog oder Verhandlungen gäbe, wie würden Sie sich dann seinen Optimismus erklären?

Sehen Sie, das Problem ist im Grund, daß sich Mittelamerika infolge der Politik der US-Administration dem Punkt innerer Kriege in dem ganzen Gebiet nähert, was wir die Regionalisierung des Konflikts nennen.

Natürlich sieht eine Regierung wie die von Costa Rica, das keine Armee hat und gerade jetzt in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage steckt, ganz klar, daß ein Krieg in Mittelamerika verheerend wäre, selbst wenn das Land nicht direkt beteiligt ist.

Von daher erklären sich die ernsthaften Bemühungen der Regierungen solcher Ländern wie Costa Rica, die Spannungen in Mittelamerika zu mindern und eine Art politische Lösung zu finden. Das wird nicht bloß wegen der Interessen des Volks von El Salvador vorgeschlagen; dahinter steht ebenso das Überlebensinteresse dieser Regierung. In diesem Kontext verstehen wir den Versuch der Regierung von Costa Rica, beide Seiten an einen Tisch zu bringen. Der Außenminister von Costa Rica, Volio, besuchte El Salvador. Er diskutierte die Angelegenheit mit Präsident Magana und Außenminister Fidel Chavez Mena. Aber er war nicht von uns geschickt; die Initiative war nicht die der FDR-FMLN. Es war eine Initiative der Regierung Costa Ricas.

Doch sie sprachen mit uns und fragten: „Seid ihr bereit, in einen Diskussionsprozeß einzutreten, um das Problem auf diese Weise zu lösen?“ Und wir sagten: „Ja, das ist unsere Politik! Wir plädieren nun seit zwei Jahren für Verhandlungen.“

Dann fragten sie die Regierung, ob sie dazu bereit wäre. Doch sie erhielten die Standardantwort: „Unmöglich.“ Vielleicht kann man eine Veränderung darin sehen, daß die Regierung sagte: „In diesem Moment ist es nicht möglich.“ In Wirklichkeit aber war die Antwort der Regierungsseite negativ.

Für Verhandlungen?

Für einen Dialog, für Verhandlungen, dazu, sich zusammenzusetzen. Denn Volio sprach nicht über Dialog oder Verhandlungen. Er fragte: „Seid ihr bereit, euch mit der Gegenseite an einen Tisch zu setzen und anzufangen, die Sache zu besprechen?“ Denn er wollte dieses Problem von Gesprächen *oder* Verhandlungen umgehen. Und selbst in dieser Lage weigerte sich die Regierung von El Salvador.

Zum Punkt, daß es keine FDR-FMLN-Initiative war – bedarf nicht jede solche Initiative einer dritten Partei als vermittelnde Kraft? Und nochmal zurück zur Unterzeichnung des Pakts von Apaneca. Ein Teil dieser „Nationalen Einheit“ wollte die Bildung einer Friedenskommission aufgenommen wissen. In den Worten von Magana wiederum hat der Pakt die Aufgabe, „die Grundlagen für die nationale Eintracht und die Wiedervereinigung der Nation zu fördern“. So vermeiden Magana und Garcia (Verteidigungsminister) auf der einen Seite jedes Wort von einer politischen Lösung. Aber zur gleichen Zeit sieht es so aus, als beabsichtige Magana die Errichtung gewisser Strukturen und als wolle er Kräfte in Bewegung setzen, um doch irgendwann zu einer Art von Dialog oder politischer Lösung zu gelangen.

Ja, das ist wahrscheinlich. Aber unabhängig von den Absichten eines Magana und Chavez Mena haben wir das Problem, daß es innerhalb der Regierung mächtige Strömungen gibt, die Gespräche oder Verhandlungen – ja, jeden Kontakt mit der FDR-FMLN – völlig ablehnen. Das sind vor allem D'Aubuisson und ARENA und hinter ihnen die Oligarchie. Denn in dem Moment, in dem die FDR-FMLN an einem Tisch mit der Regierung sitzt, hat die alles verloren.

Die Regierung muß zuerst ihre inneren Widersprüche lösen, bevor sie in der Lage ist, in irgendwelche Gespräche oder Verhandlungen einzutreten. Dieses Problem besteht immer noch in El Salvador.

Während sich nun machtvolle Gruppen einer politischen Lösung entgegenstellen, so scheinen doch letztlich mächtige internationale Interessen auf einen Dialog zu drängen. Allen voran die Sozialistische Internationale und schließlich auch Teile der Christdemokraten. Eine andere wichtige Kraft ist die offizielle katholische Kirche, sieht man sich die jüngsten Briefe des Vatikans und der salvadorenischen Bischofskonferenz an. Kuba und Nicaragua sind ebenfalls darum bemüht, angesichts des Drucks der Regionalisierung des Krieges, wie er von den USA ausgeht.

So mögen die inneren Faktoren entscheidend sein, aber es gibt genauso eine Gegenströmung anderer Kräfte. Mir scheint, Sie spielen die Bedeutung einer ganzen Reihe von Statements aus der jüngsten Zeit ein wenig herunter. Einige Initiativen sind noch unterwegs. Und heute sehen die Kräfteverhältnisse zugunsten eines solchen Kurses schon ganz anders aus als vor ein paar Monaten. Was meinen Sie dazu?

Man muß zwei Dinge unterscheiden. Auf der einen Seite die internationalen oder auswärtigen Mächte. Doch das Grundproblem bei der Erreichung einer Verhandlungslösung liegt bei der US-Regierung; die Reagan-Administration hält den einen Schlüssel in der Hand. In dem Moment, in dem die US-Regierung eine Verhandlungslösung in El Salvador für nötig hält, sind sie wahrscheinlich die einzige Macht der Welt, die genügend Druck auf die Armee in El Salvador ausüben kann, entsprechend zu handeln. Und wenn die Armee sich für eine solche Lösung entschließen würde, würde das übrige politische Spektrum El Salvadors folgen.



Neue Verfassung in Portugal besiegelt bürgerliche Republik

aml. Seit dem 30. Oktober ist in Portugal eine neue Verfassung in Kraft. Sie wurde mit den Stimmen der in der demokratischen Allianz (AD) zusammengeschlossenen Rechtsparteien und der sozialistischen Partei (PS) von Mario Soares verabschiedet und erhielt 4/5 der Stimmen der Abgeordneten des portugiesischen Parlamentes. Die in der „Vereinigung vereintes Volk“ (APU) mit unabhängigen Kräften zusammenarbeitenden Parteien PCP (portugiesische Kommunistische Partei unter Cunhal) und die demokratische Volksallianz (UDP) haben gegen die Verfassungsänderung gestimmt.

Schon die Verfassung von 1976 war ein Meilenstein auf dem Weg zu einer bürgerlich demokratischen portugiesischen Republik. Allerdings mußte 1976 noch das Militär, aus dem heraus die antifaschistische Revolution unterstützt worden war, besonders berücksichtigt weren. Innerhalb der damaligen Verfassung hatte es eine Sonderstellung, war nicht einfach Teil des bürgerlichen Staates, sondern direkt dem Volk und der Revolution vom April 1974 verpflichtet. Der aus Offizieren der Teilstreitkräfte bestehende Revolutionsrat sollte „den Präsidenten der Republik beraten, das reguläre Funktionieren der demokratischen Institutionen und die Verfassung überwachen“. Die Kommandeure der Teilstreitkräfte wurden nicht durch die Regierung bestimmt, sondern aus dem Militär heraus gewählt.

Auf die Dauer war eine solche Konstruktion nicht haltbar, ohne daß sich auch in der portugiesischen Gesellschaft rätedemokratische Strukturen entwickelten und das Verhältnis zwischen Volk und Armee geklärt worden wäre.

Tatsächlich war dann auch im Laufe der Entwicklung in Portugal der Revolutionsrat keine Barriere gegen Maßnahmen, Erfolge der Revolution rückgängig zu machen wie die Kooperativenbewegung auf dem Land. Nach der neuen Verfassung ist die Verteidigung des Landes jetzt nicht mehr Sache des Militärs, sondern Sache des Staates, die Kommandeure der Teilstreitkräfte werden durch die Regierung eingesetzt und bestimmt.

Die Wahrung der Verfassung obliegt jetzt auch nicht mehr dem Militär, sondern dafür wird, ähnlich wie auch in der Bundesrepublik, ein Verfassungsgericht eingesetzt. Die Richter werden vom Parlament bestimmt oder auch vom Gericht selbst kooptiert.

Was den Inhalt der Verfassung angeht, so sind dieses die hauptsächlichen Änderungen. Durch diese Änderungen wird die portugiesische Verfassung der anderer bürgerlicher Republiken angeglichen. Alle Phrasen vom Übergang zum Sozialismus sind gestrichen worden, womit wohl dokumentiert werden sollte, daß es sich bei Portugal jetzt endgültig um eine nichtsozialistische Republik handelt. Diese Phrasen der alten Verfassung hatten sich materiell auch nicht im Festschreiben von Rechten der während der Revolution entstandenen Volksorgane niedergeschlagen (sieht man ab vom dem Revolutionsrat, der auch kein richtiges Volksorgan war).

So war die Linke, links von der sozialistischen Partei (PS), auch nicht in der Lage, wirklich handfest gegen die Änderungen der Verfassung zu polemisieren und zu mobilisieren. Allenfalls wurde beschworen, daß die Errungenschaften des 25. April verlorenzugehen drohen. Diese Errungenschaften des April werden im portugiesischen Volk hoch geschätzt. So weit das aus dem Vergleich der Texte der alten und der neuen Verfassung zu beurteilen ist, werden die Errungenschaften – bis auf eine später zu erwähnende Ausnahme – inhaltlich auch nicht angetastet:

Beispielsweise heißt es in der alten Verfassung über die Eigentumsordnung: „In der Übergangsphase zum Sozialismus gibt es drei Sektoren des Eigentums an den Produktionsmitteln, am Boden und an den Naturressourcen:

– den öffentlichen Sektor, der unterteilt wird in
  – vom Staat geschaffene Güter und Produktionseinheiten,
  – Güter und Produktionseinheiten, die dem Staat gehören und von Kooperativen genutzt werden,
  – Güter und Produktionseinheiten, die kommunal genutzt werden,
– den genossenschaftlichen Sektor
– den privaten Sektor“



„Soldaten immer an der Seite des Volkes“ – die Zeiten der Verpflichtung des Militärs dem Volk statt dem Staat gegenüber sind vorerst vorbei.

Diese Eigentumsformen bleiben nach der neuen Verfassung erhalten, nur die Eingangsphrase vom Übergang zum Sozialismus wurde gestrichen.

Ähnlich verhält es sich mit den grundlegenden Artikeln des Arbeitsrechts: keine materiellen Änderungen.

Auch an den angekündigten Folgegesetzten wird deutlich, worum es bei dieser Verfassungsänderung geht: Einbindung des Militärs in den bürgerlichen Staatsapparat und Vervollkommnung des bürgerlichen Rechts- und Legitimationssytems. Als Folgegesetze sind angekündigt ein Gesetz über die nationale Verteidigung und ein Gesetz über das Verfassungsgericht. „Ade, Revolutionsrat, es lebe die Demokratie“, lautete eine Schlagzeile der bürgerlichen Zeitungen.

Diese von den Sozialisten ermöglichte Verfassungsänderung wird es der rechten Regierung erleichtern, Errungenschaften des April tatsächlich zu beseitigen. Wie es scheint, stehen an Schritte in Richtung der Entwicklung einer kapitalistischen Landwirtschaft, Auflösung der Staatsunternehmen, wie zum Beispiel der nationalen Elektrizitätsgesellschaft, möglicherweise eine Änderung des Arbeitskampfrechtes.

Die Kapitalisierung der Landwirtschaft soll beispielsweise darüber vorangetrieben werden, daß Kooperativen, aber auch Privatbetriebe nach Aussagen des Landwirtschaftsministers ihre Produktivität nachweisen müssen, um staatlich gefördert zu werden. Ein kleines Verfassungshindernis wurde dazu beseitigt, nämlich, daß die Kooperativen von „keiner Autorität abhängen“. Vom neuen Verfassungsgericht kann dann eine solche Bestimmung als produktivitätsfördernd ausgelegt werden, wie die Verfassung als Zweck der Agrarreform jetzt und schon 1976 festschrieb.

Die nationalisierten Gesellschaften werden nicht *privatisiert*, was eventuell mit der Verfassung Probleme machte, sie werden *dezentralisiert* oder sollen es werden.

Bei Anerkennung des Streikrechtes, der Betriebsräte, der Gewerkschaften kann mann natürlich ein zum Beispiel der BRD ähnliches Recht schaffen, das die Arbeiter dem Betriebswohl verpflichtet. Die Legitimation holt man sich vom Verfassungsgericht, die Macht, das durchzusetzen, zur Not beim Militär.

Gegen alle diese von der rechten Regierung ins Auge gefaßten Möglichkeiten versucht die Linke z.B. über den Gewerkschaftsverband CGTP-Intersindical – einen Sturz der Regierung zu erreichen und eine Auflösung der „Versammlung der Republik“, des Parlaments. Sie setzt dabei auf den Präsidenten Eanes, der 1980 als Garant der Errungenschaften des April vom Volk gewählt worden war. Eanes könnte das Parlament aufösen. Aber so wie er die neue Verfassung hat passieren lassen, zögert er auch, das Parlament aufzulösen. Die Linke beschwört den 25. April, ohne zu sagen, wie und wohin es mit der Revolution weitergehen kann. Das macht sie schwach und es nützt ihr auch nichts, auf Eanes zu setzen, der dann auch nicht anders handeln kann.

Solidarität der Geier

frb. Sozusagen die Einrichtung eines privaten IWF haben die Bankchefs von 31 Banken in USA, Westdeutschland, Frankreich, der Schweiz, Großbritannien und Japan beschlossen. Das zweitätige Treffen in New York wurde vom Vize-Präsidenten der Chase Manhattan Bank vermittelt. Beabsichtigt ist die Einrichtung einer internationalen Informationssammelstelle über kreditsuchende Länder, eine Auskunftei, die allen Banken offensteht.

Damit bilden die Banken noch deutlicher einen Block gegenüber kreditsuchenden Entwicklungsländern, gegen die der Vorstoß vor allem gerichtet ist. Das neue Institut soll wie der Internationale Währungsfonds Expertenteams in die Dritte Welt schicken, die sich dort dank den finanziellen Abhängigkeiten alle Türen, oder besser alle Bücher öffnen lassen werden. Die Bankiers wollen die verschuldeten Länder wie auf dem Leuchtschirm vor sich sehen. Noch weniger als die IWF-Tätigkeit werden die Aktivitäten der neuen Kontrollinstanz kontrollierbar sein. Im IWF sind die Schuldnerländer immerhin wenigstens vertreten.

Die Initiative zur Durchleuchtung der verschuldeten Entwicklungsländer ging offensichtlich von dem US-Banken aus. Während von der Fehlspekulation auf die polnischen Rohstoffreserven vor allem westeuropäische Banken betroffen waren, haben die US-Bankiers nach dem Zahlungsverzug Mexikos und den argentinischen Finanzschwierigkeiten kalte Füße bekommen und bemühen sich plötzlich um die Solidarität ihrer Kumpanen. Sie vor allem haben Kredite in die lateinamerikanischen Schwellenländer gepumpt.

Auf welchem gefährlichen Grat sich die internationale Kreditwelt bewegt, zeigt ein Manöver der Commerzbank. Die dritte unter den westdeutschen Großbanken wird das Hochhaus ihrer Zentralverwaltung an eine Leasing-Firma veräußern, um an flüssiges Geld zu kommen. Und auf die Entwicklungsländer wirkt sich die Krise so aus, daß sie am westdeutschen Kapitalmarkt Zinsen zahlen müssen, die 170% über dem liegen, was die Kapitalverleiher von Industrieländern fordern.



Nach der Krise 1974/75 hat die Auslastung der Produktionsanlagen der westdeutschen Industrie nie wieder den Grad wie zu Beginn der 70er Jahre erreicht. Von niedrigem Niveau aus erfolgte 1980 ein erneuter Absturz, der zunächst durch eine überdurchschnittliche Auslastung in der Investitionsgüterindustrie gebremst wurde. Das hing mit den Auslandsbestellungen zusammen. Im Juni aber hat die Auslastung der Kapazitäten in der Investitionsgüterindustrie den Tiefpunkt der 74er Krise unterschritten. Von den Gesamtkapazitäten steht jetzt rund ein Viertel still, weil die Eigentümer sich von ihrer Nutzung keinen Profit versprechen.

Steuereinnahmen von 379 Mrd. DM im Jahre 1982 erwartet nunmehr der „Arbeitskreis Steuerschätzung". Das sind 7,4 Mrd. weniger, als noch im Juni geschätzt. Für 1983 werden Gesamteinnahmen erwartet, die 18,1 Mrd. DM unter den bisherigen Annahmen liegen. Im Vorjahresvergleich wird eine Steigerung von 2,4% bzw. 2,7% erwartet.

Eine weitere Spezialisierung im Ackerbau hat die amtliche Statistik festgestellt. So bauten 1981 von den insgesamt 786650 landwirtschaftlichen Betrieben zuletzt nur noch 47% Kartoffeln an, nachdem es 1971 noch 71% gewesen waren. Mit Getreideanbau befaßten sich knapp 80% der Betriebe gegenüber 84% 1971. Der Anbau von Feldfrüchten verlagerte sich gleichzeitig immer mehr in größere Betriebe. Eine entsprechende Spezialisierung zeigt sich auch bei der Viehhaltung. Und noch eine Spezialisierung zeigt sich in folgendem: Rund 65% des in der BRD im letzten Jahr verzehrten Gemüses war ausländischer Herkunft und aufgrund der damals ungewöhnlich kleinen Inlandsernte kam auch 72% des Obstes aus dem Ausland.

Die Woche im Rückblick

Noch einen Wirtschaftskongreß plant der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Titel: Wirtschaft und Umwelt. Der Kongreß soll vom 11. bis 13. März 1983 in Hannover stattfinden. Ein Vorbereitungstreffen findet am 13.11. beim LBU Niedersachsen statt.

Den höchsten Anteil von Kernenergie an der gesamten Stromerzeugung erzielt im weltweiten Vergleich Frankreich mit 37,7%. Auf dem zweiten Platz dieser stolzen Weltrangliste erscheint Schweden mit 34,4%. Es folgen Finnland mit 31,8%, die Schweiz mit 28,1%. In Belgien liegt der Anteil bei 25,3% und in Bulgarien bei 22,8%, Japan meldet 16,6%. Die BRD konnte mit 14,3% auf Platz neun zurückgehalten werden, es folgen Großbritannien mit 12,7%, die DDR mit 12,5% und auf dem zwölften Platz die USA mit einem Kernenergieanteil von 11,7%.

Eine Kartellabsprache für „weiße Ware" strebt der italienische Elektrokonzern Zanussi an. Zanussi gilt auf diesem Markt, der elektrische Küchengeräte umfaßt, in Europa als Marktführer. In den nächsten Wochen sollen nach Vermutungen in der Presse Kontakte zu Philips in den Niederlanden, zu Elektrolux in Schweden, Thomson-Brandt in Frankreich und zu Bosch-Siemens in der BRD hergestellt werden. Ziel ist offenbar eine Absprache über die Reduzierung der Überkapazitäten. Zanussi zeigt sich auch an der Übernahme von Teilen der AEG interessiert, deren Zusammenbruch die Kontaktaufnahme beschleunigt haben dürfte. Vor wenigen Tagen erst hatten die neun führenden Unternehmen auf dem Markt für Textilfasern ein Übereinkunft unterzeichnet, die ebenfalls einen Kapazitätsabbau in diesem Bereich zum Inhalt hat.

Die US-Konjunktur hat sich im September nach den dafür vorliegenden Daten weiter verschlechtert. Zwar hat sich der sogenannte Gesamtindex leicht verbessert, was die üblichen Sprüche aus der Reagan-Administration nach sich zog, das beruht aber auf einem Spekulationsfieber an den Aktienbörsen. Sowohl die Industrieproduktion wie die Kapazitätsauslastung sind nochmals deutlich gesunken.

Viele Worte, keine Taten gegen sauren Regen

CDU und SPD in Frankfurt beschließen zwei neue SO_2 speiende Großkraftwerke

frb. Das frühere Wahlversprechen der SPD, man schüfe wieder „Blauen Himmel über der Ruhr", hat zwar manche Meßwerte im Ruhrgebiet gesenkt, vor allem aber wurde das Baumsterben im Bayerischen Wald, im Schwarzwald, in ganz Europa verstärkt. Denn nicht etwa an den Ursachen wurden Gegenmaßnahmen angesetzt, sondern es wurden einfach höhere Schornsteine gebaut, die den Dreck und die Schadstoffe auch über die Landesgrenzen hinweg gerecht verteilen.

Mittlerweile nun ist das Problem des sauren Regens weithin bekannt, doch man soll nicht glauben, daß die Politik dem Rechnung tragen würde. In Frankfurt lassen Magistrat und Hoechst AG zwei neue Schwefeldioxid speiende Kohlekraftwerke mit extrem hohen Schornsteinen hochziehen. Die Stadtverordneten der Grünen im Römer versuchten, die Projekte durch Beschluß des Stadtparlaments zu stoppen; vergebens, SPD und CDU stimmten dagegen.

Der Antrag der Frankfurter Grünen geht davon aus, als Übergangstechnologie bis zur Änderung des gesamten Energiesystems entsprechend dem „sanften Energiepfad" auf den Einsatz *dezentraler Wirbelschichtkraftwerke mit Kraftwärmekoppelung* zu bauen. Außerdem wird ein *Energieentwicklungsplan* für die Stadt verlangt, der weitestgehende Möglichkeiten der Energieeinsparung und des Einsatzes regenerativer Energiequellen enthält. Gegenüber der verschiedentlich vorgebrachten Forderung nach Ausbau der Fernwärme hat dieses Konzept auf jeden Fall den Vorteil, daß es flexibel ist. Und es zeigt einen sofort gangbaren Weg auf. Im Folgenden geben wir die wichtigsten Punkte aus der Begründung des Antrags wieder.

Ausgangspunkt der Kritik am Bau neuer Kraftwerke ist die Tatsache, daß die Großfeuerungsanlagen in der BRD allein mit 75% an der Schwefeldioxidbelastung beteiligt sind. Niemand kennt den Energiebedarf auf Stadtebene, Möglichkeiten der Energieeinsparung sind nicht systematisch und untersucht, Möglichkeiten schonender Energiegewinnung erst recht nicht. Ein Großteil der elektrischen Energie – in Frankfurt ist es heute die Hälfte des gesamten Strombedarfs – soll dennoch weiterhin aus Großkraftwerken kommen, bei denen zwei Drittel der Energie durch Abwärme verloren geht, bevor sie überhaupt den Verbraucher erreicht.

Weiterhin wird nach der überkommenen Energiepolitik in Frankfurt zwischen 45 und 85% der Heizenergie durch fehlende Isolation usw. ungenutzt verschwendet. Zudem soll nach dieser Politik die Sonnenenergie als einzige unerschöpfliche Energiequelle mit ihrem Energiepotential von jährlich etwa 1000 Kilowatt je Stunde und Quadratmeter Dachflächen aus den Städten ungenutzt bleiben.

Die Notwendigkeit eines Energieentwicklungsplans ist offensichtlich. Grundlage dafür soll ein Wärme- und Energieatlas sein, aus dem quartierbezogen für die ganze Stadt hervorgeht, wo wieviel Energie gebraucht wird oder ungenutzt verloren geht. Aus ihm kann man dann die Möglichkeit der Energieeinsparung und der Gewinnung alternativer Energie mit ermitteln. Erst auf dieser Grundlage kann der gezielte Einsatz von dezentralen Kohlekraftwerken als Teil der Energieversorgung geplant werden.

Die jetzt in Frankfurt und auch anderswo weiterhin geplanten Kraftwerke sind technisch veraltet und ökologisch gefährlich. Kohle wird verfeuert, giftiges Schwefeldioxid entsteht. Das geplante Kraftwerk der Hoechst AG z.B. wird die Luft stündlich mit 300 kg Schefel vergiften. Gleichzeitig werden Stickoxide in großen Mengen frei, ebenso Fluor- und Chlorverbindungen, Staub, CO_2 und Schwermetalle. Diese Schadstoffe sollen ganz bewußt durch 167 m und 190 m hohe Schornsteine in die schon kranken Wälder des Odenwalds und des Bayerischen Waldes geblasen werden.

Während die CDU – im Landtagswahlkampf werbend: „Unser Wald muß gesund bleiben!" – keinerlei Bedenken gegen die beiden zusätzlichen Kraftwerke zeigt, hat die SPD offenbar ein schlechtes Gewissen und beantragt nun für das Kraftwerk West eine *Rauchgasentschwefelungsanlage*. Dabei weiß sie selbst, daß dadurch bloß ein geringer Teil des SO_2 weggefiltert werden kann, Stickoxide, Fluorverbindungen und Schwermetalle so gut wie gar nicht.

Die bisher in der BRD betriebenen Rauchgasentschwefelungsanlagen können nur etwa 60% des Schwefeldioxids binden. Ein besserer Wert ist nur mit einem extremen technischen Einsatz zu erreichen, dazu mit ökologischen Schäden. So produziert eine Rauchgasentschwefelungsanlage Abwasser, das so salzig wie Meerwasser und nur mit erheblichem Aufwand zu klären ist. Der Preis für verringerte Luftverschmutzung ist eine stärkere Verschmutzung des Wassers. Eine Rauchgasentschwefelungsanlage, wie die Frankfurter SPD sie will, würde für die eigene Versorgung soviel Energie verbrauchen wie ein Drei-Megawatt-Kraftwerk etwa produziert.

Wenn schon Kohle verfeuert werden muß, so die Frankfurter Grünen, so ist dies umweltverträglich und energieökonomisch nur in dezentralen, Kraft-Wärme-gekoppelten Wirbelschichtkraftwerken sinnvoll. Die Anlagen müssen dezentral sein, weil verbrauchernahe Kraftwerke die geringsten Energieverluste haben. Die mit ihnen verbundenen Nahwärmenetze können gleichzeitig für alternative Energie, z.B. Sonnenkollektoren, verwendet werden.

Beim Wirbelschichtverfahren wird feinkörnige Kohle zusammen mit Kalk wirbelnd verbrannt. Dadurch wird das Schwefeldioxid gleich bei der Entstehung gebunden. Durch die Verbrennung bei niedrigen Temperaturen entsteht erst gar kein giftiges Stickoxid.

Wirbelschichtkraftwerke nutzen den begrenzten Rohstoff Kohle sparsamer. Die Bindung des Schwefeldioxids liegt bei fast 100%. Eine durchschnittliche Wirbelschichtanlage bindet also 10mal soviel Schwefeldioxid wie die modernsten Rauchgasentschwefelungsanlagen. Die Chlor- und Fluoremmissionen lassen sich um 95% verringern. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen sieht deshalb „für mittlere und kleinere Feuerungen bezüglich der gleichzeitigen SO_2- und NO_x-Minderung keine Alternative zur Wirbelschichtfeuerung."

Die SPD, in die Ecke gedrängt, floh zur Behauptung, die Wirbelschichtfeuerung sei nicht erprobt. Dagegen verweisen die Grünen darauf, daß Wirbelschichtkraftwerke in aller Welt betrieben werden, daß sie nicht teuerer sind und in Zukunft sogar wesentlich billiger sein werden.

Allein in den USA sind zwanzig verschiedene Wirbelschichtfeuerungskessel im Bereich von 0,3 – 100 MW auf dem Markt. Aus der BRD werden solche Anlagen exportiert. In Frankfurt verhandelt die Firma Lurgi zur Zeit mit den Stadtwerken Duisburg über die Lieferung eines Wirbelschichtkraftwerkes.

Fragt sich, was CDU und SPD im Frankfurter Stadtparlament hindert, einer solchen Technik zuzustimmen. Die Grünen im Römer vermuten dunkle Machenschaften. Alles deutet darauf hin, sagen sie, daß die Wirbelschichttechnologie nicht trotz, sondern wegen ihrer ökologischen wie ökonomischen Wirksamkeit nicht zum Einsatz kommen soll. Daß hier die Interessen der „Atomlobby" am Werk seien, werde schon an einem Punkt deutlich: Die Grundplanung für das auszubauende Frankfurter Kraftwerk West hat die Kraftwerksunion durchgeführt. Die KWU als Monopolist im westdeutschen Atomkraftwerksbau kann kein Interesse daran haben, ein umweltverträgliches und wirtschaftlich dem Atomstrom überlegenes Wirbelschichtkraftwerk zu planen und sich selbst gefährliche Konkurrenz zu schaffen. Das gleich gelte für die Hoechst AG, die selber tief im Atomgeschäft steckt.

Literatur: Dieter Teufel (Hrsg.): Kohle, Frankfurt 1982

Saurer Regen

Das in die Luft geblasene Schwefeldioxid (SO_2) verbindet sich durch die Luftfeuchtigkeit zu Schwefelsäure, die mit dem Regen als „saurem Regen" zu Boden fällt oder sich in ferntransportiertem Nebel über die Bäume legt. Das giftige Gas hat Folgen: es lähmt den Schließmechanismus der Spaltöffnungen an Nadeln und Blättern und fördert die Verdunstung und Austrocknung der Pflanzen. Schwefelsäure verätzt Nadeln und Blätter, als saurer Regen gelangt sie in den Waldboden und schädigt und zerstört die Feinwurzeln der Bäume und anderer Pflanzen. Wasser- und Nährstoffaufnahme werden ge- und zerstört. Der saure Regen setzt im Waldboden umweltgiftige Schwermetallionen wie Aluminium, Blei und Cadmium frei, diese greifen wiederum die Bäume an, schaffen Eingangsvoraussetzungen für Sekundärkrankheiten, für Bakterien und Pilze, und verschlechtern die Qualität des Grundwassers. Die Fruchtbarkeit des gesamten Bodens nimmt ab.

Im Brennpunkt: die Gewerbesteuer

Vom wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums kommen weitreichende Pläne zur Umgestaltung der kommunalen Steuern, die bisherige Gewerbesteuer soll durch eine gemeindliche Wertschöpfungssteuer ersetzt werden. Es geht darum, ob daraus ein Hebel für die finanzielle Unabhängigkeit der Gemeinden werden kann.

acl.Bremen. Nach dreijähriger Arbeit hat der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen ein „Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern" vorgelegt, in dem eine völlige *Umgestaltung des kommunalen Steuersystems* vorgeschlagen wird. Der Beirat empfiehlt die Abschaffung der Gewerbesteuer und will sie durch eine *Wertschöpfungssteuer* ersetzen, durch die der Kreis der Steuerpflichtigen erweitert und das Steueraufkommen besser gestreut werden soll. Grundsätzlich sollen dieser Steuer nicht nur Gewerbebetriebe, sondern auch die freien Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Wohnungswirtschaft sowie staatliche Einrichtungen unterliegen, wodurch neben der Gewerbesteuer auch die Grundsteuer entfallen könnte. Der Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer, die der Beirat grundsätzlich befürwortet, werden nur geringe Chancen eingeräumt, weil eine solche Steuer als weitere Umsatzsteuer nicht mit Artikel 33 der 6. EG-Richtlinie in Einklang stünde; die EG-Richtlinie untersagt für alle Mitgliedstaaten die Einführung anderer Umsatzsteuern. Bezüglich der bestehenden Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer empfiehlt der Beirat keine Änderungen.

Die *Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Wertschöpfungssteuer* ist zweifellos der zentrale Punkt des Gutachtens. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde einen Einschnitt in das System der kommunalen Steuereinnahmen bedeuten, die 1981 mit rund 46 Mrd. DM etwa 39% der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes ausmachten. (Gemeindefinanzbericht 1982, S. 122, Tab. 1a) Etwas abweichende Zahlen gibt der Beirat, der für 1981 die Gemeindesteuern mit rund 50 Mrd. DM angibt, wovon ca. 45% auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entfallen, der mit Wegfall der Lohnsummensteuer 1980 von 14% auf 15% des Aufkommens erhöht wurde, während 40% auf die Gewerbesteuern entfallen und 12% auf die Grundsteuern. (vgl. Tabelle 1)

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist damit seit der Gemeindefinanzreform 1969 zum wichtigsten Posten des kommunalen Steuersystems
Posten des kommunalen Steuersystems
geworden, dessen Struktur bis dahin eindeutig von der Gewerbesteuer bestimmt worden war.

Die Bedeutung der Gewerbesteuer ist in den letzten Jahren durch vielfältige bundesgesetzliche Regelungen zurückgegangen, die jeweils Bestandteil einer Wirtschaftspolitik waren, deren oberstes Ziel die Entlastung des Kapitals war und an die die „Wende" der jetzigen Lohnsummensteuer beseitigt, deren Aufkommen 1979 noch bei 3,3 Mrd. DM lag und 7,4% der gesamten kommunalen Steuereinnahmen ausmachte. (vgl. Tab. 1) Im gleichen Jahr wurde bei der Gewerbesteuer nach Ertrag der Freibetrag von 24000 DM auf 36000 DM erhöht. Bei der Gewerbesteuer nach Kapital wurde er 1981 von 60000 DM auf 120000 DM erhöht, während er 1977 noch bei 6000 DM gelegen hatte.

Nach Angaben des SPD-Obmanns im Finanzausschuß des Bundestags, Gobrecht, zahlen gegenwärtig nur noch 33% der Gewerbebetriebe Gewerbeertragsteuer und 15% Gewerbekapitalsteuer.

Mit dem Kabinettsbeschluß vom 27.10.1982 wird die Gewerbesteuer weiter ausgehöhlt, indem die Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen 1983 um 40% und aber 1984 um 50% gemäßigt werden soll. Die für die Gemeinden zu erwartenden Steuerausfälle von 1,5 Mrd. DM 1983 und 1,75 Mrd. DM 1984 sollen angeblich durch Reduzierung des Vervielfältigers bei der Gewerbesteuerumlage, die je zur Hälfte an Bund und Länder geht, von 80% auf 52% ausgeglichen werden. Das bedeutet, daß Bund und Länder einen verminderten Anteil der Gewerbesteuer erhalten, den Gemeinden bleibt ein höherer Anteil. Bund und Länder wollen die bei ihnen dadurch entstehenden Mindereinnahmen ihrerseits aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung zum 1.7.1983 von 13% auf 14% finanzieren. (Handelsblatt, 28.10.1982) Von der SPD/FDP-Koalition war bereits 1981 ein Freibetrag bei der Hinzurechnung der Dauerschulden bei der Gewerbekapitalsteuer in Höhe von 50000 DM eingeführt worden.
worden.

Gewerbesteuer: Begrenzte Autonomie der Gemeinden und sinkende Bedeutung

Nach §2 Gewerbesteuergesetz (GewStG) unterliegt jeder im Inland betriebene Gewerbebetrieb der Gewerbesteuer. Der Begriff des Gewerbebetriebs ist dabei an die folgenden Voraussetzungen gebunden:

- Selbständigkeit
- Nachhaltigkeit der Betätigung
- Gewinnerzielungsabsicht
- Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr.

Nur bei Vorlage aller vier Voraussetzungen wird die Gewerbesteuerpflicht begründet, wobei land- und forstwirtschaftliche Betriebe, selbständige (freiberufliche) Tätigkeiten gemäß §18 EStG und die Vermögensverwaltung ausgenommen sind. Zusätzlich legt §2 (2) GewStG fest, daß bei Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit stets von Gewerbebetrieben auszugehen ist.

Nach Angaben von Gobrecht unterliegen 282000 Kapitalgesellschaften und 1560000 Einzelfirmen und Personengesellschaften der Gewerbesteuer. Von diesen 1842000 Betrieben zahlen nur etwa 600000 Gewerbesteuer nach Ertrag und/oder Kapital.

Nach geltendem Recht kann die Ermittlung der Gewerbekapital- und Gewerbeertragssteuer folgendermaßen dargestellt werden:

Gewerbeertragssteuer

Gewinn (Ermittlung nach dem Einkommens- bzw. Körperschaftssteuergesetz)

\+ Hinzurechnungen nach §8 GewStG
1. Zinsen für Dauerschulden
2. Renten und dauernde Lasten, die wirtschaftlich mit der Betriebsgründung bzw. dem -erwerb zusammenhängen
3. Gewinnanteile stiller Gesellschafter
4. Gewinnanteile der persönlich haf-
4. Gewinnanteile der persönlich haf-
tenden Gesellschafter einer KGaA
5. Die Hälfte der Miet- und Pachtzinsen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (außer Grundbesitz), sofern sie nicht beim Vermieter oder Verpächter der GewSt unterliegen. (Ausnahme: Betrieb oder Teilbetrieb, wenn Miet- und Pachtzinsen 250000 DM/Jahr übersteigen)
6. Verluste an Personengesellschaften
7. Spenden nach §11 Ziff. 5 KStG (Ausnahme: wissenschaftliche Zwecke)

./. Kürzungen nach §9 GewStG
1. 1,2% des Einheitswerts der Betriebsgrundstücke
2. Gewinnanteile an Personengesellschaften
3. Gewinnanteile an inländischen Kapitalgesellschaften
4. Gewerbeertrag ausländischer Betriebsstätten
5. Miet- und Pachtzinsen, die dem Mieter oder Pächter zugerechnet wurden (Betriebs- oder Teilbetriebsverpachtung über 250000 DM)
6. Kuponsteuerpflichtige Zinsen
7. Gewinnanteile an ausländischen Kapitalgesellschaften
8. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften: Spenden für wissenschaftliche Zwecke

= *Maßgebender Gewerbeertrag*

./. Gewerbeverlust nach §10a GewStG bei Gewerbetreibenden, die den Gewinn nach §5 EStG ermitteln (Zeitraum: 5 Jahre)

= *Gewerbeertrag*

\+ Gewerbeerträge von Organgesellschaften

./. Freibetrag von 36000 DM bei natürlichen Personen und Mitunternehmerschaften (OHG, KG)

= *verbleibender Gewerbeertrag*

× Steuermeßzahl 5%

= *Steuermeßbetrag nach dem Gewerbeertrag*

Gewerbekapitalsteuer

Einheitswert des gewerblichen Betriebs

\+ Hinzurechnungen nach §12 (2) GewStG
1. Verbindlichkeiten, die den Schuldzinsen, Renten und den dauernden Lasten i.S. §8 GewStG entsprechen. Dauerschulden werden nur hinzugerechnet, wenn sie 50000 DM übersteigen.
2. Gewinnanteile eines typischen stillen Gesellschafters
3. Vom Betrieb genutzte, aber nicht in seinem Eigentum stehende Wirtschaftsgüter, sofern sie nicht im Einheitswert enthalten sind oder zum Gewerbekapital des Vermieters oder Verpächters gehören. (Ausnahme: Wert der Wirtschaftsgüter übersteigt 2,5 Mio. DM)

./. Kürzungen nach §12 (3) GewStG
1. Summe der Einheitswerte der Betriebsgrundstücke
2. Beteiligungen an Personengesellschaften
3. Beteiligungen von mindestens 25% an einer nicht steuerbefreiten inländischen Kapitalgesellschaft
4. Werte, die dem Gewerbekapital eines anderen zugerechnet werden
5. Das Gewerbekapital von ausländischen Betriebsstätten
6. Beteiligungen an ausländischen Kapitalgesellschaften

= *Gewerbekapital*

\+ Gewerbekapital von Organgesellschaften

./. Freibetrag in Höhe von 120000 DM

= *verbleibendes Gewerbekapital*

× Steuermeßzahl 2 vom Tausend

= *Steuermeßbetrag nach dem Gewerbekapital*

Die *Steuermeßbeträge* werden addiert und auf den einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrag wird der *gemeindliche Hebesatz* angewandt; der Hebesatz lag 1980 im Schnitt bei 330%, die Steuer beträgt also 330% des Meßbetrags. Nach §16 GewStG wird der Hebesatz von der Gemeinde festgelegt und muß für alle Unternehmen gelten.

Die schematische Darstellung zeigt, wie durch die per Bundesgesetz festgelegte Definition des Gewinns bzw. der Hinzurechnungen und Kürzungen, durch die bei der Gewerbeertragssteuer z.B. die Besonderheiten korrigiert werden sollen, die die Gewinnermittlung nach dem EStG mit sich bringt, die Wirkung von Hebesatzerhöhungen unterlaufen werden kann. (Hinzurechnungen und Kürzungen sind nur insoweit vorzunehmen, wie sie den Gewinn tatsächlich gemindert haben.) Ähnliches gilt für die Gewerbekapitalsteuer.

Zweifellos liegt im Hebesatzrecht die Möglichkeit, die kommunale Finanzsituation und damit den Raum für politische Entscheidungen zu erhöhen. So lag 1980 der durchschnittliche gewogene Gewerbesteuerhebesatz bei 330%, während der höchste Hebesatz bei 500% lag. Bei einem solchen Hebesatz aber wäre das Gewerbesteueraufkommen um 13 Mrd. DM höher gewesen. Nur: „Angesichts der aktuellen Konjunkturschwäche und mit Rücksicht auf die angespannte Ertragslage vieler Unternehmen spielen Hebesatzanhebungen, wie schon im vergangenen Jahr 1982, insgesamt – trotz der äußerst gespannten Haushaltslage – eine untergeordnete Rolle." (Gemeindefinanzbericht 1982, S. 113)

Hinzu kommt, daß die Drohung der Unternehmen, ihren Standort zu verlagern, ein größeres Gewicht erhält angesichts der Krise und der Tatsache, daß die Gewerbesteuer zu einer Steuer für Großbetriebe geworden ist. Wie Tabelle 2 zeigt, sehen die Gemeinden offenbar wenig Möglichkeiten, ihre Haushaltsprobleme über Hebesatzanhebungen zu lösen. Die Hebesätze stagnieren im wesentlichen, nur in NRW sind Steigerungen zu verzeichnen, mit denen noch die Lohnsummensteuerausfälle ausgeglichen werden sollen. Im übrigen zeigt der Vergleich mit 1979, wo zur Berücksichtigung der Lohnsummensteuer die Hebesätze fiktiv erhöht worden sind, daß lediglich im Saarland der Stand von 1979 erreicht wird.

Angesichts der sinkenden Bedeutung und eingeschränkten kommunalen Einflußmöglichkeiten auf die Gewerbesteuer sowie der starken Abhängigkeit, sowohl von der Konjunktur als auch von den wenigen Gewerbesteuer zahlenden Betrieben, erscheint der Vorschlag ziemlich unzureichend, daß „alternative Haushaltspolitik (neben der Kritik von Subventionen und dem Erwägen höherer Kreditaufnahme) sich auf die Gewerbesteuer konzentriert", und sei es auch nur erzwungenermaßen als Konsequenz der Steuer- und Finanzpolitik der etablierten Par-

Fortsetzung folgende Seite

Selbst über ihre Steuereinnahmen haben die Gemeinden heute so gut wie nichts zu befinden. Die großen Steuern – Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer sowie die Umsatz- (= Mehrwert)steuer – sind sogenannte Gemeinschaftssteuern. Über deren Gestaltung entscheidet Bundesrecht und lediglich von der Lohn- und Einkommensteuer erhalten die Gemeinden 15% der Steuerzahlung ihrer Gemeindebürger. Im Gegenzug allerdings müssen sie aus der Gewerbesteuer eine Umlage an Bund und Länder abführen; sie beträgt derzeit 80% des summierten Steuermeßbetrags (siehe Text) und soweit der Hebesatz die 80% übersteigt, fallen die Einnahmen der Gemeinde zu. Die einzige weitere Gemeindesteuer von Bedeutung ist die Grundsteuer. Aber auch bei der Gewerbe- und Grundsteuer befinden die Gemeinden lediglich über den Hebesatz.

Tabelle 2

Differenzierte Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze [1] 1979 bis 1982 in den Bundesländern

Land	1979	1980	1981	1982[2]
	v.H.			
Schleswig-Holstein	332	308	308	308
Niedersachsen	364	339	339	340
Nordrhein-Westfalen	371	311	323	337
Hessen	407	349	349	349
Rheinland-Pfalz	363	341	341	341
Baden-Württemberg	349	326	326	328
Bayern	366	356	356	355
Saarland	381	378	381	381
Hamburg	396	365	365	365
Bremen	453	385	385	400
Berlin	300	200	200	200
Bundesgebiet insgesamt	368	330	333	337

[1] 1980 bis 1982 Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, 1979 fiktive Hebesätze unter Berücksichtigung des Aufkommens aus der zum 1. 1. 1980 abgeschafften Lohnsummensteuer. – [2] Schätzung des Deutschen Städtetages auf der Basis einer Umfrage bei Mitgliedstädten und -gemeinden des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Eigene Schätzung und Zusammenstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

Quelle: Gemeindefinanzbericht 1982, S. 113

Tabelle 1

Die Verteilung der kommunalen Steuereinnahmen auf einzelne Steuern
(einschließlich Stadtstaaten)

Steuerarten / Jahre	Grundsteuer A und B		Gewerbesteuer (Ertrag u.Kapital) brutto	Umlage	netto (3./.4)		Lohnsummensteuer		Gewerbesteuern (netto) insges. (5 + 7)		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		sonstige Steuern		Gemeindesteuern insgesamt 2)
	Mio DM	vH*	Mio DM	Mio DM	Mio DM	vH*	Mio DM	vH*	Mio DM	vH*	Mio DM	vH*	Mio DM	vH*	Mio DM
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1950 1)	1.181	42,3	1.101	-	1.101	39,5	211	7,6	1.312	47,1	-		291	10,4	2.784
1956 1)	1.415	22,5	3.914	-	3.914	61,8	509	8,0	4.423	69,8	-		493	7,8	6.331
1961	1.713	16,3	7.430	-	7.430	70,9	717	6.8	8.147	77,7	-		611	5,8	10.471
1966	2.231	15,9	10.087	-	10.087	71,9	1.004	7,2	11.091	79,1	-		707	5,0	14.029
1967	2.361	16,8	10.006	-	10.006	71,2	985	7,0	10.991	78,2	-		703	5,0	14.055
1968	2.473	16,7	10.537	-	10.537	71,2	1.046	7,1	11.583	78,3	-		737	5,0	14.794
1969	2.591	13,8	14.217	-	14.217	75,5	1.169	6,2	15.386	81,7	-		852	4,5	18.829
1970	2.683	14,7	10.728	4.331	6.397	35,1	1.389	7,6	7.786	42,7	6.892	37,8	879	4,8	18.240
1971	2.801	13,3	12.313	5.182	7.131	33,7	1.805	8,6	8.936	42,3	8.426	39,9	967	4,6	21.131
1972	3.004	11,9	14.847	5.847	9.000	35,5	2.176	8,6	11.176	44,1	10.091	39,9	1.049	4,1	25.319
1973	3.209	10,7	17.777	7.016	10.761	36,0	2.535	8,5	13.296	44,5	12.253	41,0	1.123	3,8	29.882
1974	3.521	10,8	18.775	7.354	11.421	35,0	2.794	8,6	14.215	43,6	13.695	41,9	1.228	3,8	32.658
1975	4.150	12,5	17.898	6.830	11.068	32,9	2.998	9,0	14.066	41,9	14.098	42,0	1.277	3,8	33.591
1976	4.799	12,7	20.113	7.338	12.775	33,9	3.222	8,5	15.997	42,4	15.450	41,0	1.484	4,0	37.731
1977	5.291	12,5	23.028	8.652	14.376	34,0	3.454	8,2	17.830	42,2	17.775	42,0	1.397	3,3	42.295
1978	5.479	12,5	24.003	8.789	15.214	34,8	3.326	7,6	18.540	42,4	18.111	41,5	1.538	3,5	43.669
1979	5.705	12,6	25.060	9.487	15.573	34,4	3.324	7,4	18.897	41,8	18.962	41,9	1.648	3,6	45.212
1980	5.804	11,3	27.090	6.441	20.649	40,3	870	1,7	21.519	42,0	22.249	43,4	1.727	3,4	51.299
1981	5.977	12,0	26.047	6.227	19.820	39,6	22	·	19.842	39,7	22.422	44,8	1.772	3,5	50.013
Index 1981 1970 = 100	222,8		242,8	143,8	309,8		239,3 3)		254,8		325,3		201,6		274,2

* in vH der gesamten Gemeindesteuern (Spalte 15)

1) ohne das Saarland
2) nach der Steuerverteilung; Abweichungen von den Spaltensummen entstehen durch Rundungen
3) Wegen Aufhebung der Lohnsummensteuer wurde hier der Index 1979 gewählt

Quelle: Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern, S. 9



Die Kosten aus dem Verkehr in den Ballungszentren tragen Städte und Gemeinden

Fortsetzung:

Brennpunkt Gewerbesteuer

teien. (So R. Schiller-Dick, S. 40) Viel eher ist eine grundlegende Überprüfung des kommunalen Steuersystems anzustreben, wozu der Beirat mit der Wertschöpfungssteuer einen Beitrag leisten will.

Kommunale Wertschöpfungssteuer als Ersatz der Gewerbesteuer

Seine Kritik an der Gewerbesteuer formuliert der Beirat folgendermaßen: „Das Ziel, den kommunalen Bedarf, der durch Handel und Gewerbe im weitesten Sinne verursacht wird, funktionsgerecht abzudecken, wird durch die Gewerbesteuer in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung unbefriedigend erreicht, weil wegen der hohen Freibeträge von ihr vorwiegend mittlere und größere Unternehmen getroffen werden. Außer den Kleinbetrieben bleiben auch jene Wirtschaftseinheiten unbesteuert, die nicht unter den engen Begriff des Gewerbes im Sinne des Gewerbesteuerrechts fallen. Dadurch wird nicht nur gegen das Prinzip des Interessenausgleichs verstoßen, sondern auch die Streuung des Steueraufkommens von Gemeinde zu Gemeinde in höchst unerwünschter Weise beeinflußt. So können das Gewerbesteueraufkommen und die Steuerbelastung zwischen Gemeinden mit gleichen Inlandsprodukten und gleichen Hebesätzen bei unterschiedlicher Struktur in den Betriebsgrößen und bei unterschiedlicher Relation der freien Berufe zu den Gewerbebetrieben erheblich differieren. Aber auch bei einer Gewerbesteuer, die hohe Freibeträge nicht kennen und hinsichtlich der Steuersubjekte weitergreifen würde, blieben diese Nachteile, wenn auch abgemildert, bestehen. Denn die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer hat ebenfalls eine unterschiedliche örtliche Streuung des Gewerbesteueraufkommens zur Folge und ist ein unzureichender Ansatz für eine Besteuerung, die am Prinzip des Interessenausgleichs orientiert sein soll." (Gutachten, S. 48)

Daher schlägt der Beirat die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Wertschöpfungssteuer vor, mit der der Kreis der Steuerpflichtigen erhöht und das Steueraufkommen breiter gestreut werden sollen. „Die Wertschöpfungssteuer sollte nach der additiven Methode (Summe aus Löhnen, Mieten, Zinsen und Gewinn, d. Verf.) berechnet und mit einem proportionalen Tarif ausgestaltet werden. Den Kommunen wäre dabei ein Hebesatzrecht einzuräumen, um der gewünschten kommunalen Einnahmeautonomie Rechnung zu tragen. Im Vergleich zur Gewerbesteuer beeinflußt die Wertschöpfungssteuer die Wettbewerbsverhältnisse in einem geringeren Maße; und sie trägt zu einer gleichmäßigeren Streuung des Aufkommens unter den Kommunen bei, die Standorte der Produktion sind. Eine Wertschöpfungssteuer kann um so günstiger beurteilt werden, je allgemeiner ihr Zugriff ist. Daher ist es angezeigt, den Kreis der Steuerpflichtigen umfassend zu bestimmen und ebenfalls die staatliche Wertschöpfung der Abgabe zu unterwerfen." (Gutachten, S. 38)

Die vom Beirat vorgeschlagene Ausdehnung der Zahl der Steuerpflichtigen setzt am Unternehmensbegriff des Umsatz(= Mehrwert-)steuergesetzes an. Neben den bisher schon steuerpflichtigen 1,842 Mio. Gewerbebetrieben im Sinne des GewStG sollen auch die sogenannten freien Berufe und andere Selbständige, die Land- und Wohnungswirtschaft und der Staat der Wertschöpfungssteuer unterliegen (Gutachten, S. 58 ff.) Während der Beirat auf quantitative Angaben völlig verzichtet, gibt Gobrecht einen Eindruck von den Ausmaßen einer solchen Änderung: „Nach dem Willen des Beirats sollen jedoch (neben den Gewerbebetrieben, d. Verf.) auch die 1242000 gewerbesteuerfreien Betriebe mit der Wertschöpfungssteuer belastet werden. Hinzu kommen 300000 Selbständigen-,Betriebe', 780000 landwirtschaftliche Betriebe, 11217000 Wohngebäude, 8500 Gemeinden sowie zahlreiche sonstige Gebietskörperschaften und andere öffentliche Institutionen. Insgesamt würde sich die Zahl der Steuergegenstände auf 14147500 erhöhen. Das ist das Dreiundzwanzigfache der heutigen Gewerbesteuer-Zahler." Selbst wenn – wie vom Beirat angeregt – zunächst auf Land- und Wohnungswirtschaft verzichtet und dafür die Grundsteuer beibehalten werden sollte, so blieben immer noch 2150500 Objekte zu besteuern.

Die *Bemessungsgrundlage* der vom Beirat vorgeschlagenen neuen Steuer soll die *Wertschöpfung* sein, worunter „der Beitrag einer Wirtschaftseinheit zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen anzusehen (ist). Wertschöpfungen ergeben sich sowohl bei der Herstellung als auch bei der Verteilung von Gütern. Mithin erbringen nicht nur Produktionsbetriebe im engeren Sinne eine Wertschöpfung, sondern auch andere Wirtschaftseinheiten, die Leistungen erstellen, wie z.B. die Handelsbetriebe. Die Wertschöpfung einer Volkswirtschaft umfaßt demnach alle Beträge von Wirtschaftseinheiten, die in das Nettosozialprodukt eingehen." (Gutachten, S. 57)

Diese Wertschöpfung kann nach der „subtraktiven Methode" dadurch ermittelt werden, daß vom Umsatz eines Unternehmens die von anderen Unternehmen bezogenen Vorleistungen abgezogen werden und die Veränderungen des Lagerbestandes, der Kapitalverschleiß (Abschreibungen) und die selbsterstellten Anlagen brücksichtigt werden. Der Beirat favorisiert jedoch die „additive Methode", bei der die Bemessungsgrundlage als Summe der bei der Produktion entstehenden Einkommen, also der Summe aus Löhnen, Mieten, Zinsen und Gewinn bestimmt wird. Der Gewinn ist bereits der Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gewerbeertrags. Anstelle der nach geltendem Recht hinzuzurechnenden Dauerschuldzinsen (s.o.) sollen bei der Wertschöpfungssteuer alle Zinsen erfaßt werden. Da auch alle Mieten erfaßt werden sollen, geht der Beirat über das GewStG hinaus, nach dem Miet- und Pachtzinsen mit nur 50% dem Gewinn hinzugerechnet werden müssen, wenn die oben erwähnten Voraussetzungen vorliegen. Zusätzlich sollen die Löhne erfaßt werden, wodurch – worauf Gobrecht zu Recht hinweist – die 1980 abgeschaffte Lohnsummensteuer in die Bemessungsgrundlage der Wertschöpfungssteuer eingeht:

Tabelle 3

Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und EG 1977 bis 1982

Jahr	Bund[1]	Länder[1]	Gemeinden (Gv)[2] insgesamt	Gemeinden (Gv)[2] darunter: kreisfreie Städte	EG	Insgesamt
	in Mrd. DM					
1977	144,00	104,13	42,11	17,45	7,86	299,44
1978	154,08	111,58	43,71	17,90	8,84	319,10
1979	166,15	121,28	44,99	18,12	10,14	342,82
1980	176,14	126,88	51,28	20,04	10,62	364,99
1981[5]	180,90	127,90	49,56	18,85	12,24	370,60
1982[5]	190,30	135,10	51,57	18,90	13,83	390,80
	Veränderung in v. H.					
1978	+ 7,0	+ 7,2	+ 3,8	+ 2,6	+ 12,5	+ 6,6
1979	+ 7,8	+ 8,7	+ 2,9	+ 1,2	+ 14,7	+ 7,4
1980	+ 6,0	+ 4,6	+ 14,0	+ 10,6	+ 4,7	+ 6,5
1981[5]	+ 2,7	+ 0,8	– 3,4	– 5,9	+ 15,3	+ 1,5
1982[5]	+ 5,2	+ 5,6	+ 4,1	+ 0,3	+ 13,0	+ 5,5
1977 bis 1982[5]	+ 32,2	+ 29,7	+ 22,5	+ 8,3	+ 76,0	+ 30,5
	Anteil an den Steuereinnahmen insgesamt in v. H.					
1977	48,1	34,8	14,1	5,8	2,6	100,0
1978	48,3	35,0	13,7	5,6	2,8	100,0
1979	48,5	35,4	13,1	5,3	3,0	100,0
1980	48,3	34,8	14,0	5,5	2,9	100,0
1981[5]	48,8	34,5	13,4	5,1	3,3	100,0
1982[5]	48,7	34,6	13,2	4,8	3,5	100,0

[5] Schätzungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen" vom 8./9.12.1981 bzw. des Deutschen Städtetages (für die kreisfreien Städte). – [1] Ergänzungszuweisungen beim Bund ab- bzw. bei den Ländern zugesetzt. – [2] Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten.

Eigene Schätzung und Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes und des BMF.

Quelle: Gemeindefinanzbericht 1982, S. 105

L. Fischer, der als Beiratsmitglied einen abweichenden Standpunkt vertritt und die vorgeschlagene neue Steuer als dramatische Belastung für viele Unternehmen ansieht, kritisiert die weitgehende Ertragsunabhängigkeit dieser Steuer und die durch sie zunehmende Komplizierung des Steuerrechts. Zwar würde insbesondere durch die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer die ertragsunabhängige Belastung gesenkt, durch die Einbeziehung von Löhnen, Mieten und Zinsen würde sie dagegen immens gesteigert. Dies gelte auch für die bisher Gewerbesteuerpflichtigen, „da die augenblickliche Belastung des Gewerbekapitals mit 0,6 bis 0,8 Prozent relativ niedrig ist und im Bereich der Gewerbeertragssteuer im wesentlichen nur die Dauerschuldzinsen und die Hälfte der Miet- und Pachtzinsen für die nicht in Grundbesitz bestehenden Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens als ertragunabhängige Komponenten zur Bemessungsgrundlage gehören."

Für die Beiratsmehrheit jedoch bewirken die ertragsunabhängigen Komponenten gerade eine Verstetigung des kommunalen Steueraufkommens und einen Vorteil gegenüber der bestehenden Gewerbesteuer, deren ertragsunabhägiger Teil, die Gewerbekapitalsteuer, wenig ins Gewicht fällt. (Gutachten, S. 77 ff.)

Der *Steuersatz* soll proportional sein und 2,5 bis 3% betragen, wobei die Höhe dadurch vorgegeben ist, daß mit der Wertschöpfungssteuer das Aufkommen der Gewerbesteuer ersetzt werden soll. (Die dann entfallende Gewerbesteuerumlage soll über den Finanzausgleich kompensiert werden.) Freibeträge soll es nur für Bagatellfälle geben, während den Gemeinden ein Hebesatzrecht eingeräumt werden soll.

Die Verteidigung des Status quo reicht nicht

Da der Beirat nicht in der Lage ist, quantitative Angaben über die Wirkung der neuen Steuer zu machen, fällt ein Vergleich mit der bestehenden Gewerbesteuer schwer. Er selbst geht von einem Plausibilitätsargument aus, nach dem die volkswirtschaftliche Wertschöpfung vorwiegend auf Unternehmen entfällt, die heute bereits der Gewerbesteuer unterliegen und sich von daher an der Verteilung des Steueraufkommens nichts Grundlegendes ändern wird. Allerdings sieht er durch die von ihm vorgeschlagene Bemessungsgrundlage eine Nivellierung der bestehenden Ungleichmäßigkeiten, die durch die Ausdehnung des Kreises der Steuerpflichtigen verstärkt wird. In der Betonung der ertragsunabhängigen Elemente in der Bemessungsgrundlage und in der Forderung nach Einbeziehung neuer wirtschaftlicher Bereiche liegt m.E. das Positive des Gutachtens. Es betont die Forderung der Kommunen nach Verstetigung des Steueraufkommens unter Beibehaltung der bisherigen finanziellen Autonomie. Daher lehnt der Beirat auch die Einbeziehung der Gemeinden in den Umsatzsteuerverbund oder ihre Beteiligung an der Besteuerung der Gewinne ab.



Kommunales Investitionsobjekt Kindergarten

Zugleich wendet sich der Beirat mit seinem Gutachten indirekt gegen den Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 14.7.1982, der die Gewerbesteuer schlicht mit der Umsatzsteuerschuld verrechnet wissen will, wodurch sich nach Angaben von Gobrecht je nach Hebesatzentwicklung Steuerausfälle zwischen 17,5 und 30 Mrd. DM ergeben würden, die der DIHT aus erneuten Mehrwertsteuererhöhungen zu finanzieren gedenkt. Doch: Die Verteidigung der bisherigen Form kommunaler Finanzautonomie reicht längst nicht aus, um dem Würgegriff zu entgehen, in dem sich die Gemeinden befinden. Indem der Beirat auf jede Ausdehnung der kommunalen Autonomie verzichtet, bleibt er im Rahmen der bestehenden politischen Verhältnisse und sein Vorschlag bietet keine Grundlage für eine dauerhafte Sicherung kommunaler Autonomie.

Meines Erachtens ist es notwendig, ein Vetorecht der Gemeinden zu erkämpfen gegen alle Gesetze, die ihre Steuereinnahmen betreffen. Erst mit einem solchen politischen Recht wäre dem Kapital die Möglichkeit entzogen, über Gesetzesänderungen des Bundes das Hebesatzrecht der Gemeinden zu unterlaufen. Zugleich ist jede *Verbundlösung abzulehnen*, mit denen die Abhängigkeit der Kommunen vom Zentralstaat verstärkt wird. Vielmehr sollten die Gemeinden neben der Besteuerung des Kapitals, für die ich die Wertschöpfungssteuer von ihrer Bemessungsgrundlage her für geeignet halte, das Recht zu einer eigenen Einkommensteuer erhalten. Sie muß von ihrem Aufkommen her den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ersetzen können, zugleich aber den Kommunen die Möglichkeit bieten, höhere Einkommen höher zu belasten. (Der Beirat macht dazu einige Ausführungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann). Dagegen ist jeder Versuch abzulehnen, auf kommunaler Ebene durch Einführung von Verbrauchssteuern die Belastung mit indirekten Steuern zu erhöhen oder Veränderungen der kommunalen Finanzlage durch Erhöhungen der staatlichen Mehrwertsteuer zu finanzieren.

Ziel muß es sein, durch erhöhte Finanzautonomie der Gemeinden die politische Unabhängigkeit zu gewinnen, ohne die die Struktur des Staates und der Produktion nicht verändert werden können. Damit dieses Bemühen nicht in der vom Kapital geschürten Konkurrenz der Gemeinden untereinander ertrinkt, sind einheitliche gesetzliche Bestimmungen notwendig.

Benutzte Literatur:

Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 331, Bonn 1982

H. Karrenberg/E. Münstermann, Gemeindefinanzbericht 1982 in: Der Städtetag 2/1982, S. 97-130

R. Schiller-Dick, Hochschrauben der Gewerbesteuer – ein Ausweg? in: Alternative Kommunalpolitik März/April 1982, S. 38-40

H. Gobrecht, wer die Dauerschulden streicht, gefährdet die Gewerbesteuer, in: Blick durch die Wirtschaft v. 28.10.1982

L. Fischer, Geradezu dramatische Belastungen für viele Unternehmen, in: Blick durch die Wirtschaft v. 9.9.1982

Kooperativbewegung in Belgien

Den folgenden Artikel entnahmen wir dem „Klenkes", der Aachener Stadtzeitung. Er informiert darüber, wie sich aus der Arbeitslosigkeit heraus in Belgien Kooperativen entwickelten und wie eine Bank gegründet wurde, die auf genossenschaftlicher Basis arbeitet.

Vor 3 Monaten besuchten ca. 20 arbeitslose Belgier aus Eupen den Klenkes, Druckerei und Redaktion. Männer und Frauen zwischen 20 und 50, Mitglieder der christlichen Gewerkschaft CSC, Facharbeiter, überwiegend angelernte Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich aus der Erfahrung einer gemeinsamen Betriebsbesetzung (Pleite der BEKA-Nadelfabrik in Eupen) zu einer festen Gruppe zusammengeschlossen haben. Sie waren auf Rundreise, um sich über selbstverwaltete Betriebe und Arbeitsloseninitiativen in Aachen und Düsseldorf zu informieren – mit dem Ziel, selbst etwas derart „Alternatives" anzufangen. Beim Gespräch mit dieser Gruppe erfuhren wir von der neuesten Errungenschaft der Bewegung der Arbeitslosenselbsthilfe in Belgien: der Gründung einer Genossenschaftsbank, genannt SAVE, im Juni dieses Jahres zur finanziellen Unterstützung der selbstverwalteten Betriebe und Selbsthilfeprojekte.

Auch im Hinblick auf die Netzwerkdiskussion in Aachen haben wir (Klenkes und Netzwerkmitarbeiter) uns in Eupen bei Eddy Klöcker, dem Bezirksvorsitzenden der CSP in Eupen und Vorstandsmitglied der Bank, und Josef Schumacher, Mitglied und Mitarbeiter bei der CSC und Mitbegründer der Lebensmittelgenossenschaft ALVA in Eupen, nochmal über die Bankgründung informiert.

•

Anfänge der Kooperativbewegung in Belgien

Die Ursprünge der Bankgründung sind in dem Kampf der belgischen Arbeiter und Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit und Krise zu suchen. Gerade die uns benachbarte Wallonie war bereits Anfang der 70er Jahre von wirtschaftlichen Krisen, Betriebsschließungen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit betroffen, wie wir sie erst in den letzten Jahren auch in Aachen und der gesamten Republik mit ihren 2,5 Mio. Arbeitslosen nächstes Jahr kennen. Mit einer Welle von Streiks, Betriebsbesetzungen und phantasievollen Aktionen wie Einsperren von Chefs, Blockieren von Autobahnen und Schienenwegen usw. versuchten die Arbeiter ihre Arbeitsplätze zu halten.

Aber es ging von Anfang an nicht um die bloße Absicherung von Arbeitsplätzen bzw. das Aushandeln günstiger Sozialpläne. Die erste Art der Selbsthilfe waren Übernahmen der von Konkurs bedrohten Betriebe in Selbstverwaltung.

So z.B. geschehen in Löwen im Fall einer privaten Reinigungsfirma. Als die Geschäftsführung 1975 von den Putzfrauen mehr Arbeit für weniger Geld forderte, riß denen wohl der Geduldsfaden. Im Rahmen von Streiks und Betriebsversammlungen übernahmen die Frauen ihre Firma in Eigenregie, schickten den Chefs förmliche Entlassungsschreiben und gründeten die Kooperative „Le Balai Libéré", „Der befreite Besen". Hatte der Betrieb 1975 sechzig Putzfrauen in Lohn, arbeiten mittlerweile bei der Kooperative neunzig Frauen.

1980 wurde die Stiftung André Oleffe gegründet, die sich zur Aufgabe setzte, aus den Mitteln der Stiftung Betriebe zu unterstützen, die nach genossenschaftlichen und demokratischen Prinzipien ohne Chefs arbeiten.

André Oleffe war Anfang der 50er Jahre belgischer Wirtschaftsminister und führendes Mitglied der CSC. Die Entstehungsgeschichte der Stiftung und ihres Namens geht zurück auf den Fall der Textilfabrik *Textile D'Ere* in Tournai 1974. Die Firma stand mit ihren 130 Beschäftigten vor dem Konkurs. Auf Betreiben des damaligen Wirtschaftsministers André Oleffe wurde dieser Konkurs nicht wie üblich abgewickelt, indem die hochmodernen Produktionsanlagen der Firmen und die Qualifikationen der Belegschaft sozusagen zu Schrott gemacht wurden. An die Belegschaft erging vielmehr das Angebot, in Eigenregie und finanziert von Staatsgeldern die Produktionsanlagen ein Jahr lang vor Verrottung zu bewahren. Das Experiment gelang. Heute arbeiten in diesem demokratisch geführten Betrieb 150 Beschäftigte. Daher also der Name der Stiftung.

Zum Gründungsdatum der Stiftung 1980 waren fünf Basisbetriebe – neben dem „Befreiten Besen" und der Textilfabrik noch eine Kiesgrube, ein Marmorwerk sowie die SOS-Selbsthilfe Eupen – angeschlossen. Heute sind es 22 Projekte, und es werden immer mehr.

Auf der Basis der Stiftung wurde im Mai die Genossenschaftsbank SAVE nach schwierigen Auseinandersetzungen mit der Bankengesetzgebung gegründet. SAVE heißt „Solidarité et soutien aux alternatives pour l'emploi et la qualité de la vie" – Solidarität und Unterstützung von Alternativwirtschaft und Lebensqualität. Die Bank finanziert sich zum einen aus den Überschüssen der angeschlossenen Betriebe und Projekte, durch Mitgliedsbeiträge (Anteilschein 1000 Bfr pro Person) und Spenden. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt bisher in der Wallonie.

Die Bank und die sie tragenden Projekte und Gruppen konzentrieren sich in jüngster Zeit auf die Unterstützung von Arbeitslosen-Selbsthilfen, d.h. auf Neugründungen. So ist Anfang des Jahres eine alternative Kfz-Werkstatt in Lüttich mit den Mitteln der Bank gegründet worden. Weiterhin eine Firma, die im Bereich der Wärmedämmung von Fenstern eine neue Technik entwickelt hat. Oder die Lebensmittelgenossenschaft ALVA in Eupen (Anders leben / Vie alternative). Oder die beabsichtigte Gründung eines Projektes Frauen helfen Frauen in Eupen …

Diese Ansätze einer Ausdehnung der Arbeitslosenselbsthilfe in den sozialen Bereich, die Aufnahme ökologischer Elemente in die Art zu produzieren und zu handeln und die Produktionszahl sind neu. Und diese Projekte haben Schwierigkeiten, sich gegenüber den Industrieprojekten als Alternative gegenüber Arbeitslosigkeit zu behaupten.

Bedeutung der Gewerkschaft

Für Eddy Klöcker von der CSC ist das Problem der Arbeitslosigkeit die entscheidende Herausforderung der Gewerkschaftsbewegung. Wenn die Gewerkschaften hier nicht neue Wege gehen, sich der Bewegung der Arbeitslosen anschließen und sie aktiv unterstützen, dann bedeutet das Tod der Gewerkschaft.

In der CSC läuft diese Auseinandersetzung seit Anfang der 70er Jahre. Der Widerstand gegen Arbeitslosigkeit und Krise, die ersten Betriebsbesetzungen und Projekte sind von gewerkschaftlich organisierten und geschulten Arbeitern getragen worden. Die Gewerkschaften sind durch diese Aktionen der Arbeitslosenbewegung schrittweise zu einer Öffnung gegenüber der Selbsthilfe-Bewegung gedrängt worden. Stiftung und Alternativbank sind heute eng mit den Gewerkschaften „vernetzt". Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Aufgaben der Gewerkschaft ist in vollem Gange: Verteidigung von Arbeitsplätzen, Schutz gegen Rationalisierung, Besitzstandswahrung auf der einen Seite – die Suche nach neuen Wegen aus der Krise, die Propagierung und Förderung von Selbsthilfe, die Bekämpfung von Angst, Resignation und Diskriminierung von Arbeitslosen auf der anderen Seiten. In dieser Frage verläuft heute eine regelrechte Fraktionierung durch die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften bis in die Funktionärsspitzen.

Aktuelle Forderungen der Stiftung André Oleffe an den belgischen Staat

- Auszahlung des Gegenwerts der jährlichen Arbeitslosenentschädigung als Startkapital für Arbeitslose, die sich ihren Arbeitsplatz selbst neu schaffen wollen (in Frankreich bereits üblich).
- Abschaffung der täglichen Stempelkontrollen für Arbeitslose.
- Keine Besteuerung von Abfindungen bei Entlassungen bzw. Betriebsschließungen, wenn die Arbeitnehmer die Prämie als Risikokapital oder Kredit neu investiert.
- Im Falle von Betriebsschließungen: Förderung der Wiederaufnahme der Produktion durch die Arbeiter bei Erfolgschancen.
- Einbeziehung der neuen Genossenschaftsbewegung in die staatliche Wirtschaftsförderung; Gründung eines staatlichen alternativen genossenschaftlichen Entwicklungsfonds.

Diese Forderungen machen deutlich, daß sich auch die Bank nicht begreift als bloßer Ersatz für staatliche Förderung, daß sich die Kooperativbewegung nicht „autonom" und isoliert neben Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einrichten will, sondern die Auseinandersetzung sucht.

Neue Wege

„Wir wollen uns über zweierlei im klaren werden:
1. Welche praktischen Alternativen gibt es für uns? In welchen Bereichen (Produktion, Dienstleistungen, Sozialbereich) können wir mit unseren Erfahrungen und Qualifikationen eigene Projekte aufbauen? Wie funktioniert das wirtschaftlich? usw.
2. Unsere bisherige Orientierung von Arbeitsplatzsicherung, von beruflichem und finanziellem Aufstieg und Ansehen sind zerbrochen! Wie weit sind wir bereit, unsere bisherigen Vorstellungen von Zusammenarbeit, Wohnen und Leben zu verändern?"

So begründete uns die Gruppe arbeitsloser belgischer Gewerkschafter ihre Informationsreisen zu selbstverwalteten Betrieben und Arbeitsloseninitiativen nach Aachen und Düsseldorf.

Neue Wege aus Krise und Arbeitslosigkeit: In Belgien ist eine Entwicklung im Gange, die die fatalen Trennungslinien zwischen Alternativbewegung und -kultur, Arbeitslosen und Gewerkschaften, wie wir sie hier kennen, zu überwinden versucht.

Die Perspektiven sind:
– Weitere Öffnung der Gewerkschaften für Arbeitslosenselbsthilfe sowie alternative Formen des Wirtschaftens *und* sozialen Lebens.
– Arbeitslosigkeit heißt nicht gesellschaftliche Abgrenzung; Überwindung von Angst und Resignation durch Selbsthilfe;
– Stärkung der Kooperativbewegung in aktiver Auseinandersetzung mit Staat und Wirtschaft, nicht neben Staat und Wirtschaft.

Weitere Informationen:
Arbeitslosenkreis C.S.C. Eupen
Neustraße 119, 47 Eupen
Tel.: 0032/87/555952

Konzern Agfa macht Profite – Werk München macht dicht

3200 Entlassungen in München / Perspektiven unklar

jüw.München. Die „zunehmende Verschärfung des Preiswettbewerbs und Standortnachteile" gab die Geschäftsleitung von Agfa als Grund für ihre Absicht an, das Werk München zu schließen: 3200 werden dabei arbeitslos. Das Zweigwerk in Coimbra, Portugal, mit 620 Beschäftigten soll ebenfalls geschlossen werden. Mit anderen Worten: Dem Bayer-Konzern, der hinter Agfa-Gevaert steht, sind die Löhne zu hoch. Weltweit macht Agfa Profite, ist im Plus – aber das Werk München hätte pro Tag eine Million Verlust gemacht, heißt es seitens der Geschäftsführung. Um die Gesamtproduktion nicht zu gefährden, sei die Schließung unumgänglich.

Die Versicherung, daß auch weiterhin Agfa-Kameras auf dem Markt zu haben seien werden, hilft den Betroffenen wenig. Sie bedeutet nur, die Produktion wird nicht eingestellt, aber in Billiglohn-Länder verlagert. Daß überhaupt bei Amateurkameras eine weltweite Überproduktion vorliegt und auch japanische, mit billigeren Löhnen, entwickelterer Automation und entsprechend geringeren Lohnstückkosten und größeren Preis- und Absatzvorteilen hergestellte Kameras auf Halde liegen, steht auf einem anderen Blatt. In der Diskussion um die Schließung des Werks München spielt es jedenfalls keine Rolle.

Die Empörung ist groß, die Hilflosigkeit auch. Ohnmächtige Wut zog sich durch die Äußerungen von interviewten Arbeitern und Arbeiterinnen. Und Enttäuschung. Das Werk hat eine große Stammbelegschaft, über 1500 sind länger als 25 Jahre beschäftigt. Nach Meinung des Betriebsrats ist das mit ein Grund für die Schließung. Bei so viel tarifvertraglich Unkündbaren habe die Geschäftsleitung Entlassungen kaum, eine Stillegung aber wohl als durchführbar angesehen.

Der Betriebsrat wurde mit den Plänen gleichsam überrumpelt. Früher, läßt er nun verlauten, habe man vergleichbare Krisen gemeinsam durchgestanden. Die Gewerkschaftsvertreter und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat stimmten gegen die Schließung. Es entstand ein Patt. Der Aufsichtsratsvorsitzende entschied es durch die ihm gesetzlich zustehende Zweitstimmen im Sinne der Geschäftsleitung. Anwendung des bestehenden Mitbestimmungsgesetzes.

Nun gibt es moralische Empörung über das „unsoziale" Verhalten der Konzernleitung (zumal die Bayer AG auch schon die Schließung von Metzeler in München auf dem Gewissen hat). Verständlich, aber das eiskalte Wasser der Berechnung spült im Kapitalismus nun einmal jede patriarchalische Beziehung zwischen Fabrikarbeitern und Fabrikbesitzern hinweg. Wichtiger ist, was soll jetzt geschehen?

Da herrscht Ratlosigkeit. An größere öffentliche Aktionen scheint, jedenfalls vorerst, nicht gedacht zu werden. Der Betriebsratsvorsitzende hatte die Belegschaft aufgefordert zur Betriebsversammlung am Dienstag in Begräbniskleidung zu kommen, um moralischen Druck auszuüben. Am Freitag, als die Sache bekannt wurde, gab es spontane Warnstreiks und eine Versammlung vor dem Werksgelände (siehe Bild). Aber Perspektiven, wie es weitergehen soll, und Vorschläge für weitere Aktionen wurden auf der Betriebsversammlung nicht vorgetragen. Der IG-Metall Kreisvorsitzende Wimmer appelliert an die Regierung: Oberbürgermeister Kiesel, CSU, und Wirtschaftsminister Jaumann, CSU, sollen helfen. Kiesel hat erklärt, er würde ja gern, aber man habe ihm bei der Firmenleitung gesagt, für Maßnahmen, die Schließung abzuwenden oder die Arbeitsplatzverluste einzudämmen, auch mit Hilfe der Stadt, sehe man keine Möglichkeit. Jetzt will er sich in die Verhandlungen um einen Sozialplan einschalten.



Wirtschaftsminister Jaumann äußerte in einem Bild-Zeitungsinterview, der Staat sei „unter bestimmten Voraussetzungen bereit, Finanzhilfen zu geben, um wenigstens einen Teil der Arbeitsplätze zu retten". Er stellt in Aussicht: „Investitionsdarlehen bis zu 50% der nötigen Sanierungsmittel oder 15% Staatszuschuß. Voraussetzung dafür ist aber ein vernünftiges Sanierungskonzept. Bevor wir einige Millionen Staatshilfe locker machen, muß die Zukunft des Unternehmens gesichert sein." (Bild München, 2.11.1982)

Also weitgehend ungewiß, was wird, und sehr wahrscheinlich, daß die Münchner Arbeitslosenzahl von 43700 bald auf die 48000 steigen wird. Oder die Aussicht, daß Agfa noch ein paar Steuergelder zugesteckt bekommt, vorerst weniger leute entläßt, ohne Garantie was später wird. Trotzdem scheint man sich in dieser Lage an Verhandlungen zu klammern, wie der Ertrinkende an den sprichwörtlichen Strohhalm.

Nun kann es die Agfa-Belegschaft auch nicht gerade ermutigen, wenn zu einer Solidaritätsdemonstration, zu der die Grünen aufrufen, vielleicht 100 Leute kommen. Abgesehen davon, ist auch da die Perspektive unklar: „Wenn wir fest zusammenstehen, müssen wir nicht stempeln gehen" – „Alle Räder stehen still, wenn die Agfa schließen will" – das drückt mehr Wünsche aus als Wirklichkeit. Und die von den Grünen propagierte Position, Selbstverwaltung, löst die konkreten und aktuellen Probleme gleichfalls nicht. Man kriegt ein krisenhaftes System sowieso nicht dadurch weg, daß der eine oder andere Betrieb in die Hände der Belegschaft übergeht. Will man aber so etwas, wäre zugleich zu klären, wo das nötige Geld fürs Weitermachen herkommen soll, etwa ob und wie die Kommune mit einem Hilfsprogramm einspringen könnte.

Abzuwarten bleibt, ob die Gewerkschaft, zumal nach den Demonstrationen gegen die Operation 83, noch etwas anderes zu sagen hat als die Forderung nach effektiver Mitbestimmung und den Appell an die Landesregierung.

Stuttgart/Hannover. Die Serie der DGB-Großdemonstrationen wurde letztes Wochenende weiter fortgesetzt. In Hannover folgten 30000 dem Aufruf, in Stuttgart fand die bisher größte Demonstration statt. 150000 sollen es nach Angaben des DGB gewesen sein. Die Redner griffen heftig, wie auch schon die am vorigen Wochenende die Beschlüsse und Pläne der neuen Bundesregierung an. Späth, der kurz zuvor mit Plänen aufgetreten war, für die Beschäftigten des öffentichen Dienstes das Urlaubsgeld zu kürzen und das Weihnachtsgeld gar zu halbieren, wurde besonders heftig angegangen und gegen solche Regierungspläne zur Verteidigung der Tarifautonomie aufgerufen. Der neugewählte DGB-Landesvorsitzende Pommerenke forderte: „Wir müssen Bestandteil der Friedensbewegung werden."





Französische Sozialisten regieren gegen die eigene Basis

Unterschiedliche Streikbeteiligung / Gewerkschaften ohne Konzept

cof. Zum ersten Mal seit dem Wahlsieg der Linken in Frankreich kam es letzte Woche zu umfangreicheren Streikbewegungen – nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Politik der Kaufkraftsenkung, wie die Gewerkschaften betonen. Der Schwerpunkt der Kämpfe und Demonstrationen liegt im öffentlichen Dienst und in der verstaatlichten Industrie. Der Grund: In den Bereichen der Gemeindeverwaltung und des öffentlichen Verkehrswesens schickt sich die sozialistisch-kommunistische Regierung an, ihre Lohnleitlinie von 10% in diesem und 8% im nächsten Jahr, was der angepeilten Inflationsrate entsprechen würde, noch zu unterbieten und so mit „gutem" Beispiel voranzugehen. 2% für die zwei Monate nach Ende des Lohnstops und eine einmalige Prämie von knapp 90 Mark lautete das Angebot in den Verkehrsbetrieben, das macht 8,1% insgesamt 1982. Für die Gewerkschaften geht es um die Glaubwürdigkeit. Haben sie in den vergangenen Monaten viel Verständnis für die Sparmaßnahmen im Sozialbereich gehabt und sich dem Lohn- und Preisstop unter der Bedingung, daß am Ende keine Reallohnsenkung herauskommen dürfe, nicht versagt, heißt es jetzt: Wir können nicht heute akzeptieren, was wir gestern (also unter den bürgerlichen Regierungen) verweigert hätten, egal welche Farbe die Regierung hat.

Dennoch fällt die sehr unterschiedliche Streikbeteiligung auf. Sie reichte beispielsweise von 5% bei der Bahn bis an die 70% bei Metro und S-Bahnen in Paris. Gestreikt wurde aber verhältnismäßig geschlossen in einigen Kaufhäusern. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. In der privaten Industrie wirkt der Druck der Arbeitslosigkeit natürlich viel stärker als im öffentlichen Dienst, wo die Regierung gerade im letzten Jahr neue Stellen geschaffen hat. Dier Verkäuferinnen der Supermärkte und Warenhäuser verdienen großenteils so um den Mindestlohn herum; der liegt seit dem 1. Juli bei knapp 1200 DM brutto und soll statt, wie versprochen zum 1. November, erst einen Monat später angehoben werden, und auch dann nur so geringfügig, daß statt der angekündigten realen Kaufkraftsteigerung von 4% höchstens 3% aufs Jahr gerechnet herauskommen. Bei den Verkehrsbetrieben spielt eine Rolle, welche der sechs Gewerkschaftsverbände – dazu kommen noch ständische Organisationen, die auch Verhandlungspartner sind – vorherrschend ist.

Doch wenn hiesige Wirtschaftsjournalisten nicht müde werden, mit unverhohlenem Neid für die relative Handlungsfreiheit der französischen Regierung in Sachen Sparprogramm festzustellen, früher – also unter „normalen" Verhältnissen – wäre die Antwort aus den Betrieben der Generalstreik gewesen, dann übersehen sie, was weder die französischen Arbeiter noch die Opposition vergessen: Maßnahmen, die vor und selbst während der Rückstellung der Reform wirksam geworden sind. Die Voraussetzungen, die der ehemalige Premier Barre in den Haushaltsberatungen als Grundlage einer „gesunden" Defizitbekämpfung wie für die Wiedergewinnung des Vertrauens der Wirtschaft genannt hat, mögen das verdeutlichen: 1. Abschaffung der Vermögenssteuer, 2. Stabilisierung und/oder Abbau der Sozialabgaben der Unternehmen, 3. Wiederherstellung der sozialpartnerschaftlichen Vertragsfreiheit, 4. Abkehr von der Politik der Arbeitszeitverkürzung – wobei in Punkt 3 nicht für die per Dekret eingeschränkte Tariffreiheit plädiert wird, sondern gegen staatliche Intervention, die die Arbeitszeitverkürzung, aber auch die relativ günstigen Abkommen in der Automobilindustrie zugunsten der ausländischen Bandarbeiter ermöglichte. Und Barre hätte eigentlich auch noch die Anhebung des Höchststeuersatzes auf 65% des Einkommens und anderes erwähnen können.

Sich damit zu begnügen und aus Einsicht in den Ernst der Lage nun einen Burgfrieden zu schließen, um das Kapital nicht allzusehr zu reizen, kann natürlich nicht Sache der Gewerkschaften sein. Das Problem ist nach wie vor, daß es keinerlei Anzeichen für ein gemeinsames Konzept der Gewerkschaften gibt, ja, daß sich die Bereitschaft zur Verteidigung der eigenen Interessen teilweise verschoben zu haben scheint: Wo früher CGT und CFDT zusammenfanden, herrschen Konkurrenz und eher moderate Töne gegenüber der Regierungspolitik, während sich die „Gemäßigte" von Force Ouvrièenre und Christen oft radikaler gebärden und ihren Einfluß – besonders F.O. – in manchen wichtigen Betrieben, wie z.B. Renault, auf Kosten der CGT ausdehnen können. Die Sache ist aber noch komplizierter. Lehnt die F.O. gemeinsam mit der CGT jeden Reallohnverlust entschieden ab, so ist sie absolut für die Beibehaltung der Lohnhierarchie in den Betrieben, wogegen wiederum die CFDT und, in begrenztem Maß, zumindest in den großen Automobilfarbriken, auch die CGT opponieren. Die Gewinne der F.O. sind somit zwieschlächtig.

Sehen wir uns die Lohnpolitik näher an. Die CGT warnt und droht: In Sachen Reallohn kann es 1982 keinen Kompromiß geben, zumal die Hälfte der Lohnabhängigen in der Privatindustrie Ende letzten Jahres weniger als 1600 Mark brutto verdiente. Die Beihilfen für die Unternehmen sind ebenso hoch, wenn nicht höher als unter der früheren Regierung. Wo bleibt das Geld? Die Erhöhung der Sozialleistungen kann in keinem Fall als Trostpflaster für einen Lohnverlust dienen. Wenn die Regierung an ihren Erklärungen hinsichtlich des Mindestlohns festhält, werden daraus Spannungen erwachsen, Konflikte, eine Entwicklung, deren Konsequenzen sich die Regierung offenbar nicht bewußt ist. Die CGT fordert eine Erhöhung des Mindestlohns um 110 DM.

Die CFDT sagt: Die Regierung spielt mit der Reallohnsenkung, aber sie sagt es nicht. Was wir hören, sind Ausflüchte. Sie ist zugleich die einzige Gewerkschaft, die für Ende 1983 eine lineare Lohnerhöhung für alle, die mehr als 2400 Mark brutto verdienen, nicht unbedingt für nötig hält. Für sie besteht der Hauptkonflikt mit Regierung und Kapitalisten darin, daß sie den Reallohn auf jeden Fall für Löhne bis zu 1450 Mark brutto gesichert wissen will. Ihre Reaktion: „Verhandlungen über das Verhältnis der Lohnstufen beginnen in der Metallindustrie, im Bau- und Textilgewerbe. Dort werden wir auf die Behauptung des Wirtschafts- und Finanzministers Delors antworten, daß eine zu starke Anhebung des Mindestlohns die Lohnskala nach oben treibe. Seit dem Mai 1981 wurde jede solche Anhebung durch die Senkung der Sozialabgaben der Kapitalisten kompensiert. Und schließlich zu behaupten, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt hänge mit dem Mindestlohn zusammen, ist einfach verdummend: Im Gaststätten- und Hotelgewerbe, auf dem Bau und im Einzelhandel finden sich die großen Bataillone der Mindestlöhner (ca. 1 Mio. der 14 Mio. Lohnabhängigen). Haben diese Bereiche irgendetwas mit den Exporten zu tun?"

Ansonsten ist wiederum die CGT die einzige Gewerkschaft, die mehr Kontrolle der Arbeiter über den Einsatz staatlicher Hilfen und auch in der Arbeitslosenversicherung verlangt.

All das soll verdeutlichen, daß es der französischen Gewerkschaftsbewegung nicht weniger als der unsrigen an einem politisch-gesellschaftlichen Gesamtprogramm mangelt und daß sie nicht zuletzt infolge des Machtwechsels, auf den sie offenbar überhaupt nicht vorbereitet war, in eine Krise geraten ist. Trotzdem kann man nicht einfach sagen: In der BRD hat die Arbeiterbewegung der Sozialdemokratie vertraut, in Zeiten der Krise ließ sich dann nichts mehr rausholen, und mangelnde gewerkschaftliche Entschlossenheit hat es der SPD erleichtert, der Reaktion den Weg zu bereiten – in Frankreich ist es nicht anders, nur daß es schneller geht.

In gewissem Sinn hat es die Arbeiterbewegung dort noch schwerer. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist viel geringer als hierzulande und sinkt stärker infolge der Arbeitslosigkeit einerseits und weil es die traditionellen Gewerkschaften nicht verstanden haben, auf die Umstrukturierung von Produktion und Dienstleistungssektor einheitlich zu reagieren. So drückt sich das, was in der BRD im Anwachsen solcher Gewerkschaften wie HBV oder in der relativen Linksorientierung der IG Druck seinen Niederschlag findet, in Frankreich viel krasser aus, denn verschiedene und gerade neue Schichten der Lohnabhängigen organisieren sich eben nicht – wenn überhaupt – entlang der Branche, sondern in einer anderen Richtungsgewerkschaft. Und diese sind wiederum nicht, was man dem Namen nach vielleicht annehmen könnte, mit der Politik dieser oder jener Richtung eng verbunden, sondern eher Basis der vielfarbigen „classe politique" und gleichzeitig viel stärker getrennt von ihr, als wir es kennen. Und ein Betonfacharbeiter wird dort, mal abgesehen von den Chancen der Kommunisten, nicht Ministerpräsident, vielmehr kennt sich die Politelite von eben den Eliteschulen. Das ist vielleicht banal, angedeutet werden soll nur, was es u.a. den beiden Seiten, der linken Regierung wie der gesellschaftlichen Bewegung, so schwer macht, sich in der gesellschaftlichen Aktion zu vereinigen. Eine solche Initiative wäre aber gerade nötig, soll es zu einer Offensive der Linken gegen die Rechte kommen

Markt der vertanen Chancen?

Anti-Spar-Markt in Köln

O.H.,Köln. Am Samstag, dem 30.10., strömten einige tausend Kölner zum Anti-Sparmarkt. Vorbereitet wurde er von einem breiten Bündnis, vor allem von Initiativen im sozialen Bereich sowie von einigen Gewerkschaftsgruppen, vor allem aus der GEW. Wer hinkam, konnte Sketsche sehen, Wurfspiele machen, Flugblätter lesen, Bücher und Broschüren kaufen, Glühwein und Kaffee trinken usw. Die meisten sahen auch ganz zufrieden aus.

War aber mehr hängen geblieben als ein paar schöne Stunden? Der Anti-Sparmarkt sollte – wie es Konsens war – darüber informieren, „welche Auswirkungen die Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich auf den Lebensbereich der meisten Familien haben" (Einladungsflugblatt). Er sollte klarmachen, daß zur Verfügung stehende Gelder in falsche Kanäle fließen (in Köln die geplanten technischen Rathäuser und das Protzmuseum Ludwig), im Bund in die Rüstungsindustrie und zu den Investitionshilfen (so das Einladungsflugblatt).

In den Vorbereitungen – bei denen Kräfte aus den autonomen Jugend- und Kulturzentren, aus der Ökologiebewegung und aus der autonomen Friedensbewegung fehlten – hatte sich mehrheitlich herausgestellt, daß man der Einsicht der Bevölkerung, daß Sparen nötig sei, mit konkreten Enthüllungen entgegentreten wollte. Es sollte zum zweiten klargemacht werden, daß einzelne Gruppen allein sich nicht ausreichend wehren können. Es sollte zum dritten das Bündnis mit den Gewerkschaften angestrebt werden. Zum vierten einigte sich die Mehrheit auf einen „Minimalkonsens", nämlich daß in der gegenwärtigen Situation gemeinsame Protestaktionen wichtiger seien als politische Grundsatzdiskussionen. Damit konnten die im Flugblatt hinter dem Minimalkonsens versteckten strategischen Grundsätze, daß Ursachen der Sparpolitik die Investitionen und die Rüstung seien, nicht mehr angegriffen werden.

Genau das aber war die Hauptschwäche des Anti-Sparmarktes. Die Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung zum Sparen kann eben nur durchkreuzt werden mit der Eröffnung einer *breiten Diskussion,* warum überhaupt gespart werden muß: Liegt es an den prestigesüchtigen Großprojekten, liegt es an den unfähigen Politikern, liegt es an der Rüstungsindustrie (wie etliche Initiativen in ihren Flugblättern schreiben), liegt es an den Steuergeschenken an die Unternehmer, oder liegt es an einer langandauernden Krise „unserer" kapitalistischen Wirtschaft, wo real weniger Werte produziert werden als dann auch der Staat weniger einnimmt? Je nach Antwort auf diese Fragen werden jeweils verschiedene Gegenkonzepte entworfen. Dadurch, daß der Anti-Sparmarkt sich dieser bereits eröffneten Diskussion entzog, blieb er auf der Ebene der bloßen Summierung von Enthüllungen über Spartätigkeit stehen. Sicher wird das Teile der Besucher betroffen gemacht haben, sicher haben auch einige Initiativen jetzt mehr Bereitschaft, weiter zusammenzuarbeiten. Aber Möglichkeiten sind verschenkt worden: Wegen der Bindung an den scheinbaren Minimalkonsens hatten viele autonome Kräfte, die gegen die Ausweitung von Sozialstaatstätigkeit lieber die Ausweitung von Selbstverwaltung setzen wollten, keine Chance und kein Interesse, mitzuziehen.

Auf der anderen Seite hatte sich schon während der Vorbereitungen herausgestellt, daß wegen des sogenannten Minimalkonsenses die großen Industriegewerkschaften über ihre Ortsvorstände nicht teilnahmen. Gerade aber die IG Metall hat mit ihrem Konzept von der 35-Stunden-Woche als ein Hauptmittel gegen die Krise (weil Arbeit anders, alternativ verteilt wird) ein interessantes Gesamtkonzept. Die Kölner ÖTV hatte die Teilnahme von ihren Gewerkschaftsgliederungen verboten wegen einseitiger Ausrichtung des Anti-Sparmarktes.

So erfreulich der Zusammenschluß von Sozial-Initiativen mit einzelnen Gewerkschaftsgruppen ist, so hat doch die Planung des Anti-Sparmarktes eine Verbindung zu breiten Teilen der Industriegewerkschaften verhindert. Im weiteren Aufbau der Anti-Spar-Front ist vielleicht weniger Angst vor „politischen Grundsatzdebatten" ganz hilfreich.

DGB-Jugend: „Teil der Friedensbewegung"

kvz. Nach Beschlüssen des DGB-Bundesjugendausschusses vom letzten Wochenende wird sich die DGB-Jugend an Ostern des nächsten Jahres an Initiativen, Aktionen und Demonstrationen in Sachen Frieden und Abrüstung beteiligen. Bei der Beschlußfassung war man sich einig, daß eine Situation wie zum 10. Oktober 1981 – als die DGB-Jugend nicht zur Demonstration aufrufen durfte – nicht wieder eintreten darf. Nun soll der DGB-Bundesvorstand eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen billigen. In dem jüngsten Beschluß des Bundesjugendausschusses wird darauf hingewiesen, „daß die Gewerkschaftsjugend kontinuierlicher und eigenständiger Teil der Friedensbewegung bleibt". Im weiteren wird betont, die Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen sei durch die gewerkschaftliche Beschlußlage gegeben. In diesem Sinn scheint es ausgeschlossen, daß man sich am „Ostermarsch Ruhr 83" beteiligen wird, da dessen Veranstalter den „Krefelder Appell" zur Leitlinie der Friedensbewegung erhoben haben. Der Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses betont demgegenüber erneut die Unterstützung der weltweiten Friedensbewegung, „auch und gerade in den Staaten des Warschauer Pakts und in der DDR". Gegenüber dem Vorjahresbeschluß wird noch deutlicher auf die Unterdrückung in Polen und Afghanistan eingegangen, ohne das die unterdrückerische Politik der USA in Mittel- und Lateinamerika unerwähnt bliebe. Die westeuropäischen Staaten werden wegen ihrer Unterstützung der Militärregierung in der Türkei angegriffen. Verurteilt werden die israelischen Angriffe auf den Libanon und dessen Besetzung.

„Sparlohn"-Modell der GTB

Keine Vorteile – viele Nachteile

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat auf ihrem Gewerkschaftstag grünes Licht für einen Investivlohn-Tarifvertrag gegeben. Vorher durfte ein Verriß in den WSI-Mitteilungen dazu nicht erscheinen. Darstellung des Modells, Einwände und Auszüge aus dem unterdrückten Artikel auf dieser Seite.

Von Gerd Heinemann

Der Schlüssel für die „Sparlohn"-Konzeption der Gewerkschaft Textil-Bekleidung – das gilt auch für andere „Investiv"-Lohnmodelle – ist die Überlegung: Die Krise wird zum großen Teil durch einen Mangel an Eigenkapital bzw. Risikokapital der bundesdeutschen Unternehmen verursacht; daraus ergibt sich, daß die notwendigen anstehenden enormen Investitionen gerade dadurch gefährdet sind; deshalb – so die Konsequenz – müssen die Eigenmittel der Unternehmen entscheidend gestärkt werden, was dann zukunftssichere Investitionen und daneben auch die zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit notwendigen Arbeitsplätze erwarten läßt.

Gemessen am internationalen Standard ist die Eigenkapitalbasis der westdeutschen Unternehmen knapp, vielleicht besonders in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Gegenwärtig gibt es jedoch keinen Kapitalmangel. Kapital wird zugunsten der Anlage auf dem Kreditmarkt von der produktiven Nutzung ferngehalten. 58% der Nettoprofite werden gegenwärtig nicht wieder investiert. Noch 1979 und 1980 hatte dieser Teil bei nur 48% gelegen. Wenn kein „Risikokapital" *angewendet* wird, liegt es nicht am absoluten Kapitalmangel. Die „Selbstfinanzierungsquote" der westdeutschen Investitionen lag in der Zeit von 1976-1980 bei 77,9%, nachdem sie seit Anfang der 60er Jahre konstant bei 70% gelegen hatte und damit sogar über den 75%, die sie in den 50er Jahren erreichte.

Wenn für die westdeutschen Unternehmen nicht allgemein von einem Kapitalmangel gesprochen werden kann, so mag diese Charakterisierung für Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie mit ihren kleinen und unterkapitalisierten (Familien-)Betrieben zutreffen. Ob dies eine Kapitalschöpfung via Sparlohn erfordert, soll später weiter geklärt werden.

Der letzte Teil der Überlegungskette: „mehr Investitionen sichern die Arbeitsplätze", ist zumindest zwiespältig. Investitionen, die es erlauben, preiswerter als die Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu produzieren, sichern den Absatz, den Kapitalisten den Profit und man kann annehmen, daß die Produktion, sofern auch mindestens der Durchschnittsprofit herausspringt, gehalten wird. Aber ob solche Investitionen die Arbeitsplätze in dieser Produktion sichern? Ganz einmal von den Arbeitsplätzen der Arbeiter abgesehen, die die so vom Weltmarkt verdrängten Waren hergestellt haben.

Die Zahlen der Textil- und Beklei-

Waren hergestellt haben.

Die Zahlen der Textil- und Bekleidungsindustrie, die der GTB-Vorstand in seinem letzten Geschäftsbericht aufführt, sprechen eigentlich eine andere Sprache. Die Produktivität pro Beschäftigtenstunde stieg, im Vergleich zur gesamten Industrie, sogar überproportional an.

Steigerung der Produktion pro Arbeiterstunde (in v.H.)

Zeitraum	Textil-Ind.	Ges.Ind.
1980 zu 1978	9,5	6,7
1980 zu 1970	101,3	69,8
1980 zu 1960	299,3	219,0
1980 zu 1950	728,3	481,4

Der Markt für die Waren wurden jedoch nicht ausgeweitet, also sank die Zahl der in der Textil- und Bekleidungsindustrie Beschäftigten. (Tabelle oben) Ein weiterer Investitionsschub wird diese Entwicklung eher noch verschärfen, als daß mit ihm die Arbeitsplätze sicherer würden.

Der erste Teil der Begründungskette: Kapitalmangel – zusätzliches Eigenkapital – Investitionen – Arbeitsplätze ist in der Allgemeinheit nicht richtig. Der letzte Teil ist durch die bisherige Entwicklung in der Textilindustrie in Frage gestellt. Es stellt sich also weiter die Frage, ob mittels „Sparlohn" zur Verfügung gestelltes Kapital zu mehr Investitionen führt? Dazu ist das „Sparlohn"-Modell der GTB zu untersuchen.

Beschäftigte in der Textil- und Bekleidungsindustrie (in % z. Vorjahr)

Jahr	Textil-Ind.	Bekleid.Ind.
1971	–3,9	– 2,0
1972	–4,7	0
1973	–5,0	– 3,4
1974	–9,0	–13,6
1975	–9,3	– 7,1
1976	–3,7	– 6,1
1977	–3,5	– 3,5
1978	–3,6	– 1,9
1979	–2,8	– 1,1
1980	–2,2	– 3,1

Das Sparlohn-Modell der GTB

Neben einer Barlohnerhöhung soll nach ihm auch ein Teil der Gesamtlohnerhöhung als verzinsbares „Arbeitnehmer-Darlehen" an den jeweiligen Betrieb fließen. Der individuelle Anteil der Beschäftigten je Betrieb soll gleich groß sein. Er ergibt sich aus dem vereinbarten Prozentsatz der Sparlohnerhöhung, bezogen auf die gesamte Bruttolohn und -gehaltssumme des Betriebs, geteilt durch die Summe der Beschäftigten, die mindestens 1 Jahr im Betrieb waren. Die Zinsen in Höhe des Diskontsatzes für dies AN-Darlehen würden jährlich ausgezahlt oder der Darlehenssumme zugeschlagen. Das Darlehen ist auf 10 Jahre festgelegt. Vorzeitige Auszahlung ist nur möglich bei Ausscheiden aus dem Betrieb, aber nicht bei Eigenkündigungen, die nicht mit Schließungen oder Teilstillegungen zusammenhängen. Für diese Fälle sollen rd. 20% der Gesamtsumme reserviert werden.

len rd. 20% der Gesamtsumme reserviert werden.

Die Darlehen sollen nach Art des Pensionssicherungsvereins (mit einer Umlage bei allen beteiligten Kapitalisten) gegen Zahlungsunfähigkeit der Betriebe gesichert werden. Die GTB rechnet hierfür mit 1,5 Promille der gesamten Bruttolohnsumme.

Die GTB rechnet damit, daß so Kapital bis zu 6% günstiger als auf dem normalen Kreditmarkt zur Verfügung steht.

Für diesen „Sparlohn" müßten die Kapitalisten Lohnsteuer abführen. Ergänzend will die GTB Gesetzesänderungen durchsetzen, daß entweder die Kapitalisten die Lohnsteuer erst bei Rückfluß des Darlehens nach 10 Jahren zahlen sollen oder eine – niedrige – Lohnsteuerpauschale (z.B. 25%). Beides würde die staatlichen Einnahmen erheblich mindern, zum Ausgleich, so die GTB, könne dann die Arbeitnehmersparzulage gesenkt werden.

Hatte der GTB-Vorsitzende Keller die generellen Einwände gegen das Sparlohn-Modell als „ideologische Widerstände" abgetan, so kommt die inkriminierte Untersuchung von C. Schäfer für die WSI-Mitteilungen zu einem überraschenden Ergebnis: In Mark und Pfennig springt kein Nutzen für die Kapitalisten heraus! Prompt verhinderte Keller das Erscheinen dieses Artikels in den WSI-Mitteilungen. Im folgenden die wesentlichen Einwände des rausgeworfenen Artikels gegen die Annahmen des GTB-Sparlohn-Konzepts.

Arbeitnehmer-Darlehen belasten Kapitalisten mehr als Verschuldung auf dem Kapitalmarkt

3.2 Überprüfung der Funktionsfähigkeit durch Modellrechnungen

(...) Vorteilsbestimmung setzt zunächst die Quantifizierung der zusätzlichen Liquidität voraus, die die Betriebe durch Arbeitnehmer-Darlehen erhalten. Da die Darlehensbeträge genauso gut auf den Geld- und Kapitalmärkten beschafft werden könnten, kann zusätzliche Liquidität im Vergleich zur Bankverschuldung nur durch geringere Kreditkosten für das Arbeitnehmer-Darlehen erzielt werden. Deshalb ist die Bestimmung der Zinsdifferenz zwischen Bank- und Arbeitnehmer-Verschuldung für letztere auch noch die Ermittlung der Kosten für die Sicherung gegen Insolvenzen erforderlich (...)

3.2.1 Bestimmung der Risikoprämie

Für die Bestimmungen einer realistischen Risikoprämie im Umlageverfahren kann die tatsächliche Zahl der in der Vergangenheit eingetretenen Insolvenzen im Textil- und Bekleidungsbereich, die Zahl der davon betroffenen Arbeitnehmer sowie die Höhe der jährlich modellhaft berechneten Darlehensbeträge herangezogen werden (vgl. auch Übersicht 2). (...)

Für die Textilindustrie im Jahr 1980 ist dann z.B. eine hypothetische Risikoumlage wie folgt zu berechnen. Die Anzahl der Insolvenzen (58) und die Anzahl der davon je Betrieb durchschnittlich betroffenen Arbeitnehmer (135) ergibt insgesamt 7830 Arbeitneh-

schnittlich betroffenen Arbeitnehmer (135) ergibt insgesamt 7830 Arbeitneh-

mer, deren Darlehensansprüche von 4030 DM pro Kopf gefährdet sind. Die in der Branche insgesamt abzusichernde Darlehenssumme von 31,6 Millionen DM (7830 x 4030) entspricht einem Anteil an der Bruttolohn- und -gehaltsumme 1980 von 4,2 Promille, die mit der Höhe der betrieblichen Risikoprämie gleichzusetzen und im Umlageverfahren von allen Betrieben an den Sicherungsfonds abzuführen ist. Nach diesem Schema läßt sich die Risikoprämie für jedes Jahr und jede Branche ohne weiteres bestimmen (vgl. die Ergebnisse in Übersicht 2, Spalte 5). Sie liegen alle wesentlich höher als die aus der GTB erwarteten 1,5 Promille. (...)

3.2.2 Bestimmung der Bankenmarge

Die Bestimmung der Bankenmarge als Differenz zwischen Diskontsatz bzw. Zinssatz des Arbeitnehmer-Darlehens und alternativer Bankverschuldung ist nicht so leicht wie die der Risikoprämie. (...) Zunächst ist festzuhalten, daß der Zinsvergleich am sinnvollsten ist zwischen Diskont und langfristigem Bankzinssatz. (...)

Der Kapitalmarktzins bewegt sich langfristig unter normalen Bedingungen um etwa 4 vH über dem Diskontsatz – und nicht um 7 vH, wie in der zweiten Modellrechnung der „Überlegungen" (Bezeichnung für den ausführlichen GTB-Vorschlag; Red.) unterstellt wird. So betrug der Diskontsatz 6 vH am 31.12.1979, der gemäß dem Tarifvertragsentwurf in den „Überlegungen" Stichtag wäre für die anschließende einjährige Verzinsung der bis dahin angesammelten Arbeitnehmer-Darlehen. Der Kapitalmarktzins war unter 9 vH, der Satz für Dreimonatsgeld war fast genauso hoch, und selbst der Zins für Kontokorrentkredite unter 1 Million DM war nur knapp über 10 vH.

3.2.3 Kompensation des Zinsvorteils durch Risikokosten

(...) Für die bis zum 31.12.1979 angesammelten Arbeitnehmer-Darlehen einschließlich vorangegangener Zinsverpflichtung in Höhe von 719,1 Millionen DM (vgl. Übersicht 1) müssen prinzipiell bis zum 31.12.1980 Zinsen gemäß dem am 31.12.1979 gültigen Diskont von 6 vH gezahlt werden. Wegen der zu erwartenden vorfristigen Darlehensauszahlung von 20 vH sind jedoch effektiv nur 90 vH dieses Betrages ein Jahr lang zu verzinsen, wenn sich die vorfristigen Auszahlungen gleichmäßig auf das Jahr verteilen. 6 vH Zinsen für 647,2 Millionen DM sind 38,8 Millionen DM. Zusammen mit den oben bereits berechneten Kosten für die Insolvenzsicherung von 31,6 Millionen DM ergeben sich in 1980 Gesamtkosten für das Arbeitnehmer-Darlehen in Höhe von 70,4 Millionen DM.

Die damit vergleichbaren Kosten bei alternativer Kreditbeschaffung auf dem Kapitalmarkt können nicht auch auf die 719,1 Millionen DM bezogen werden. Denn davon sind zunächst die 27,1 Millionen DM Zinsverpflichtungen abzuziehen, die für die Betriebe keine Liquidität darstellen. Weitere Liquidität geht im Laufe des Jahres 1980 durch die vorfristigen Darlehensauszahlungen einschließlich anteiliger Zinsen verloren, die, wie erwähnt, bei Gleichverteilung der vorfristigen Auszahlungen auf 10 vH von 719,1 Millionen DM veranschlagt werden kann. Als Liquidität steht den Betrieben demnach das ganze Jahr über nur ein Betrag von 620,1 Millionen DM (719,1 minus 27,1 minus 71,9) zur Verfügung. Dessen Bereitstellung durch den Kapitalmarkt würde bei einem Kapitalmarktzins von 10 vH (4 vH über dem Diskontsatz) 62,0 Millionen DM Zinsaufwand erfordern.

Diskontsatz) 62,0 Millionen DM Zinsaufwand erfordern.

Demnach ist der Aufwand für das Arbeitnehmer-Darlehen mit 70,4 Millionen DM um 8,4 Millionen DM höher als bei einer Kapitalmarktverschuldung. Dies entspricht einem Effektivzins, bezogen auf die 620,1 Millionen DM Liquidität, von 11,4 vH. Dabei sind anfallende Verwaltungskosten im Betrieb und für den Sicherungsfonds noch nicht berücksichtigt. Das heißt, allein die Risikoumlage frißt in der Regel den in den „Überlegungen" erhofften Zinsvorteil für die Unternehmen mehr als auf, so daß die Unternehmen durch die Arbeitnehmer-Darlehen mehr belastet werden als bei einer Verschuldung auf dem Kapitalmarkt. Deshalb steht auch auf keinen Fall der vermutete Spielraum für höhere Sparlohn- als Barlohnerhöhung zur Verfügung. (...)

Soweit C. Schäfer in seinem Aufsatz

Auf dieser Basis wird selbst eine Lohnsteuerpauschalierung auf 25% noch keine zusätzliche Liquidität bringen, da ohnehin die Mehrzahl der Einkommen in der Textil- und Bekleidungsindustrie diese Steuerquote nur wenig übersteigt. Nur, wenn eine *völlige Steuerbefreiung* für den Sparlohn erreicht würde, werde sich dies erst als „Liquidationsgewinn" für die Betriebe niederschlagen, berechnet das WSI. 1980 würde dies 0,5% der Jahresbruttolohn- und -gehaltssumme oder 39 Mio. DM ausgemacht haben, oder auf den Betrieb gerechnet, eine zusätzliche Liquidität von 17434 DM erbracht haben. Daß mit solchen Beträgen weder Arbeitsplätze geschaffen, noch Konkurse abgehalten werden können ist auch einsichtig.

Keine Vorteile aber viele Nachteile

Während das GTB-Sparlohn-Modell das selbstgesteckte Ziel, billiges Eigenkapital für den eigenen Kapitalisten zu schaffen, nicht erreicht, hat es für die Lohnabhängigen andererseits doch Wirkungen.

Die Modellrechnung der GTB geht von einem Sparlohnanteil von 2% jährlich aus. Kann ein solcher Abschlag gerade heute, wo der Reallohn ohnehin schon seit mehreren Jahren nicht gehalten werden konnte, hingenommen werden? Angenommen, 10 Jahre mit einem 2%-Sparlohnanteil, dann würde sich die Barlohnentwicklung in dieser Branche um fast 20% gegenüber den Lohnabhängigen im durchschnitt der gesamten Industrie verschlechtern; bei 1%-Sparlohn wäre der Abstand zwar „nur" rd. 10%, aber auch das Kapital für die Kapitalisten nur halb so groß.

Selbst für die Beschäftigten, die sich einen Sparanteil in dieser Höhe erlauben können, hätte dieses Zwangssparen Nachteile, denn es gibt eine Reihe von Anlagearten mit höheren Zinssätzen, als dem „Diskontsatz".

Der Kapitalist hat die Verfügung über das Kapital, das ihm der Arbeiter zwangsweise zur Verfügung stellen muß. Selbst die Flucht aus diesem Verhältnis durch Kündigung ist ihm erschwert, weil er das bis dato einbezahlte AN-Darlehen bis zum Ablauf der 10 Jahre dem bisherigen Kapitalisten zur Verfügung stehen lassen muß.

B. Keller begründete diese Sparlohnkonzeption auf dem Gewerkschaftstag: „Zwischen Flensburg und Konstanz haben immer häufiger Betriebsräte aus Angst um den Erhalt der Arbeitsplätze Regelungen vereinbart, die den Unternehmen einen Teil des Lohnzuwachses als Darlehen überlassen – bisher völlig ungesichert. Solche Vereinbarungen müssen aber abgesichert werden." In der Debatte dienten gerade solche Erpressungen beiden Seiten

einbarungen müssen aber abgesichert werden." In der Debatte dienten gerade solche Erpressungen beiden Seiten

als Argument: ein Betriebsrat berichtet, daß sie ihren Betrieb damit „gerettet" hätten, ein anderer, daß nun ihre Lohngelder auch mit „futsch" seien. Mit 121:78 Stimmen setzte der Hauptvorstand die Sparlohn-Konzeption durch, allerdings mit zwei Ergänzungen, die von Beobachtern als „Begräbnis 1. Klasse" interpretiert wurden: nur die bezirklichen Tarifkommissionen dürfen die Einbeziehung dieses Modells in den Forderungskatalog einer Tarifrunde fordern und wenn eine solche Forderung überbezirklich koordiniert werden soll, ist eine ⅔-Mehrheit im Beirat und Hauptvorstand erforderlich.

Tot sind solche Formen „betrieblicher Vermögensbildung" nicht; nachdem die CDU-Regierung Niedersachsen bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hat, kündigte der Staatssekretär im Finanzministerium Häfele vor dem „Forum der deutschen Aktie" einen entsprechenden Gesetzesentwurf noch vor dem 6. März an.

Übersicht 1

Modellrechnung zum Arbeitnehmer-Darlehen in der Textil- und Bekleidungsindustrie[1]

Jahr[2]	1 Jährlicher Darlehensbetrag (Sparlohn)[3] in Mill. DM		2 Angesammelte Darlehen[4] in Mill. DM		3 Zinsguthaben[5] in Mill. DM		4 Angesammelte Darlehen pro Arbeitnehmer (einschließlich Zinsen)[6] in DM	
	Textil	Bekleidung	Textil	Bekleidung	Textil	Bekleidung	Textil	Bekleidung
1970	114	69	114.0	69.0	—	—	230	179
1971	122	75	213.2	130.2	4.6	2.8	495	386
1972	128	83	302.2	189.4	8.7	5.3	795	620
1973	137	88	385.7	243.8	12,4	7.8	1 141	883
1974	137	85	455.5	286.3	15.9	10.1	1 530	1 186
1975	134	87	511,1	324.1	18.9	11.9	1 959	1 525
1976	139	88	563.0	356.8	21.2	13.4	2 425	1 895
1977	142	91	609.4	387.2	23.4	14.8	2 924	2 295
1978	146	94	652.2	415.6	25.3	16.1	3 460	2 719
1979	150	98	692.0	443.4	27.1	17.3	4 030	3 168
1980	156	101	731.3	469.6	28.8	18,4	4 638	3 648

1) Hier sind nur die wichtigsten Daten dieser Modellrechnung wiedergegeben, so daß die Spalten 2—4 nicht ohne weiteres voneinander ableitbar sind. — 2) Jeweils 31. 12., zu dem die Darlehens-Leistungen durch den Arbeitgeber fällig sind. — 3) 2 vH der tatsächlichen Bruttolohn- und -gehaltsumme gemäß amtlicher Statistik. — 4) Es wird angenommen, daß von den bis zum 31. 12. des Vorjahres angesammelten Darlehen 20 vH (einschließlich darauf entfallender Zinsen) vorfristig im Lauf des Folgejahres von den Arbeitnehmern aus den im Tarifvertragsentwurf genannten Gründen abgerufen werden. — 5) Es wird ein konstanter Zinssatz von 4 vH jährlich unterstellt. Die Zinsen sind erstmals am 31. 12. 1971 auf die erstmals am 31. 12. 1970 fälligen Darlehen zu berechnen. — 6) Grundlage für die pro Kopf-Berechnung ist die tatsächliche Beschäftigtenzahl beider Branchen laut amtlicher Statistik.

Übersicht 2

Kennziffern des Textil- und Bekleidungsgewerbes 1970—1982

Jahr	1 Insolvenzen[1]		2 Betriebe[2]		3 Beschäftigte in Betrieben		4 Risikoumlage für Insolvenzen[1; 3]	
	Textil	Bekleidung	Textil	Bekleidung	Textil	Bekleidung	Textil	Bekleidung
1970	132		3 615	5 207	496 592	384 589	—	—
1971	106		—	—	477 439	376 774	—	—
1972	100		—	—	455 031	376 648	—	—
1973	167		—	—	432 221	363 841	—	—
1974	188		—	—	393 350	314 278	—	—
1975	80	145	—	—	356 826	291 832	2.5	3.0
1976	62	104	2 414	3 589	343 575	274 056	2.4	2.7
1977	75	144	2 379	3 468	331 719	264 567	3.5	4.5
1978	44	119	2 379	3 365	319 697	259 529	2,4	4.3
1979	41	95	2 309	3 295	310 571	256 734	2.6	3.9
1980	58	123	2 237	3 193	303 879	248 776	4,1	5.8
1981	63	161	2 129	3 010	279 049	227 989	5,2	9.0
1982[4]	—	—	2 055	2 879	266 701	216 293	—	—

1) Für die Jahre vor 1975 enthält die Insolvenzstatistik keine Trennung von Textil- und Bekleidungsgewerbe; außerdem sind in den zusammenfassenden Angaben auch die Insolvenzfälle der Polsterei und ähnlicher Gewerbe enthalten. Deshalb wird für diesen Zeitraum keine Risikoumlage berechnet. — 2) In der ab 1976 gültigen Systematik der Wirtschaftsbereiche liegen für die Zeit vor 1976 keine rückgerechneten Angaben vor; die Angabe für 1970 beruht auf der alten Systematik. — 3) Hypothetische Risikoprämie für die in Übersicht 1, Spalte 4, ausgewiesenen Arbeitnehmer-Darlehen pro Kopf des Vorjahres, multipliziert mit der Zahl der Insolvenzen und der langfristig relativ konstanten durchschnittlichen Belegschaftsstärke pro Betrieb (135 im Textil-, 75 im Bekleidungsgewerbe), ausgedrückt in Promille der jeweiligen Bruttolohn- und -gehaltsumme. Es werden die pro Kopf-Darlehen des Vorjahres gewählt, weil die Darlehnsansprüche laut Tarifvertragsentwurf aus der GTB jeweils am 31. 12. fällig sind und erst danach, also im Folgejahr, gesichert werden müssen. — 4) Stand März 1982.



„Die Weiße Rose“ – Widerstand im Film:

Weiße Rose – Rote Kapelle

Gleich nach 1945 erfuhr die Öffentlichkeit von den Münchner Studenten, die ihre antifaschistischen Flugblätter selbst als „Blätter der weißen Rose“ gekennzeichnet hatten. Heute tragen Plätze, Straßen, Schulen die Namen der Geschwister Scholl.

Von der „Roten Kapelle“ hörte man viel später. Diese weitverzweigte Organisation, die ebenfalls Flugschriften herausbrachte, daneben aber durch Funkkontakt mit der Sowjetunion Informationen über Truppenverschiebungen und Ausrüstung ins Ausland lieferte, fand bei uns geringe Anerkennung. Oft wurde ihr nachträglich ihr Verhalten als Landesverrat angekreidet, um einen Gegensatz herauszuarbeiten zum Attentat der Offiziere des 20. Juli. Landesverrat galt vielen noch lange nach dem Krieg als schimpflich, Hochverrat unter den gegebenen Umständen als ehrenhaft.

So kam es, daß im allgemeinen Bewußtsein „Weiße Rose“ und „Rote Kapelle“ als entgegengesetzte Alternativen politischen Handelns erschienen. Hier galt es die reine, wenn auch folgenlose Tat jugendlicher Idealisten zu feiern – dort auf das Bedenkliche der Zusammenarbeit mit Kommunisten und der Sowjetunion hinzuweisen.

Es ist nun vor ein paar Wochen ein Film von Michael Verhoeven und Mario Krebs über die „Weiße Rose“ angelaufen. Dieselben haben ein Buch herausgegeben (Die weiße Rose. Der Widerstand Münchner Studenten gegen Hitler. Fischer 3578, DM 10,80) Zugleich ist erschienen von R. Hanser: Deutschland zuliebe! Leben und Sterben der Geschwister Scholl, dtv 10040, DM 12,80 (Amerik. Originalausgabe: A noble treason. 1979).

Der Film und beide Bücher heben nun gerade die Verbindung beider Widerstandsbewegungen hervor. Über Falk Harnack, Bruder des hingerichteten Mitglieds der Roten Kapelle Arvid Harnack, wurde ein Kontakt zwischen beiden Organisationen möglich. Darüberhinaus finden sich aber auch Berührungspunkte in den gewählten Methoden der Organisierung und des Kampfes.

Damit ist eine künstliche Trennmauer gefallen. Der Film und die beiden Bücher erlauben den Versuch, eine neue Einschätzung der politischen Arbeit der Weißen Rose zu unternehmen.

Der Film – mehr als Illustration bekannter Ereignisse?

Michael Verhoeven spricht im Buch zum Film selbst von den Schwierigkeiten des Projekts, mit dem er sich seit 1968 beschäftigt hat. Immer wieder stieß der Regisseur bei seinen Nachforschungen auf die vorangegangene heroisierende und idealisierende Darstellung der Geschwister Scholl. Sie waren zu Marmorstatuen geworden. Ließ sich da überhaupt noch ein realistisches Bild der Bewegung in München gewinnen?

Die Darstellung des Idealisten sollte selbst nicht idealisieren. Verhoeven kam es darauf an, auch den Gegnern der Weißen Rose das Monumentale zu nehmen. Er sieht im schweigenden Einverständnis vieler Menschen mit dem System das eigentliche Problem. Innerhalb einer Menge von Stumpfen, Gleichgültigen, Halbüberzeugten soll sich die Studentengruppe bewegen. Dieses Klima mürrischer Gleichgültigkeit – „Die Regierung wird schon wissen, was sie tut!“ – sollte dem Zuschauer von heute erlauben, Vergleiche mit seiner, unserer eigenen Gegenwart anzustellen.

Deshalb verzichtete Verhoeven fast völlig auf Darstellungen des Terrors im Dritten Reich (selbst eine Massenexekution in Rußland wird eher angedeutet). Die Gestapobeamten werden als ungeschickte Durchschnittsstaatsdiener vorgeführt, ganz ohne persönliche Grausamkeit. Die Schwerfälligkeit, mit der damals – noch vor Rasterfahndung und Schreibmaschinenregistrierung – nach dem Urheber eines Flugblatts gefahndet wurde, erfüllt den heutigen Zuschauer mit dem Gefühl nachsichtiger Überlegenheit.

Dem Zeitablauf nach, ohne große formale Experimente, beginnt der Regisseur seine Erzählung von dem Augenblick an, da Sophie Scholl im Wintersemester 1942 in München ankommt, um mit ihrem älteren Bruder Hans zusammen Medizin zu studieren. Die Etappen des Erkenntnisprozesses
Die Etappen des Erkenntnisprozesses
der Schwester zeichnet der Film nach, die schließlich entdeckt, daß ihr eigener Bruder Verfasser der in der Universität kursierenden Flugblätter ist, dann das Drängen Sophies nach Teilhabe an dem gefährlichen Unternehmen. Der Kreis der Verbreiter und Mitverschworenen dehnt sich aus. Durch Fronteinsätze der Männer im Osten (die immer wieder Studienurlaub erhalten) und durch die Dienstverpflichtung Sophies in einer Munitionsfabrik weitet sich der Blick über das Studentenmilieu hinaus. Es kommt Verhoeven darauf an, die Studenten Erfahrungen machen zu lassen, sie mit gewöhnlichen Menschen zusammenzubringen. Das weitentfernte Geschehen soll uns nähertreten. Ist dem Regisseur diese Arbeit gelungen?

Mir persönlich schienen die Hauptpersonen fern und nah zugleich. Fern durch die Ausdrucksweise, die strahlende Entschiedenheit, die klaren Augen, die helle Stirn ... Nah, denn der Typus beherrschte als Ideal die Vorstellungen noch lange nach dem Krieg, denen wir uns verpflichtet wissen sollten. Vom frühen Existenzialismus unterstützt, fühlten wir Gymnasiasten von 1950 oder Studenten von 1955 uns

Lernende Idealisten

aufgefordert, „die Stirn zu bieten“, „Zeugnis abzulegen“, „aufrecht zur Grube zu fahren“ – so lang nach dem Krieg, als die Gelegenheit zu alledem ungefährlich ferngerückt war.

Drückend legte sich das Ideal über unser Leben, und es war eine lange, vielleicht noch nicht zu Ende getane Arbeit, bis zu der Erkenntnis zu gelangen, daß es diese leuchtenden Konstellationen vom reinen Herzen und der bösen Welt so gar nicht gibt. Geltungssucht, Schwäche, Müdigkeit verwischen den reinen Umriß auch der vorbildlichsten Gestalt.

Es bleibt ein Verdienst des Films, diese Arbeit noch einmal zu unternehmen. Wir sehen Professor Huber nicht nur als Bekenner vor seinen Studenten, sondern auch als rechthaberischen Fa-
sondern auch als rechthaberischen Fa-
milientyrann, der seine kleine Tochter wegen eines falschen Griffs vom Klavier verjagt. Kurz vor dem Ende erblicken wir Hans Scholl kaputt, erschöpft, von nervösen Weinkrämpfen geschüttelt.

Daß die Studenten als Idealisten (im umgangssprachlichen Sinn des Worts) beginnen, arbeitet der Film gut heraus. Der eigene Wille zum Guten bestimmt in seiner Unbedingtheit ihr Handeln. Die Berufung auf ihn genügt den Studenten. Sie versuchen nicht, eine reale Tendenz der Massen zur Auflehnung zu erforschen, auf welche sie sich in ihrer Arbeit stützen könnten. Daraus resultiert dann freilich auch die Unbeweglichkeit im Taktischen.

Schwer tut sich der Film, den Idealismus (im philosophischen Wortverstand) vorzuführen, der alle Flugschriften durchzieht. (Diese sind dankenswerterweise sämtlich im Anhang des Buchs von Hanser zu finden.)

Ausdrücklich berufen sich die Schriften auf Kant in Schillers Rezeption, auf Goethe, auf Laotse. Im ersten Flugblatt wird den Massen vorgeworfen, daß sie Massen seien und nicht starke Individuen: sie sollten das Geschick ergreifen, sich nicht von ihm schleifen lassen. Als besonderes Verbrechen der Nazis wird hervorgehoben, daß sie die Jugend des gesamten polnischen Adels ausgerottet hätten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß gerade diese Hervorhebung geeignet war, den damaligen Lesern die Leiden des ganzen polnischen Volkes vor Augen zu führen.

Rührend, erschreckend und in seiner Starre doch wieder bewundernswert endet der historische Professor Huber sein Schlußwort vor dem Volksgerichtshof: „Sie haben mir den Rang und die Rechte des Hochschulprofessors genommen ... und mich dem niedrigsten Verbrecher gleichgestellt ... Ich habe gehandelt, wie ich aus meiner inneren Stimme heraus handeln mußte. Ich nehme die Folgen auf mich nach dem schönen Wort Johann Gottlieb Fichtes:

> Und handeln sollst du so,
> als hing von dir und deinem Wort allein
> das Schicksal ab der deutschen Dinge
> und die Verantwortung wäre dein.“
> *(zit.n.Killy / Dt. Lesebuch IV)*

Diese Seite entzieht sich weitgehend filmischer Darstellung. Der Film schildert damit den Lernprozeß eindeutiger,als er sich wohl abgespielt haben kann in dem knappen Zeitraum von Juni 1942 bis Frühjahr 43. Das Brüchige zwischen Denken und Handeln glättet sich dadurch zu sehr.

Daß es aber ein Hintasten gegeben haben muß, heraus aus der innerlichen Gewißheit des Herzens hin zur Erforschung der äußeren Realität, das führt der Film in vielen kurzen Auseinandersetzungen zwischen den Studenten vor.

Immer wieder lehnt sich einer auf, wenn es um Aufrufe zur Fabriksabotage geht – oder um Waffenbeschaffung – oder um Kontakt mit Kommunisten. Immer wieder führt einer das Prinzip ins Feld in seiner Heiligkeit und Unantastbarkeit: aber gerade an solchen Weigerungen von einzelnen, an ihrem zeitweiligen Zurückbleiben wird das Fortschreiten der ganzen Gruppe erkennbar. Nach überallhin erstreckt dieser unterirdisch Suchende Wurzelfäden aus; jeder neue Kontakt erzwingt eine Selbstkorrektur.
erzwingt eine Selbstkorrektur.

Verhoeven gibt uns durch den ganzen Ablauf des Films zu verstehen, daß der Idealismus der Scholls und ihrer Freunde – paradox gesagt – ,ein Materialismus war, der sich selbst noch nicht kannte. Das meint: die Studenten konnten sich des Ganzen der Politik nur in Gedanken bemächtigen. Davon mußten sie ausgehen. Aber in den abstraktesten Überlegungen des Professors Huber wühlt und bohrt doch auch die Sorge um seine Arbeitsmöglichkeit, ganz materiell verstanden. Man kann nicht sinnvoll über Leibniz reden, wenn 20 Meter weiter – außerhalb der Mauern der Universität, ein Schluß von der Ursache auf die Folge, auf den Krieg bezogen, ein Staatsverbrechen darstellt. Auch die Denker müssen sich darum kümmern, wo ihre Gedanken sonst noch vorkommen und wer sie überhaupt aufnehmen kann.

Ebenso spricht sich in den Flugblättern der Studenten nach Stalingrad die Angst aus um den realen Fortbestand des Volkes, um seine Überlebensmöglichkeiten. Das ist ein ganz materielles Problem.

Das Buch als Ergänzung

Vor allem trägt Verhoevens Buch zum Film weitere Daten dieser Entwicklung nach. Fast ausnahmslos stammen alle Verschworenen aus der Jugendbewegung, vor allem der christlich geprägten. Insofern stehn sie von Anfang an in Konkurrenz zur Hitlerjugend. Während aber die Nazijugendorganisation den überlieferten Idealismus nur zur Abkapselung benutzte, zur Rechtfertigung von Herrschaft, stoßen die Mitglieder der unterdrückten Jugendgruppen schon vor dem Krieg immer wieder auf den Widerspruch von Ideal und Wirklichkeit. Das zwingt sie, aus ihrem Gehäuse auszubrechen, einzelne Lernschritte zu unternehmen. Durch die Erfahrungen, wie brüchig die offizielle Ideologie war, finden sie die Kraft, das gewohnte Denkschema zu erschüttern, ohne daß sie ihre idealistische Grundhaltung gleich ganz aufgeben könnten oder wollten.

Die einzelnen Gruppen des deutschen Widerstands haben nie zu einer großen Bewegung zusammenfinden können. Die Übermacht des Feindes, aber auch die jeweiligen inneren Vorbehalte waren zu stark. Das Buch Verhoevens, als Ergänzung zum Film, erlaubt immerhin, die Möglichkeit eines solchen Zusammenschlusses zu denken. Wurden die Mitglieder z.B. der Roten Kapelle und der Weißen Rose auf dem Weg dahin auch vorzeitig gefällt, es bleibt doch als Ergebnis: auch so entfernte Positionen hätten sich vereinigen lassen. Als Aufgabe und Möglichkeit bleibt das bestehen.

In seinen letzten Überlegungen im Buch nimmt Verhoeven seine Einsicht in den notwendigen Lernprozeß allerdings wieder zurück, wenn er schreibt, die Bedeutung der Weißen Rose liege für uns heute darin, „daß sie nicht gefragt haben nach dem Lohn der Angst, nach dem münzbaren Erfolg ihrer Arbeit, sondern daß ihr Handeln einzig bestimmt war von ihrem Gewissen, von der inneren Notwendigkeit“ (S. 208).

Politik *muß* nach dem Erfolg fragen, wenn sie mehr sein will als bloße
gen, wenn sie mehr sein will als bloße
Selbstbestätigung. Sonst bleibt jeder im eigenen Häuschen sitzen. In diesem Punkt erweist sich die reale Bildfolge des Films der Deklamation des Regisseurs überlegen. Idealismus als Ausgangspunkt eines Lernprozesses ist für viele wahrscheinlich unvermeidlich. Als Zielpunkt wird er zur Falle. *F.G.*

P.S.: Das Buch von Hanser ist eins der fleißig hergestellten Werke vor allem amerikanischer Journalisten, die zunächst in gewissenhaften Recherchen alle Fakten säuberlich herauspräparieren, um sie dann wieder in eine romanhafte Erzählung einzubetten. Eine umständliche Prozedur. Außerdem wird weitschweifig für ein amerikanisches Publikum erörtert, was hier jeder kennt: S. 78 z.B., eine halbe Seite lang der Lauf des Neckars. Verhoevens Buch zum Film enthält dieselben Fakten, dabei viel mehr analytischen Hintergrund.

Fernsehtip

Geschichtskenntnisse der Deutschen, Dialog mit der Jugend, Wahlkampf, Friedensgeschäfte und Neues zur Lage in „diesem Lande“ bringt das Kabinett „Kom(m)ödchen“ in seinem neuen Stück **„Playback“**. *Samstag, 6.11., 22.05 Uhr im ARD* – **„Ein Stück Erfahrung ist ein Stück Weisheit“**. Unter diesem Titel werden drei chinesische Zeichentrickfilme gezeigt. Zwei davon aus der Zeit vor der Kulturrevolution, einer aus dem Jahre 1978. *Sonntag, 7.11., 15.15 Uhr im ZDF* – Erfahrungen mit der veränderten politischen Situation in England – seit Antritt der Thatcher-Regierung – soll der Film **„British Leyland – Die gelungene Machtprobe oder Wie man Gewerkschaften in die Knie zwingt“** vermitteln. *Sonntag, 7.11., 21.45 Uhr im ZDF* – Das Spielfilmdebüt des in Paris lebendenen algerischen Filmemachers Mahmoud Zemmouri will verdeutlichen, wie im Zuge europäischer Rückwanderungs-Programme Heimatlose zwischen zwei Welten geschaffen werden. Eine algerische Familie kehrt von Frankreich aus in ihre Heimat Algerien zurück. Es kommt zu weitgehenden Konflikten ... **„Nimm die 10000 Francs und verschwinde“**. *Montag, 8.11., 23.00 Uhr im ARD* – Der letzte Beitrag in der Reihe mit Spielfilmen des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda: **„Ohne Betäubung“**. Ein Reporter muß nicht nur das Scheitern seiner Ehe erleben, sondern wird auf kaltem Wege politisch abserviert. *Dienstag, 9.11., 22.05 Uhr im ZDF* – Schulzeit im Wien des Jahres 1929. **„Der Schüler Gerber“** sieht sich den Demütigungsversuchen des Mathematikprofessors „Gott Kupfer“ ausgesetzt. Der Film wurde nach dem Roman von Friedrich Torberg realisiert. *Mittwoch, 10.11., 20.15 Uhr im ARD* – In **„Schlafende Hunde“**, einem neuseeländischen Spielfilm von 1977, werden staatliche Gewalt, Antiterrorgruppen und dergleichen als Mittel des kalten Staatsstreiches skizziert. Ein Film, der vor dem Abbau demokratischer Freiheiten warnen will. *Mittwoch, 10.11., 22.45 Uhr im ZDF.*